

Bezirksregierung Köln



Regionalrat des Regierungsbezirks Köln

4. Sitzungsperiode

Drucksache Nr. RR 91/2018

Sitzungsvorlage
für die 19. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln
am 14. Dezember 2018

TOP 3 **Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 18. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 28. September 2018**

Rechtsgrundlage: § 18 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatteerin: Frau Müller, HD, Dezernat 32, Tel.: 0221/ 147-2386

Inhalt: Niederschrift

Anlagen:

1. Vortrag zu TOP 10
2. Vortrag zu TOP 11
3. Anwesenheitsliste

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat Köln genehmigt die Niederschrift.

Stand: 14. November 2018

**Regionalrat
der Bezirksregierung Köln**

18. Sitzung

Freitag, den 28. September 2018, 10:00 Uhr

Dienstgebäude der Bezirksregierung Köln

Plenarsaal, H 200 (2. Etage)

Zeughausstraße 2 - 10, 50667 Köln

Stenografisches Protokoll

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Deppe:

5 Guten Morgen, meine Damen und Herren! Herzlich willkommen! Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen: die Mitglieder des Regionalrates und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung. In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, dass Frau Walsken heute nicht zugegen ist. Sie hat einen wichtigen privaten Termin. Wir haben ihr im Ältestenrat sozusagen freigegeben, auch wenn uns das dienstrechtlich nicht zusteht. Sie kann heute jedenfalls nicht dabei sein; Herr Kotzea wird sie aber in bewährter Form gut vertreten.

10 Ganz besonders begrüßen möchte ich unseren wichtigsten Gast heute, Herrn Verkehrsminister Hendrik Wüst. Herzlich willkommen!

(Beifall)

15 Es hat eine gute Tradition, dass die Verkehrsminister unseres schönen Bundeslandes immer wieder mal auf einen Besuch zum Regionalrat kommen. Wir verstehen uns als wichtiger Partner beim Voranbringen der Infrastruktur hier in der Region, die wir zu vertreten haben. Wir sagen es nicht nur, sondern wir können es auch mit Zahlen belegen: Wir sind das pulsierende Herz Nordrhein-Westfalens. Wenn es hier nicht läuft, dann läuft vielleicht der Verkehr in anderen Regionen, aber wirtschaftlich geht es dort nicht wirklich rund. Schön, dass Sie hier sind!

20 Des Weiteren begrüße ich Herrn Hermann Frühlingsdorf vom Landesbetrieb Wald und Holz. Herzlich willkommen! Sie werden uns unter TOP 10 den forstlichen Fachbeitrag für den Regionalplan vorstellen.

25 Außerdem darf ich Frau Kruse vom LANUV begrüßen. Ebenfalls herzlich willkommen! Normalerweise begrüßt man die Damen zuerst; da Sie aber erst bei TOP 11 an der Reihe sind, habe ich zunächst Herrn Frühlingsdorf benannt. Wir freuen uns auf Ihren Fachbeitrag zum Thema „Klima“.

Darüber hinaus darf ich die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Empore begrüßen. Ich möchte noch einmal auf das hinweisen, was hier immer gilt: Aufzeichnungen in Bild und Ton sind in diesem Gremium nicht gestattet.

30 Nunmehr können wir uns der Tagesordnung zuwenden.

TOP 1

Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Herr Deppe:

5 Ich darf feststellen, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgt ist. Die Tagesordnungspunkte wurden mehrfach verändert. Die letzte Tagesordnung datiert vom 26.09.2018. Darin haben noch zwei Anträge von Fraktionen Eingang gefunden.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass TOP 17 b), die Anfrage der CDU-Fraktion zu den Frischluftschneisen, aufgrund des Sachzusammenhangs mit TOP 11, in dem
10 es um den Fachbeitrag „Klima“ geht, mitbehandelt wird.

So weit zur Tagesordnung. Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Neitzke.

Herr Neitzke:

Herr Vorsitzender, ich möchte beantragen, TOP 16 b) wegen Nichtzuständigkeit des Regionalrates von der Tagesordnung abzusetzen.

15 **Vorsitzender Deppe:**

Es gibt noch weitere Wortmeldungen. Sammeln wir zunächst einmal.

Herr Beu:

Mir geht es um denselben Tagesordnungspunkt. Dieser trägt die Überschrift „Moratorium Hambacher Forst“. Wir würden dem Antrag der LINKEN-Fraktion beitreten, das
20 heißt, das wird ein gemeinsamer Antrag von Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKEN.

Vorsitzender Herr Deppe:

Es wurde beantragt, TOP 16 b) abzusetzen. Herr Singer als Antragsteller hat ebenfalls um das Wort gebeten. Herr Singer, bitte schön.

25 **Herr Singer:**

Meine Damen und Herren, ich äußere mein Unverständnis darüber, dass dieser Tagesordnungspunkt wegen einer Nichtzuständigkeit des Regionalrates abgesetzt werden soll. Wir bekommen von anderen Fraktionen sehr häufig Resolutionen, die man mit einer formalen angeblichen Nichtzustellung seitens des Regionalrates ablehnen
5 könnte.

Gerade mit dem Hambacher Forst hier im Regierungsbezirk, also in unserem Zuständigkeitsbereich, haben wir es mit einer hochaktuellen und brisanten Frage zu tun. Unsere Resolution zielt nicht darauf ab, dass hier eine Positionierung des Regionalrates gegen oder für Braunkohle, gegen oder für RWE, gegen oder für sonst et-
10 was erfolgen soll; vielmehr ist das eine Bitte an die zuständigen Stellen, die geplanten Rodungen für die Zeit der Tagung der Strukturwandelkommission in Berlin aussetzen.

Mit dieser Forderung sind wir nicht allein. Unsere eigene Bundesumweltministerin teilt diese Forderung. Wir tragen das als Bitte an die Landesregierung und an RWE
15 heran. Ich sehe keinerlei Notwendigkeit, das Ganze formal von der Tagesordnung abzusetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Herr Deppe:

Sie haben jetzt dafür und dagegen gesprochen. Wir können zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag folgt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, den
20 bitte ich um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Niemand.

Der Antrag, TOP 16 b) von der Tagesordnung abzusetzen, ist mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, Vertreter der FREIEN WÄHLER und der AfD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die LINKEN und der Vertreterin
25 der PIRATEN angenommen worden.

Herr Singer:

Ich bitte, ebenfalls zu Protokoll zu nehmen, dass es ein gemeinsamer Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKE war.

Vorsitzender Herr Deppe:

Ich darf noch mitteilen, dass heute TOP 4 und TOP 6 entfallen. Es gibt keine Nachbesetzungen. Viele von uns werden sich heute Nachmittag ohnehin bei der Metropolregion wiedersehen, sodass wir dann vielleicht aus erster Hand hierzu etwas erfahren.

- 5 Damit ist die Tagesordnung beschlossen wie vorgelegt bzw. geändert.

TOP 2

Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 18. Sitzung des Regionalrats am 28.09.2018

- 5 Als Mitunterzeichner wird für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Windhuis benannt.

TOP 3

Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 17. Sitzung des Regionalrates am 22.06.2018 in Köln

Drucksache Nr.: RR 64/2018

5

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

TOP 4

Nachbesetzungen

– TOP 4 entfällt –

5

TOP 5

„Zukunft der Mobilität: Chancen und Herausforderungen für NRW“ – Verkehrsminister Hendrik Wüst MdL

5 **Vorsitzender Herr Deppe:**

Wir kommen nun zur Rede unseres Verkehrsministers. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Minister Hendrik Wüst:

10 Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren der Bezirksregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Regionalrats! Vielen herzlichen Dank für die Gelegenheit, heute mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und mit Ihnen über ein paar Themen der Verkehrspolitik zu sprechen.

Erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen.

15 Erstens. Zunächst möchte ich einen Dank für Ihre Arbeit aussprechen. Es ist auch im Landtag so, dass viele Menschen sich fragen, was im Regionalrat überhaupt gemacht wird. Bundestag und Stadtrat – das ist für die Menschen medial persönlich erlebbar. Alles, was sich dazwischen abspielt – Landtag, Landschaftsversammlungen, Regionalrat –, muss um Aufmerksamkeit ringen. Umso dankbarer können die Menschen und auch wir sein, dass Sie sich die Arbeit machen, für Ihre Heimat zu wirken. Diesen Dank möchte ich gerne vorweg-

20 schicken.

Zweitens. Ich möchte noch einen weiteren Punkt vorwegschieben. Ich habe es schon letz-

25 tens beim Parlamentarischen Abend der rheinischen Metropolregion gesagt: Wir müssen liefern – als Demokratie, als Demokraten – in dem Themenbereich, für das unser Herz besonders schlägt. In der Verkehrspolitik sehen die Leute in besonderer Weise, wenn sich etwas tut. Wenn aber bestimmte Projekte seit 20, 30 oder 40 Jahren laufen, ist das so eine Sache.

Jetzt könnten wir uns sicher streiten. Der eine hat, wenn ich diesen Punkt anspreche, ein Autobahnprojekt im Kopf, der andere einen Radschnellweg. Was ich sagen will, gilt für alle Arten von Projekten: Wenn wir 50 Jahre über eine Sache reden, bevor etwas passiert, zweifel-

30 n die Leute nicht nur an unserem Verstand, sondern irgendwann auch an der Art und Wei-

se, wie wir politische Willensbildungsprozesse auch zu einem Ergebnis führen, und zwar zu einem sichtbaren Ergebnis, das sich in Schotter, Asphalt oder in Beton gegossen darbietet – wie auch immer; das Ergebnis muss jedenfalls kommen.

5 Ich glaube, wir müssen zügiger werden bei der Umsetzung all der Dinge, die uns in unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, am Ende aber doch gemeinsam wichtig sind. Wenn ich nach einem guten Jahr Verkehrsministerdasein nahezu ausschließlich – ich will vorsichtig sein; zumindest über 80 % – Spatenstiche sowie Bänderdurchschnitte von Projekten erlebt habe, die älter sind als ich selber, dann liegt das nicht daran, dass ich mit 43 Jahren noch nicht grün hinter den Ohren bin.

10 Das wollte ich vorwegschicken. Ich finde, dabei geht es um ein größeres Risiko, als nur einen Lückenschluss in einem wie auch immer gearteten Netz nicht hinzubekommen; vielmehr geht es um die Frage, ob wir überhaupt noch handlungsfähig sind in unseren Strukturen und als Demokratie in Summe.

15 Damit komme ich zum eigentlichen Inhalt meiner Rede. Ich möchte mit Ihnen einen kleinen Ritt durch die verschiedenen Themen unternehmen:

Zukunft der Mobilität in Nordrhein-Westfalen – ja, es wäre so schön, wenn wir nur über die Zukunft reden könnten. Wir müssen aber auch über vieles aus der Vergangenheit reden, nicht nur politisch gesehen. Eines der ersten großen Themen ist natürlich, den riesigen Investitionsstau über unsere gesamten Infrastrukturen zu bewältigen. Das geht bei den Straßen los; denn das fällt den Leuten immer als Erstes ein, weil sie es jeden Tag erleben.

20 Das geht weiter über die Schienenwege. Dort erlebt man es weniger unmittelbar selbst – sozusagen am eigenen Hintern –, sondern wir erleben es in Form von Verspätungen, Zugausfällen, Kapazitätsengpässen und dergleichen. Das brauche ich Ihnen hier in Köln nicht besonders zu beschreiben.

25 Am wenigsten nehmen die Leute wahr – deswegen ist es wahrscheinlich am allerschlimmsten –, wie es um den Zustand unserer Wasserwege bestellt ist. Darauf gehe ich gleich noch im Detail ein.

30 Unsere Infrastrukturen in Summe, bis hin zu den Radwegen, sind in einem oftmals desolaten Zustand. Das ist der Aspekt der Vergangenheit, um den ich mich leider sehr ausgiebig kümmern muss. Die nächste Sünde wäre die Wiederholung der Sünde, die man im Hinblick auf den Zustand der Infrastruktur zugelassen hat, wenn wir nicht mit aller Kraft versuchen wür-

den, die Chancen der Digitalisierung zur besseren Vernetzung, für Mobilität 4.0 – nennen Sie es, wie Sie mögen – zu nutzen. Das löst vor unserem inneren Auge etwas aus.

Wo, wenn nicht hier müssen wir mutig sein und die Chancen der Digitalisierung nutzen? Wenn man unsere ÖPNV-Landschaft betrachtet, bei allem Engagement aller ehrenwerten Menschen, die da wirken, muss man doch sagen: Die Menschen pendeln immer mehr, und sie pendeln notgedrungen immer weiter. Was bieten wir ihnen an? Wir bieten in Westfalen einen Westfalentarif an mit fünf Teilräumen – ich will über meine westfälische Heimat als Erstes sprechen, ohne mit dem Finger auf andere zu zeigen –, und wenn man dann außerhalb des Kragentarifs unterwegs ist, dann addieren sich die Kosten für die Tickets. Dann wird es zu teuer, jeden Tag zu pendeln, und dann setzen sich die Leute doch wieder ins Auto. Das ist einfach nicht zeitgemäß.

Das möchte ich nur als ein Beispiel nennen. Ich will gar nicht im Detail über autonomes Fahren reden; aber stellen Sie sich, wenn Sie wie ich aus einer ländlichen Region kommen, doch mal vor – das jetzt nur als Zustandsbeschreibung, nicht als Vorwurf –: Was wäre das für ein Riesenschub, wenn vorne am Steuer nicht ein ehrenwerter Fahrer oder eine Fahrerin sitzen müsste, die zwei Drittel des Kostenblocks ausmachen und damit – nicht persönlich, aber strukturell – mit ursächlich dafür sind, dass ÖPNV einfach nie wirtschaftlich sein kann.

Stellen Sie sich vor, was wir machen könnten in unseren ländlichen Regionen mit flexibel autonom fahrenden Gefährten, ob groß oder klein! Wir könnten zum ersten Mal wirklichen ÖPNV in suburbanen und ländlichen Regionen anbieten. Das sind die Zukunftsthemen, um die wir uns auch kümmern müssen, und nicht nur hinterherbauen, was seit vielen Jahren versäumt worden ist.

Ich fange mal an mit unserem Brot-und-Butter-Geschäft: den Landesstraßen. Auch in einer Metropolregion weiß man – und Sie als Vertreter vieler Regionen des Rheinlandes wissen das auch –, wie es um den Zustand unserer Landesstraßen beschaffen ist. Das sind bei einer Gesamtnetz Betrachtung über alle Straßen hinweg die Straßen, die am schlechtesten in Schuss sind. Hier besteht der größte Handlungsbedarf.

Wir gehen in diesem Jahr im Haushalt hoch auf 160 Millionen Euro; faktisch werden es über 170 Millionen Euro sein. Im nächsten Jahr gehen wir noch einen Schritt weiter in Richtung 200 Millionen Euro in dieser Wahlperiode. Ich schliesse angesichts des Baukostenfortschritts der letzten Jahre auch nicht aus, dass wir, wenn die Haushaltsmittel es ermöglichen, noch einmal deutlich über diese Summe hinausgehen werden. Dann werden wir so viel Geld ausgeben wie noch nie in der Geschichte unseres Landes nur für den Erhalt der Landesstraßen.

Ich brauche jeden Cent dafür. Jeder von Ihnen kennt den Zustand in seiner Region, in seiner Heimat.

Wir betreiben auch Landesstraßenneubau. Jedes Projekt, das wir fertiggeplant bekommen, wird auch finanziert. Wir stellen in jedem Haushaltsjahr die Mittel zur Verfügung für alles, was im besten Falle gebaut werden kann. Es darf nicht passieren, dass wir etwas geplant haben, und dann kann es nicht zu Ende geplant werden, weil es nicht etatisiert ist. Dann gerät man in die übliche Schleife; dann muss man nacharbeiten, wenn mal wieder Geld da ist. Da geht viel Arbeitszeit bei der Bezirksregierung drauf, und zwar ohne Not.

Daher gehen wir jetzt einen anderen Weg, mit dem Risiko, dass man ein Projekt mal nicht finanzieren kann, weil noch eine Klage kommt oder, oder, oder. Wir stellen aber jedes Jahr Geld zur Verfügung für alles, was möglich wird.

Ein noch viel größeres Thema sind die Bundesstraßen. Ich habe das große Privileg, 20 Milliarden Euro in die Bundesstraßen und Autobahnen investieren zu können – einen Großteil davon natürlich im Rheinland, dem pulsierenden Herzen unseres Landes. Ein bisschen Geld für Westfalen dürfen wir aber auch ausgeben, und auch – nicht zu vergessen – für Lippe.

Die 20 Milliarden Euro gliedern sich, grob gesagt, in drei Kategorien: zweimal 7 Milliarden Euro vordringlicher Bedarf Engstellenbeseitigung und vordringlicher Bedarf – das sind die beiden höchsten Kategorien des Bundesverkehrswegeplan – und weitere 6 Milliarden Euro für den weiteren Bedarf mit Planungsrecht. Der Bund geht davon aus, dass wir die ersten beiden Kategorien – also 14 Milliarden Euro in Summe – für den Baubeginn bis 2030 organisieren und alle Projekte aus dem weiteren Bedarf mit Planungsrecht danach kommen.

Das ist eine gigantische Aufgabe für uns, aber auch für die Landesverwaltung, Landesstraßenbauverwaltung, Straßen.NRW, aber auch für die Bezirksregierungen. Es nutzt ja nichts, wenn wir schneller planen und dann in der Bezirksregierung die Tische durchbrechen, wir aber nicht Personal nachführen, um Schritt zu halten. Daher ist die erste Aufgabe, der wir uns gerade stellen, ein Kapazitätsaufbau über die ganze Wertschöpfungskette Straßenbau.

Dazu gehören 50 zusätzliche Planer für Straßen.NRW allein in diesem Jahr. Das Stellenbesetzungsverfahren läuft gut. Wir werden die Stellen bis zum Ende des Jahres besetzt haben. Im nächsten Jahr geht es mit über 50 zusätzlichen Mitarbeitern für Straßen.NRW weiter sowie 13 Stellen für die Bezirksregierungen in den zuständigen Dezernaten in diesem Jahr.

Allein in Köln gibt es im nächsten Jahr bei der Schiene zwei zusätzliche Stellen für Schienenverfahren. Das war ein Hinweis des NVR. Herr Rheinkober hat mich freundlicherweise

auf dieses Thema angesetzt. Auch da müssen wir schneller vorankommen. Es kann nicht sein, dass wenn schon mal Pläne fertig werden – ich meine das nicht als Kritik, sondern als Anerkennung –, wir dann bei der Bezirksregierung nicht ausreichend Kräfte haben, die das Ganze zügig genehmigen können. Das ist keine redliche Einlösung des Anspruchs, schneller voranzukommen. Deshalb gibt es eine Nachführung. Frau Walske weiß es bereits. Wir sehen uns Ende dieses Jahres noch einmal mit allen Regierungspräsidentinnen und -präsidenten.

Ich bin auch offen, wenn man mir plausibel darlegt, dass die Tempoverschärfung nur mit noch mehr Personal geht. Damit Sie wissen, was das heißt, meine Damen und Herren aus dem Hause: Ich muss mir die Stellen sozusagen systematisch kaufen. Ich muss nicht mehr dafür werben, sondern ich muss dafür einfach aus meinem Budget bezahlen. Da bin ich sehr offen.

Gleichzeitig wollen wir den Planern die Arbeit erleichtern und Effizienzgewinne möglich machen, indem wir die Planungen beschleunigen. Ich habe in Berlin über die Parteigrenzen der Großen Koalition hinaus in den letzten zwei Tagen dafür geworben, dass man ein Planungsbeschleunigungsgesetz, das der Kollege Scheuer vorgelegt hat, möglichst eins zu eins umsetzt. Wir haben auch weitere Vorschläge vorgelegt, die uns allen das Leben leichter machen, ohne die Rechte der Bürger übermäßig einzuschränken.

Wir kämpfen teilweise um zwei, drei Wochen, nur damit Sie nicht glauben, ich würde davon reden, ein Planungsverfahren für ein Infrastrukturprojekt auf einen Schlag, mit einem Fingerschnipsen um zwei, drei oder fünf Jahre zu beschleunigen. Vergessen Sie es! Den Heiligen Gral findet man einfach nicht. Wir reden zum Teil von wenigen Wochen. Ich sage das nur deshalb, weil gelegentlich Leute durch die Gegend laufen und sagen: „Für ein paar Wochen? Dann lassen wir es lieber bleiben!“ – Nein, wir müssen dafür sorgen, dass wir in solchen Verfahren Woche für Woche, Monat für Monat zügiger werden. Da beziehe ich mich wieder auf meine zweite Vorbemerkung von vorhin.

Wenn das alles funktioniert, wenn wir so viel schneller werden, wenn ich so viel Geld verbauen darf, dann müsste ich doch eigentlich total happy sein. Jetzt aber gehen die nächsten Sorgen erst los. Wenn wir das tun, was der Bund uns ermöglicht, was der Landesgesetzgeber, der Haushaltsgesetzgeber mir ermöglichen, was mir hoffentlich all die fleißigen Planer und Genehmiger ermöglichen, dann habe ich einen solchen Baukapazitätshochlauf, dass es an zwei Stellen kritisch wird.

An einer ersten Stelle kann es kritisch werden, wenn aus dem Bauhochlauf ein Klagehochlauf wird. Ich will, ehrlich gesagt, keine Rechtsanwälte – obwohl ich selber einer bin – mit Streitereien beschäftigen, sondern ich will Ingenieure und fleißige Bauleute beschäftigen. Deswegen lade ich Sie alle herzlich ein, beim Bündnis für Mobilität mitzumachen.

5 Das hat Mike Groschek als Bündnis für Infrastruktur erfunden, und das war eine gute Idee. Wir haben das Ganze etwas ausgeweitet um die Zukunftsthemen; deswegen haben wir es auch umgelabelt. Ich will die Vaterschaft dafür aber gar nicht beanspruchen. Das war, wie gesagt, eine gute Idee – Ehre, wem Ehre gebührt. Wir machen das aktuell an 16 Stellen. Man hatte bei der Rheinquerung Niederkassel begonnen, und auch beim Bahnknoten Köln
10 gab es eine sehr breite Bürgerbeteiligung.

Das ist ein Angebot, das vielfach wahrgenommen wird, das wir so aber noch gar nicht kennen. Ich sage ganz bewusst „wir“, auch als oberster Dienstherr von Straßen.NRW. Ich nehme meine Leute da ein Stück aus der Schusslinie. Wir geben die Moderation solcher Prozesse komplett in professionelle Hände; denn nichts ist schlimmer, wenn Sie jahrelang geplant haben, und dann müssen Sie sich vorne in den Saal stellen, und dann kommen kritische Fragen. Dann haben Sie automatisch – das ist ganz menschlich – eine bestimmte Körperhaltung. Das kann gar nicht anders sein. Sie haben immerhin jahrelang ehrenwert gearbeitet.
15

Das muss man aufbrechen. Das muss man erst mal lernen. Man geht sozusagen mit einer weißen Wand, auf der sich nur ein bisschen Topografie sowie die Endpunkte befinden, in die Bürgerbeteiligung und nimmt die Menschen mit bei der Frage: Wie kommen wir von A nach B? Deshalb heißt das Projekt „Rheinquerung“ und nicht „Brücke“ oder „Tunnel“. Dann werden die Probleme identifiziert und die Anregungen gesammelt. Anschließend kann man das in eine Planung umsetzen, aber zu keinem anderen Zeitpunkt. Das kann nicht später geschehen; denn dann macht man das Fass immer wieder auf und frustriert damit die Planer.
20 Das war kein guter Weg. Wir gehen jetzt einen neuen Weg. An 16 Stellen im Lande werden wir die regionalen Bündnisse für Mobilität anbieten.
25

Ein weiterer Punkt, den wir beachten müssen, ist die Baustellenkoordination. Da ist die Bezirksregierung absolut vorbildlich mit dem Baustellenmanagement. Das nehmen wir uns auch in anderen Regierungsbezirken zum Vorbild, jedenfalls in denen, in denen ähnlich viel gebaut wird. Es ist gut, wenn alle an einen Tisch kommen. Gelegentlich muss man sich wundern, wer früher alles nicht miteinander gesprochen hat. Aber sei es drum – Sie sind da vorbildlich. Vielen herzlichen Dank an Sie!
30

Ich habe das Frau Walsken auch in der großen Runde in Berlin vorgestern Abend persönlich gesagt. Wir werden das jetzt in die Zukunft tragen, indem wir ein Softwareprogramm mit etwas mehr Tempo implementieren, auch in die Regionen, wobei alle Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte eingeladen sind. Es wird keiner drumherum kommen, die eigenen
5 Projekte einzugeben.

Alle öffentlichen Aufgabenträger müssen ihre Bauprojekte eingeben. Die Menschen halten uns für bestusst und bescheuert, wenn wir sie im Schienenersatzverkehr in unsere Baustellen jagen. Schienenersatzverkehr an sich ist schon blöd genug; aber dann sitzen die Leute im Bus, und wenn wir sie dann mit dem Bus in die Baustellen jagen, können wir ihnen nicht
10 erklären, warum wir vorher nicht miteinander gesprochen haben.

Da müssen wir besser werden. Da muss es entweder solche Runden Tische und Zusammenkünfte geben, ganz analog – das finde ich ganz prima, wenn die Menschen noch miteinander sprechen – oder für die Masse der kommunalen Projekte, der Projekte der Bahn etc. ein Softwaretool, über das jeder schnell sehen kann: In meiner Region ist im gleichen
15 Zeitraum in anderthalb Jahren schon jemand anders dabei, die Straße aufzureißen, die Schiene zu bearbeiten oder was auch immer.

So müssen wir arbeiten, sonst geht bei dem Bauhochlauf – auch die Bahn investiert jedes Jahr 1 Milliarde Euro in Nordrhein-Westfalen – so richtig alles schief. Mein Leben ist so wunderbar als Landesminister; immerhin komme ich ohne Personenschutz aus. Und das soll so
20 bleiben. Wie gesagt, die Leute halten uns für bescheuert, wenn wir die Hausarbeiten nicht erledigen.

Da ist also eine Riesenaufgabe zu bewältigen. Auf das Thema „Baustellenbeschleunigung“ im Einzelnen will ich hier nicht näher eingehen, weil sonst die Zeit wegläuft.

Hier in der Region kennen Sie die Projekte alle. Ich habe die Rheinspange und das Bündnis für Mobilität vor Ort angesprochen. Der eine oder andere aus der Politik hatte am Anfang ein bisschen Sorge, nach dem Motto: Jetzt machen die ein Beteiligungs-Scoping – was ist das denn für ein neumodischer Quatsch? Es geht darum, zunächst mal zu überlegen, wie man die Leute erreicht. Zum Teil sitzen die Leute auf dem Sofa und kommen nicht mehr herunter, erwarten aber faktisch, dass wir sie irgendwie über Social Media oder einen E-Mail-Verteiler
25 einbinden. Wenn selbst unsere Bezirksregierung inzwischen lobenswerterweise bei Instagram unterwegs ist, dann müssen wir insgesamt wirklich sehr genau schauen, wie wir wen erreichen.
30

Interessanterweise kommt dabei heraus – Entwarnung für alle Traditionalisten –: Die Menschen finden es doch ganz gut, wenn man ab und an in den Dorfkrug, ins Gemeinschaftshaus oder ins Rathaus einlädt und dort reden kann. Das kommt immer wieder heraus: Die Menschen wollen einbezogen werden; die Menschen wollen auch mit Menschen reden. Die
5 anderen Kanäle müssen wir aber natürlich ebenfalls bedienen.

Es geht trotz Beteiligungs-Scoping usw. am Ende schneller. Ein freundlicher Mensch hat mal gesagt: „Das glaubst du doch selber nicht“, als ich gesagt habe: Wir müssen die Brücke, wir wollen den Tunnel – wie auch immer wir den Rhein bei Niederkassel queren – 2030 fertig haben. Ich glaube fest daran; ich könnte es auch mit einzelnen Planungsschritten belegen.

10 Die großen Verzögerungen bei Projekten, die 30 oder 40 Jahre dauern, entstehen immer dann, wenn ein paar Jahre lang nichts getan wurde, in der Regel aus politischen Gründen. Die Verzögerungen entstehen ja nicht, weil im kontinuierlichen Arbeitsprozess irgendetwas passiert. Wenn kontinuierlich von Planern, von Bezirksregierung etc. daran gearbeitet wird, dann schafft man das auch. Weil ich weiß, dass jedenfalls unter den allermeisten Parteien
15 die Rheinquerung im Süden von Köln unstrittig ist, kann ich eine solche Aussage treffen.

Ich mache das auch, weil es obendrein bitter nötig ist. Der Druck ist groß. Wir müssen auch andere Brücken hier in der Region in diesem Zeitfenster angehen und brauchen Ersatz; ich sage nur: Bonn, Köln usw. Dort gibt es überall Brücken, die wir in dem Zeitfenster angehen müssen. Dafür brauchen wir wiederum die Rheinquerung. 2030 ist daher eine Zahl, die sein
20 muss, die aber auch möglich ist.

Nächstes großes Projekt: Lückenschluss nach Rheinland-Pfalz. Ich will es gar nicht unnötig politisch aufblasen; aber es gab keine Haltung in der alten Landesregierung, die man als konstruktives Miteinander in Bezug auf dieses Projekt beschreiben dürfte oder müsste. Es ging nicht voran; man hatte sich sozusagen verhakt. Es gab auch keinen politischen Impuls,
25 diese Verhakung aufzulösen.

Zu meiner Freude hat es dann ein sehr konstruktives Miteinander zwischen Landesstraßen und Baubehörde sowie LANUV gegeben, um die neue Variante mit dem Tunnel zur Vermeidung der Konflikte mit dem Haselhuhn in die Welt zu bringen. Dafür bin ich sehr dankbar. Das kostet Geld, keine Frage. Der Bund muss einen Tunnel bezahlen, der neu gebaut werden muss. Der Bund ist bereit, diesen Tunnel zu bezahlen, damit wir da vorankommen und
30 die Konflikte mit den Haselhuhn-Potenzialflächen im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Weg räumen.

Ich finde, das ist eine kluge Lösung. Ich habe keinen Bock auf diese Reden, in denen auf irgendwelche Tiere geschimpft wird, die angeblich da sind oder auch nicht. Das bringt mich überhaupt nicht weiter. Da halte ich schöne Reden, und der eine oder andere applaudiert vielleicht. Der eine oder andere findet das nett. Und am Ende bekomme ich eine Klatsche vom Bundesverwaltungsgericht und habe in der Sache nichts erreicht. Insofern ist der jetzt eingeschlagene Weg ein konstruktiver und vor allem ein gemeinsamer.

Angesichts der Kritik der Umweltverbände in Bezug auf weitere Planungsschritte außerhalb unseres Bundeslandes und der positiven Reaktion auf unser Vorgehen habe ich die Hoffnung, dass wir jedenfalls nicht mit Klagen zugebombt werden. Ich kann natürlich nicht ausschließen, dass es Klagen gibt, aber die Stimmung ist sehr entspannt.

Da geht es also voran. Fragen Sie mich aber bitte nicht, wann das Vorhaben fertig wird. Das weiß ich schlicht nicht. Ich weiß nur: Wenn wir das Ding weiter in einer Sackgasse gehabt hätten, hätten wir es gar nicht hinbekommen. Da wäre nichts passiert.

Das sind also die riesengroßen Projekte: Rheinbrücke Leverkusen, Tunnel statt Stelze. Ich will auch diesem Thema gar nicht ausweichen. Der Ministerpräsident hat schon im Wahlkampf – seien Sie nicht überrascht, er sagt das auch noch danach – festgelegt, dass wir die Stadt Leverkusen gegenüber dem Bund unterstützen, um so Tunnel statt Stelze möglich zu machen. Wir stehen in einem konstruktiven, fruchtbaren Austausch mit dem Bund. Ich kann Ihnen noch kein Ergebnis verkünden. Das wäre heute ein schöner Tag dafür gewesen, aber wir müssen noch ein bisschen baggern. Wir finden es jedenfalls überzeugend, wenn man der Stadt Leverkusen hier beispringt und Tunnel statt Stelze möglich macht.

Ich weiß auch, dass es von einem ehrenwerten, berühmten Bundestagsabgeordneten weitergehende Ideen gibt. Manche empfinden das als Störfeuer in Berlin; aber die Kollegen in Berlin kennen ihn noch besser als ich und können das einordnen. Wir vertreten jedenfalls die Haltung der Stadt Leverkusen – das ist unser erster Ansprechpartner – und werben für Tunnel statt Stelzen.

Ich will mit Blick auf die Uhr gar nicht auf weitere Projekte aus dem Bereich Straße eingehen. Ein ganz wichtiges Thema ist noch der Bahnknoten Köln. Wir haben gemeinsam in der großen Runde der Metropolregion vorgestern Abend in Berlin geworben und gebaggert. Ich hatte am nächsten Morgen ein Frühstück mit Andi Scheuer, der IHK und parteiübergreifend, fraktionsübergreifend aus dem Bundestag mit Haushältern – das ist in Berlin auch immer ganz wichtig – und Verkehrspolitikern, wobei wir dafür geworben haben, den Bahnknoten in

Köln als das zu sehen, was er real und in unser aller Wahrnehmung ist, nämlich ein Gesamtprojekt.

Wenn wir, wie es formaljuristisch sauber rechtlich sein sollte, trennen zwischen fernverkehr- und ÖPNV-bedeutsamen Strecken, dann haben wir Probleme, die Nutzen-Kosten-Faktoren zu beschreiben, die wir brauchen, damit es funktioniert. Jeder weiß, dass die Realität in Wahrheit etwas anders aussieht als die formaljuristische Aufstellung. Deshalb werben wir dafür, eine Mischbetrachtung anzustellen mit den positiven Implikationen des einen Ausbaus für den anderen. So kommen wir in Summe auf Nutzen-Kosten-Faktoren, die uns helfen, dieses Projekt zu realisieren.

Das ist eine Mischbetrachtung, und dem zufolge wäre auch eine Mischfinanzierung gut. Dafür werben wir. Im Bundesverkehrsministerium ist man sehr offen dafür. Das heißt noch nichts; denn die Haushälter müssen mitmachen, und man muss das auch rechtlich sauber beschreiben. Wir haben ja nicht nur einen Bahnknoten. Dieser Bahnknoten, lieber Rainer Deppe, ist nicht nur der wichtigste in Nordrhein-Westfalen – vom Rheinland ganz zu schweigen –, sondern er ist der wichtigste in Deutschland. Die Verspätungen, die im Bahnknoten Köln eingefahren werden, werden bis Hamburg nicht wieder aufgeholt. Die Netze sind so überlastet, dass sie nicht dazwischen kommen. Dann werden sie durchgereicht.

Insofern ist die Bedeutung klar, und auch das Ziel ist klar. Jetzt ist nur die Frage, wie man es sauber umgesetzt bekommt. Wir werben sehr dafür, hier zu einer gemeinsamen Betrachtung zu kommen.

Sie merken, ich bin nach 20 Minuten immer noch bei der Vergangenheit. Darum möchte ich jetzt einen kleinen Cut machen und über die Zukunft sprechen. Ich habe vorhin schon über die Chancen der vernetzten Mobilität gesprochen. Lassen Sie mich an dieser Stelle einen ganz praktischen Hinweis geben. Sie alle sind in der kommunalen Szene verwoben und kennen einzelne Projekte und Bedarfe sehr viel besser als ich.

Wir haben in diesem Jahr ein neues Förderprogramm aufgestellt aus einer neuen Fachabteilung, die ich aufbauen darf. Das ist die einzige neue Fachabteilung der Landesregierung. Wir unterstützen Mobilstationen. Solche Mobilstationen gibt es bislang zwar schon, aber sie werden immer aus ÖPNV-Mitteln bezahlt; das heißt, dort muss überwiegend ÖPNV stattfinden. Die Zukunft wird etwas anders aussehen. Da gibt es zwar auch ÖPNV, aber da gibt es auch Bike-Sharing, Car-Sharing, Scooter, elektrisch angetrieben, vielleicht noch mit einem Verbrenner, zunehmend elektrisch angetriebene Roller und was immer es gibt.

Es wird sehr, sehr schnell in die Welt kommen. Wir brauchen nicht nur Online-Möglichkeiten, um das alles vernetzt zu buchen und die ganze Wegstrecke abzudecken – daran arbeiten wir –, sondern wir brauchen auch gute Plätze, wo sich Menschen gerne aufhalten, zu allen Tages- und Nachtzeiten, wo man sozusagen die Pferde wechseln kann, wo man mit der
5 Straßenbahn, mit der S-Bahn, mit dem Bus ankommt und sich dann für die letzte Meile ein Fahrrad nehmen kann oder sein Fahrrad gut untergebracht abholen kann oder andere Sharing-Modelle in Anspruch nehmen kann.

Diese guten Orte wollen wir mit einem Förderprogramm unterstützen. Wir sind in diesem Jahr mit 10 Millionen Euro angefangen. Ich kann mehr bekommen, wenn das gebraucht wird.
10 Also lassen Sie mich nicht hängen! Jede gute Idee ist herzlich willkommen. Die Bezirksregierung weiß Näheres. In Erfstadt haben wir durch unsere Unterstützung schon eine solche Station möglich gemacht. Ich wäre dankbar, wenn ich im Rheinland, aber auch anderswo, noch viele solcher Stationen möglich machen und fördern könnte. Das digitale Vernetzen ist der eine Teil; aber wir brauchen in der Realität auch diese besagten guten Orte.

15 Ich möchte noch einen Punkt nennen, wo wir eine schöne Lösung gefunden haben. Sie haben eben mitbekommen, dass ich versuche, etwas mehr Tempo in die Verfahren zu bekommen. Mir hat nicht gefallen, dass wir jedes Jahr aus dem Nahmobilitätsprogramm Gelder für kleine Radwege, Fußwegprojekte etc. zurückgehen lassen mussten. Das führt in einem Parlament, in einer Landesregierung dazu, dass irgendwann die Finanzierer fragen: Du brauchst
20 die Kohle gar nicht, wie kann das denn sein? Vor Ort sagen die Leute: Wie kann es denn sein, dass sich hier nichts tut? Das Geld kommt vor Ort nicht an, und das ist Mist.

Einer der Punkte war, dass man in meinem Ministerium immer warten musste, bis für das nächste Jahr ein Haushaltsgesetz vorlag. Dann wusste man, wie viel Geld man ausgeben konnte, wie viel Geld man auf die einzelnen Bezirksregierungen verteilen konnte. Dann hat
25 man das hier im Hause abgestimmt. Dann ging es ins neue Jahr, dann war die erste Sitzung im Frühjahr, und dann wurde beschlossen, ohne Stress mit irgendeinem Regionalrat, alles im Konsens. Im Sommer konnte man anfangen, auszuschreiben, im Herbst wurde gebaut, aber nicht genug, und dann war das Geld wieder verfallen.

Das geht so nicht. Wir haben jetzt eine Lösung gefunden, wie wir Tempo draufkriegen, aber
30 trotzdem den Regionalrat einbeziehen. Da müssen wir uns einmal über alle Parteigrenzen hinweg in die Augen schauen. Wir würden das Beteiligungsverfahren vorziehen, auch wenn der Landeshaushalt noch nicht beschlossen ist. Da werden Sie Hunderte Male die großen roten Stempel sehen: „unter Haushaltsvorbehalt“. Das ist das, was ich mit „in die Augen schauen“ meine.

Dann werden Listen beschlossen; in der Regel, so wie ich die Damen und Herren Kollegen Abgeordnete aus allen Parteien kenne, wird es nicht weniger Geld, sondern eher mehr. Das heißt, Sie können die Listen mit gutem Gefühl beschließen. Dann geht es in die Beteiligung in den Regionalrat in die Dezembersitzung und nicht erst im Frühjahr. Das führt dazu, dass
5 möglichst schnell schon im Frühjahr ausgeschrieben werden kann. So sparen wir formal zumindest drei Monate, real wahrscheinlich noch mehr.

Das geschieht immer unter Haushaltsvorbehalt, und das ist eben das Stück Vertrauen, das wir ineinander haben müssen, damit es hinterher eben nicht heißt: Wie kann es sein, dass der Landtag anders beschließt – wir wollten es doch so? Der Landtag ist mein Souverän; der
10 beschließt das Haushaltsgesetz. Wenn wir es so machen, habe ich auf der einen Seite die wertvolle Beteiligung der Regionalräte und mehr Tempo. Das war ein guter Vorschlag, den Rainer Deppe erarbeitet hat, um beides hintereinander zu bekommen. Dafür bin ich dankbar.

Das ist mein Angebot an Sie: Wir machen wie in der Vergangenheit eine freiwillige Beteiligung – gleiche Rechte wie früher –, aber alles ein bisschen früher. Sie müssen dann eben im
15 Dezember darüber befinden und nicht erst im März/April. Dann aber sind Sie weiter im Spiel. Das ist klug und wertvoll für den Fall, dass es doch mal einen Dissens gibt. Die Weisheit aus Düsseldorf wird in Köln gelegentlich infrage gestellt. Deswegen halte ich das nicht für ausgeschlossen.

Da können Sie sich weiter einbringen, und das ist klug. So haben wir Brief und Siegel von
20 Ihnen, aber trotzdem mehr Tempo. Das wäre, wie gesagt, mein Angebot an Sie, beides unter einen Hut zu bringen.

(Vereinzelt Beifall)

– Ich höre donnernden Applaus.

(Beifall)

25 Ich habe noch eine kleine Bitte, wobei Sie mir dabei helfen können, Ihnen zu helfen. Es gab Unsicherheit bei der Förderung des kommunalen Straßenbaus. Entfesselungsgesetz, Föderalismus – alles wird neu sortiert. 2020 gehen die Finanzbeziehungen in eine andere Zeit; der Bund zieht sich aus der Förderung des kommunalen Straßenbaus im ÖPNV zurück. Dafür haben die Länder Umsatzsteuerpunkte bekommen, also bitte kein Gejammer!

30 Man muss als Kommune immer aufpassen, dass die Länder mit den klebrigen Fingern die Kohle nicht behalten. Das ist im Bereich des ÖPNV mit dem ÖPNV-Gesetz sichergestellt;

das hat mein Vorgänger schon auf den Weg gebracht. Jetzt haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung auch für den Bereich Straßenbau Sicherheit geschaffen, dass da das Land aus Landesmitteln in die Summen einsteigt, die der Bund bisher gezeigt hat. Der Landesgesetzgeber ist aber auch in der Lage, mehr daraus zu machen, wenn es nötig ist.

- 5 Wir haben Planungssicherheit, was die Investitionen in den ÖPNV und in den kommunalen Straßenbau angeht. Die bisherigen Unsicherheiten haben dazu geführt, dass die Kommunen natürlich nicht für die Tonne planen wollten; denn eine Planung ist irgendwann auch einmal komplett entwertet. In diesem Jahr kann es also sein, dass die Kommunen das Geld nicht in Summe abholen.
- 10 Es wäre schön, wenn Sie von hier den Impuls mitnehmen könnten, so etwas nicht allzu oft passieren zu lassen; denn sonst muss ich vor den ehrenwerten Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten rechtfertigen, warum ich dieses Geld noch haben will. Der Zustand der kommunalen Straßen ermöglicht zumindest einen Abfluss dieser Summen. Dieser kleine Werbeblock endet hier.
- 15 Ich sage nun ganz herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit. Wenn der Vorsitzende es zulässt, können Sie gerne jede Frage stellen, und ich sehe zu, ob ich sie beantworten kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Herr Deppe:

- 20 Lieber Herr Minister, herzlichen Dank für diese Ausführungen, auch für die deutlich zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung unserer Arbeit. Wir haben uns nie als Blockadeinstrument verstanden, sondern in erster Linie als ein Gremium, das versucht, die Infrastruktur für unsere Region, für unsere Verantwortung nach vorne zu bringen. Da ist es gut, wenn man an einem Strang zieht. Vielen Dank auch für die konstruktive Lösung zum Thema „Mobilität“.
- 25 Gibt es Fragen oder Wortmeldungen? – Die erste Wortmeldung kommt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Herrn Beu.

Herr Beu:

- Vielen Dank, Herr Wüst, für die interessante Rede. Sie haben dankenswerterweise auch auf das Zustandekommen des ÖPNV-Gesetzes in der vorigen Wahlperiode hingewiesen. Das war tatsächlich keine ganz leichte Aufgabe, auch gegenüber den Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitikern aller Fraktionen, meiner eigenen eingeschlossen, die Zweckbindung der
- 30

Weiterleitung der Finanzmittel für den SPNV/ÖPNV ins Gesetz zu schreiben, weil Finanzpolitiker immer ein Interesse daran haben, sich möglichst wenig binden zu lassen. Sie wollen über alle Einnahmen lieber frei verfügen können.

5 Im neuen ÖPNV-Gesetz findet sich noch ein weiterer Absatz, der dankenswerterweise nicht verändert wurde. Er betrifft die Streckenreaktivierung, aber auch die Elektrifizierung von Bahnstrecken. Nordrhein-Westfalen ist eines der wenigen Bundesländer, wo es sogar noch S-Bahn-Strecken gibt, die mit Dieselmotoren befahren werden. Wenn man derzeit die Diskussion über Fahrverbote führt: Ich habe die Information, dass das Dieselproblem als rechtliche Möglichkeit von keinem der kommunal verfassten Aufgabenträger bisher ernsthaft angepackt
10 wurde,

Im Zusammenhang mit der Elektrifizierung der Strecke Bocholt – Wesel, die in einem anderen Regierungsbezirk liegt, ist eigentlich ein ganz anderer Vorlauf gesichert worden. Aber wenn man beispielsweise im Bereich des Regierungsbezirks Köln die S 23 nach Euskirchen hat – die durchaus gewaltige Fahrgastzahlen aufweist, teilweise mehr als die S-Bahnen im
15 Ruhrgebiet –, stellt sich die Frage, was das Land zu tun gedenkt vor dem Hintergrund: a) Gibt es hier gesetzliche Möglichkeiten? b) Ist das gerade vor dem Hintergrund der Dieselproblematik entscheidend, auch vor dem Motto „Elektrifizierung“, und zwar klassische Elektrifizierung, die Bahnstrecken im Regionalverkehr zukünftig anzugehen?

Herr Götz:

20 Ich schließe mich für die CDU-Fraktion dem Dank für die Rede an und möchte noch eine Frage hinterherschicken. Wir reden als Politiker immer gerne davon, dass man die Güter von der Straße auch auf die Wasserwege verlagern sollte. Wenn es dann praktisch wird, wird es aber – auch kommunal – immer schwierig, nämlich bei der Frage, wo denn die Umladung stattfinden soll und ob man den Hafen haben will, ja oder nein. Welche Überlegungen gibt es
25 seitens des Ministeriums, für Verbesserungen zu sorgen?

Herr Müller:

Herr Minister, vielen Dank für den lockeren Vortrag, mit dem Sie das Thema, das sich manchmal doch als etwas zäh gestaltet, gut übergebracht haben, sodass auch ein Außenstehender etwas davon hatte.

30 Ich habe eine organisatorische Frage. Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass der Landesbetrieb ein ganz wichtiger Faktor bei der Umsetzung unserer Vorstellungen ist. In Kürze beginnt die Trennung, wonach der Autobahnbereich nach dem damaligen Dobrindt-

Beschluss von dem Landesbetrieb abgekoppelt wird. Erfreulicherweise hat sich die Landesregierung entschlossen, die Bundesstraßen im Landesbetrieb zu belassen; sonst wäre die Situation wahrscheinlich noch viel schwieriger.

5 Ich komme aus dem Oberbergischen. Wir haben dort erhebliche Probleme mit den Landstraßen, und wir sehen immer ein bisschen die Gefahr, dass der Landesbetrieb in diesem Bereich so ausdünnen könnte, dass die Planungen dort zum Erliegen kommen.

10 Sie haben die Planungen im Landesbetrieb angesprochen. Was mittlerweile ein viel größeres Problem darstellt, ist das Finden einer seriösen Bauleitung. Die guten Bauleiter gehen langsam alle in Rente, und ohne vernünftige Bauleiter kriegt man die Projekte nicht gestemmt. Wir haben im Oberbergischen Kommunen, durch die zehn Landstraßen führen, und die sind alle marode. Wir erhalten permanent Hilferufe, wie es beispielsweise in einer Gemeinde wie Reichshof weitergehen könnte. Wie kommt da ein Gesamtkonzept zustande, bei dem nicht zugleich alles lahmgelegt wird?

Minister Hendrik Wüst:

15 Herr Beu hatte eine Frage zur Elektrifizierung/Reaktivierung. Wir erhalten Jahr für Jahr zusätzliches Geld für die Reaktivierung. Ich laufe wie ein Wanderprediger durch die Gegend, um kommunale Vertreter zu motivieren, das überhaupt für möglich zu halten. An vielen Stellen halten es die Leute nicht für möglich.

20 Sie haben meine Heimat angesprochen, Stichwort: Elektrifizierung Wesel – Bocholt. In der Tat, die Debatte ist älter als das Thema NOX. Darum ging es auch gar nicht. Ich bin dort gewählter Abgeordneter und habe die Debatte selbst vorangetrieben. Es ging eigentlich um Durchbindung und umsteigefreies Fahren nach Düsseldorf, Köln oder bis nach Koblenz, je nachdem, um welche Linien es ging.

25 Da kommt in Zukunft jedenfalls mehr vom Bund. Da ist neu verhandelt worden. Wir gehen hoch von 10 % auf 20 %. Das ist zwar noch nicht der Königsteiner Schlüssel, aber trotzdem aller Ehren wert. Insofern wollen wir dankbar sein. Wir nehmen derzeit die Reaktivierung der Strecke von Kamp-Lintfort – Moers vor. Dann kann man von dort über das Netz auch wieder nach Duisburg weiterfahren. Das ist mit Blick auf die Pendlerrelation in dieser Gegend ganz wichtig.

30 Wir reden über die Reaktivierung der Westfälisch-Lippischen Eisenbahngesellschaft aus dem südwestlichen Kreis Warendorf, Sendenhorst etc. bis nach Münster rein. Münster säuft

sozusagen jeden Morgen ab angesichts der Ein- und Auspendlerströme. Da passiert eine Menge.

Der Bund hat im Bundeskoalitionsvertrag festgelegt, ein Elektrifizierungsprogramm aufzulegen. Das ist bisher noch nicht im Detail beschrieben. Wir haben jedoch eine ganze Latte an
5 Wünschen. Nordrhein-Westfalen – das haben Sie richtig beschrieben – hat noch viele Netzlücken im Bereich der Elektrifizierung.

Wir haben die große Chance, dass wir mit dem heutigen Stand der Technik bis zu 20 km auch ohne Fahrdrabt fahren können. Diese Chance wollen wir nutzen. Ein großer Verkehrsverbund hat jetzt eine technologiefreie große Ausschreibung in die Welt gebracht. Ob am
10 Ende Wasserstoff oder Akku das Rennen machen wird, das muss man sehen. Zunächst zielte das Ganze in Richtung Wasserstoff. Das hat aber nicht so funktioniert, und nun wurde das etwas offener beschrieben. Da werden wir noch einiges zu sehen bekommen.

Wie viel wir tatsächlich sehen werden, hängt auch von dem Bundesprogramm ab. Ich bin nicht bange davor, vor dem Hintergrund des Bundesprogramms auch uns selbst zu hinterfragen, was bei uns noch getan werden muss. Da haben wir keinen Dissens. Ich würde das
15 aber ganz gerne noch abwarten, sonst geht das Bundesgeld wieder dahin, wo der Bundesminister herkommt, oder nach Norden. Insofern würde ich im Sinne einer klugen Verhandlung noch etwas abwarten.

Herr Götz hatte nach der Schiene und den Wasserwegen gefragt. Diesen Punkt habe ich
20 vorhin mit Blick auf die Uhr wirklich etwas vernachlässigt. Es ist ein bisschen verwunderlich, wie tief hier die Früchte hängen, um auf diesem Gebiet erfolgreich zu sein. Stichwort: Stollberg. Ein Stück Landesstraße, ein dritter Bauabschnitt – das war ja gar nicht so sehr umstritten. Es ist nicht so, dass es da irgendwelche besonderen Tiere gäbe, die uns am Planen hinderten, oder dass parteipolitische Randale vorherrschten.

Der dritte Abschnitt ist einfach nicht gemacht worden – ich weiß gar nicht, warum. Ich forsche da auch nicht nach; das liegt schlicht in der Vergangenheit. Wir werden ihn nächstes
25 Jahr wieder in die Planung aufnehmen, und dann machen wir mit einem kleinen Invest aus dem Landeshaushalt möglich, dass jeden Tag ein Langzug von Rotterdam – der Zug ist fast 740 m lang – hinfährt und einer zurückfährt.

Das ist ganz praktisch, um eine Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene möglich zu machen. Es gibt einen alten Steinbruch; da liegen die Schienen bereits. Da muss man nicht groß in Schienen investieren; da ist alles schon vorhanden, nur eben ein Stück Straße fehlt. Da muss man manchmal ein Stück in die Straße investieren, um die Lkws von der
30

Straße auf die Schiene zu bringen. Jeder kann insoweit folgen, um zu verstehen, dass die Lkws nach dem Umladen auch wieder wegfahren müssen.

Wir haben mehrere Projekte im Land identifiziert, wo das möglich sein wird. Im Hafen Krefeld wird es einen Trailerport geben, an dem gearbeitet wird, um nicht nur Container, sondern ganze Trailer zu verbringen.

Das Thema „Wasserstraße- und Schifffahrtsverwaltung“ war für die Landespolitik lange eine Blackbox. Ich will mir nicht anmaßen, die Innereien der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung exakt beschreiben zu können. Man ist offensichtlich irgendwo zwischen der dritten und vierten Reformstufe im Nirwana gelandet. Sei es drum – Minister Scheuer hat ordentlich Tempo gemacht. Was wir jetzt durch schnödes Länderlobbyieren bei den Haushältern geschafft haben, sind zusätzlich zu 30 neuen Ingenieursstellen, die es für das ganze Bundesgebiet gibt, 15 neue Stellen on top.

Bei den 30 Stellen wäre unser Anteil von fünf oder sechs Stellen doch etwas klein gewesen angesichts der Zustände hier. Jetzt haben wir noch 15 neue Stellen on top bekommen, also 30 bundesweit, 15 on top für Projekte in NRW. Ich will nicht verheimlichen, dass ich erstens dankbar dafür bin, dass dies möglich war, und zweitens, dass ich glaube, dass eine Null hinter jeder dieser Zahlen angemessen wäre.

In Köln gibt es die wenigen praktischen Beispiele für den Zustand unserer Wasserwege, weil hier die Poller so kaputt sind, dass die Binnenschiffer nicht mehr innenstadtnah anlegen können. Diese Beispiele kennt aber kaum jemand, und deshalb hat die Wasserstraße eine so schlechte Lobby. Bei der Straße weiß die Allgemeinheit besser Bescheid. Da kann Ihnen auch jemand aus dem Münsterland sagen, dass die Leverkusener Rheinbrücke kaputt ist. Bei den Wasserstraßen ist der Zustand jedoch genauso schlecht, und darum muss auch dort ein Kapazitätsaufbau erfolgen, damit wir schneller vorankommen. Es kann nicht angehen, dass wir alle uns wünschen, dass mehr Verkehr auf die Schiene kommt, und dass es dann an den Kapazitäten und den Planern hapert. Deswegen haben wir jetzt diesen ersten kleinen Schritt unternommen, aber da muss noch deutlich mehr kommen.

Herr Müller hat nach der Struktur des Landesbetriebes gefragt. Das ist der Großteil meiner Mitarbeiter. Mein Organigramm ist zwar schmal, aber tief. Da hat es eine Menge Verunsicherung durch die Pläne gegeben. Wir haben jetzt immer mehr Details. Der Bund kommt jetzt herum und veranstaltet Mitarbeiter- und Personalversammlungen in der Region; mehrere auch in Nordrhein-Westfalen. Jeder hat Beschäftigungssicherheit. Ich lasse niemanden ziehen, der nicht ziehen will.

Wer zum Bund gehen will oder wer bei uns bleiben und für den Bund arbeiten will, kann das selbst entscheiden. Jeder kann bleiben; ich habe genug Arbeit, auch für Landes- und Bundesstraßen. Es werden aber viele mit ihren Projekten gehen, mit den Autobahnprojekten, auf die eine oder andere Weise, entweder in die Beschäftigung des Bundes, oder sie bleiben bei uns formal beschäftigt und werden dann für Bundesprojekte eingesetzt und der Bund erstattet.

Werfen Sie einen Blick auf die tariflichen Unterschiede: Leute in meinem Alter mit vielleicht 10, 15 Jahren Berufserfahrung, also Anfang vierzig, zwei Kinder, bekommen bei uns etwa 52.000 Euro im Jahr, bei der Kommune schon 55.000 Euro und beim Bund noch ein bisschen mehr. Dann geht es auch immer um die Frage, wie schnell man aufsteigen kann. Ich beschreibe das deshalb so real – das können Sie alles nachlesen; das ist ja kein Geheimnis –, weil in der Gehaltsklasse 3.000 Euro schon einiges ausmachen. Das ist die Sondertilgung für das Haus oder der etwas nettere Urlaub.

Deswegen werden sich viele verbessern wollen. Das Risiko, irgendwann nicht in NRW eingesetzt zu werden, ist angesichts des Planungshorizonts des Bundesverkehrswegeplans nahezu null. So viel dazu.

Wir haben die Strukturentscheidung getroffen, dass wir in dem regionalen System bleiben wollen. Wir ändern also an der Grundstruktur nichts, sondern nehmen einfach die Teile aus dem Organigramm heraus, die für Bundesprojekte arbeiten. Wir werden vermutlich um die 2.500 Mitarbeiter faktisch verlieren, auf dem einen wie auf dem anderen Wege. Der Bund wie auch wir haben Beschäftigungsgarantien – die gibt es ja sowieso im öffentlichen Dienst – ausgesprochen, was den konkreten Ort angeht. Der Bund ist bereit, viele Standort zu übernehmen, die wirtschaftlich gesehen nicht unbedingt nötig wären, nur damit die Leute nicht pendeln müssen. Die Arbeit wird zu den Menschen kommen, damit die Menschen nicht zur Arbeit kommen müssen.

Wir wissen, dass die Kommunen vor Ort besser bezahlen als der Landesbetrieb, fast so gut wie der Bund, und sie außerdem Ortsnähe garantieren. Sie haben geschrieben, woher das kommt: Dobrindt hatte die Idee, Scheuer wird alles dafür tun, dass das ein Erfolg wird. Deswegen ist man gerade sehr, sehr flexibel gegenüber den Mitarbeitern und dem Personal. Da sind wir – abgesehen von Details, an denen immer noch geschraubt werden muss – gerade sehr zufrieden. Das sieht aktuell sehr gut aus.

Wir sind die Einzigen, die zusätzlich Leute in dieser Dimension einstellen. Wir sind die einzige christlich-liberale Regierung; andere Länder mit anderen Konstellationen sagen: Wir stel-

len doch jetzt keine Leute mehr ein, wir ersetzen noch nicht mal die ausscheidenden Mitarbeiter; soll der Bund die doch alle einstellen. Dann sparen wir uns zwei, drei Jahre Personalkosten.

5 Das heißt aber auch, dass die Projektgruppen ausdünnen. Ich will aber keine Projektgruppen ausdünnen. Es heißt immer: Der Bund plane die Autobahnen. Das sind aber unsere Autobahnen. Das sind immer noch unsere NRW-Autobahnen. Deshalb machen wir weiter Personalaufwuchs, auch im nächsten Jahr. Wir werden dem Landtag 52 Stellen vorschlagen; 25 davon sind Ingenieurstellen für Bauleitungen.

Wir haben kräftig planinvestiert. Das muss jetzt umgesetzt werden.

10 **Vorsitzender Herr Deppe:**

Herzlichen Dank, Herr Minister! Danke, dass Sie wegweisende Äußerungen gemacht haben. Wir haben einen Verkehrsminister erlebt, dem das Rheinland sehr am Herzen liegt. Wer am letzten Mittwoch beim Treffen der Metropolregion dabei war, konnte das dort ebenfalls erleben.

15 Nochmals herzlichen Dank! Der Regionalrat steht mit Sicherheit an der Seite der Projekte der Landesregierung, wenn es darum geht, das Rheinland nach vorne zu bringen. Wir haben mit den anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen gar kein Problem, sondern sind froh, wenn es überall vorangeht. Viel Erfolg!

(Beifall)

20

TOP 6

– entfällt –

TOP 7

28. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, Darstellung der Deponie Erfstadt-Erp, Stadt Erfstadt hier: Erarbeitungsbeschluss

5 Drucksache NRW.: RR 67/2018

Herr Lambertz:

Mir ist bekannt geworden, dass es in der Vergangenheit in Erfstadt über alle Parteigrenzen hinweg eine klare Zustimmung zu dem Vorhaben gab. Anhand der Diskussion um das was-
10 serwirtschaftliche Gutachten hat es jedoch eine abweichende Erkenntnis gegeben bei GRÜ-
NEN und SPD, die einer weiteren Verfolgung des Plans nicht mehr zustimmen wollten.

Es ist aus den Unterlagen heraus klar zu sehen: Die Bezirksregierung hat den Wiederanstieg
des Grundwassers ziemlich klar beziffert, auch nach Ende der Sumpfungmaßnahmen. Es
ist bekannt, dass im Bereich dieser Deponie ein geplantes neues Wassereinzugsgebiet mit
15 einer Entfernung von nur 230 m geplant wird. Insofern ist die Frage: Inwieweit sollte man
jetzt in ein solches Verfahren einsteigen? Dadurch, dass sich die Wasserverhältnisse in die-
sem Bereich komplett ändern, sind nach wie vor Unwägbarkeiten hinsichtlich der Frage vor-
handen, wie hoch das Wasser tatsächlich ansteigen wird.

Die Bezirksregierung schreibt selber, dass es Unterschiede gibt im Wasserstand zwischen
20 den Jahren 1958, das normal angegeben wird, und aus den 20er-Jahren des letzten Jahr-
hunderts. Die Frage ist also, ob jetzt wirklich eine Bearbeitung erfolgen sollte oder ob nicht
vorab geklärt wird, wie der erwartete Endstand in der Wasserhöhe aussehen wird, bevor es
der Öffentlichkeit übergeben wird.

Vielleicht kann die Bezirksregierung hier zur Aufklärung beitragen.

25 Frau Neisse-Hommelsheim:

Es ist richtig, Herr Lambertz, der Stadtentwicklungsausschuss in Erfstadt hatte dieses The-
ma am Dienstag auf der Tagesordnung und hat darüber debattiert. Dabei wurde mit Mehrheit
das FFB-Änderungsverfahren in Gang gesetzt; man steht dem Verfahren positiv gegenüber.
Insofern ist es sinnvoll, heute den Beschluss wie vorgeschlagen zu fassen, damit das Ver-
30 fahren in Gang kommt und die Punkte, die Sie angeführt haben, sowie noch weitere geprüft

werden können und es nicht zu einem Stillstand kommt. Das kann man heute durchaus beschließen.

Herr Krings:

Die Problematik des Grundwasseranstiegs in der Braunkohle verfolgt mich bereits seit Jahrzehnten. Damit können Sie in der Region jede Planung infrage stellen oder lahmlegen. Das sind Fragen, die noch niemand abschließend beantworten kann. Darum rege ich an, das alles im Laufe des Verfahrens zu klären.

Herr Schilling:

Gerne möchte ich die Gelegenheit nutzen, unser Vorgehen im Zusammenhang mit der Änderung des Regionalplans in Erftstadt-Erp ein wenig zu erläutern. Es ist richtig, wie es dargestellt wurde, dass es eine Fragestellung aus der Erarbeitung des Umweltberichts – wir machen ein Scoping, in dem alle umwelterheblichen Fragestellungen gesammelt werden – seitens des Erftverbandes und von der oberen Wasserbehörde gab, die dieses Thema aufgebracht hat.

Dieses Thema ist uns nicht neu. Wir kennen das schon von unserer Deponie in Aldenhoven. Es geht um die Frage, wie man damit umgeht, in den ganz langen Zeithorizonten voranzusehen, wie sich das Trink- und Grundwasser entwickelt. Um es klarzustellen: Hier geht es nicht um ein Trinkwasserschutzgebiet, auch nicht um ein geplantes. Vielmehr geht es darum, inwieweit bei einem uns vorgestellten Konzept des Erftverbandes für die Zeit nach dem Braunkohletagebau die Trinkwasserversorgung über Dirmertsheim Bedeutung hat, sprich: ob die geplante Deponie in einer Schutzzone II oder III liegen würde.

Das konnte uns bislang aber niemand genau erläutern, auch nicht der Erftverband. Da gibt es lediglich ein Konzept, das bislang aber noch nicht hinreichend konkret ist. Wir gehen davon aus, dass man diese Fragestellung nicht einfach beiseiteschieben kann, nach dem Motto: Das hat sowieso keine Bedeutung.

Jetzt wurden Gutachten erarbeitet, die das Ganze näher betrachten wollen. Uns wurde seitens des Erftverbandes und der oberen Wasserbehörde zugesichert, dass man sich die Gutachten genauer anschauen und uns grünes Licht geben will, wenn es kein Problem gibt, oder eben anzeigen, wenn es ein Problem darstellt.

Wir waren in der Lage, das jetzt im Verfahren bearbeiten zu können, auch mit den Stellen, die diese Bedenken geäußert haben. Wir sind ganz zuversichtlich, dass wir diese Fragestel-

lung im Verfahren lösen können, sonst hätten wir diese Vorlage nicht erstellt. Uns ist zudem zugesichert worden, dass eine Entscheidung jetzt möglich ist.

Vorsitzender Rainer Deppe:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

- 5 Wir kommen zur Abstimmung über den Erarbeitungsbeschluss. Wer stimmt dem Beschlussvorschlag zu, den Erarbeitungsbeschluss zu fassen? – Das sind CDU, SPD, GRÜNE, FDP, FREIE WÄHLER und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der LINKEN und die Vertreterin der PIRATEN.

TOP 8

- 29. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, Teilabschnitt Region Köln, Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) Bergheim-Glessen, Stadt Bergheim**
- 5

hier: Erarbeitungsbeschluss

Drucksache NRW.: RR 68/2018

Der Regionalrat spricht sich einstimmig für den Erarbeitungsbeschluss aus.

10

TOP 9

5 **30. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, Teilabschnitt Region Köln, Teilumwandlung des Allgemeinen Siedlungsbereichs mit Zweckbindung (ASB m. Z.) Brucher Talsperre in einem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich, Gemeinde Marienheide**

hier: Erarbeitungsbeschluss

Drucksache NRW.: RR 69/2018

10

Herr Singer:

15 Ich habe eine Frage dazu. Wir haben uns das in der Fraktion genau angeschaut. Ich muss ehrlicherweise zugeben, dass wir nicht richtig verstanden haben, worum es eigentlich geht. Mir ist der Unterschied nicht klar, was denn jetzt tatsächlich geändert werden soll. Vielleicht kann das mal jemand mit für uns verständlichen Worten erklären?

Herr Müller:

20 Es geht im Prinzip darum, ein Gebiet an einer wunderschönen Talsperre aufzuwerten, wo es derzeit eine etwas untergeordnete Bebauung gibt. Die Aufwertung ist im Sinne der Gemeinde Marienheide, der es darum geht, hier voranzukommen. Deshalb bitten wir dringend um Unterstützung, damit wir mit dem Projekt vorankommen.

Vorsitzender Herr Deppe:

Danke für die Fragen. Frau Pelster kann das nun aus Sicht der Bezirksregierung erläutern; denn wir wollen ja alle wissen, worüber wir abstimmen.

25 **Frau Pelster:**

Wir haben uns natürlich die Frage gestellt, ob ein Regionalplanänderungsverfahren überhaupt erforderlich ist. Da es in der Vergangenheit in diesem Bereich schon ein Zielabweichungsverfahren gab, waren wir verpflichtet, ein Regionalplanänderungs-

verfahren durchzuführen, weil die Zweckbindung für Feriengroßeinrichtungen hier vorliegt und die Planung der Kommune nicht mehr im Einklang mit den Zielen der Raumordnung stand.

Wir haben also die Regionalplanänderung durchgeführt, um dem Strukturwandel in diesem Bereich Raum zu geben, damit die Kommune ihre Planungen umsetzen kann. Im Kern geht es darum, dort auch Dauerwohnen möglich zu machen, was zurzeit nicht möglich ist; also Dauerwohnungen zum Beispiel in Form von kleinen Ferienhäusern, die an eine Hotelanlage angedockt werden.

Herr Singer:

10 Ich habe noch eine kleine Nachfrage zu dem Waldhotel, das angesprochen wurde: Würde darum herum auch Wald wegfallen?

(Zuruf: Da ist gar kein Wald! – Gegenruf: Ein Waldhotel ohne Wald? – Weitere Zurufe)

Vorsitzender Herr Deppe:

15 Die Fragen sind ja berechtigt. Können wir noch die Frage von Frau Hane-Knoll mit hinzunehmen?

Frau Hane-Knoll:

In den Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt wurden, stand ja, dass keine Umweltüberprüfung erforderlich sei. Wenn dort jetzt dauerhaftes Wohnen etabliert werden soll, warum sollte es dann keine Umweltüberprüfung geben? Das ist ja etwas
20 anderes, als saisonal bedingt die Nutzung eines Campingplatzes zur Verfügung zu stellen. Ständig dort zu wohnen, ist ganz etwas anderes.

Frau Pelster:

Auf Ebene des Regionalplans sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Umweltprüfung erforderlich ist, weil wir von einem Allgemeinen Siedlungsbereich mit
25 Zweckbindung in Freiraum den Regionalplan verändern. Das heißt, zukünftig wird dort nur noch eine bauliche Entwicklung im Rahmen der Eigenentwicklung möglich sein, nicht wie es heutzutage dort möglich wäre. Heute wären dort richtig große Ferienanlagen zulässig. Das geht planungsrechtlich zukünftig nicht mehr. Von daher ge-

hen wir davon aus, dass zukünftig die bauliche Entwicklung eher geringer ausfallen wird, als das jetzt möglich wäre.

Natürlich handelt es sich um eine Nutzungsänderung; Dauerwohnen ist etwas anderes als saisonal bedingtes Wohnen. Im Rahmen der FNP-Änderungen oder der Bauleitplanänderungen, die im nachfolgenden Verfahren stattfinden werden, werden dann natürlich auch Umweltbelange näher geprüft. Dann werden auch Umweltberichte gefertigt. So gesehen ist das auf unserer Ebene nicht erforderlich, weil sich das Ganze in einen Freiraumbereich verwandelt und wir davon ausgehen müssen, dass sich der Umweltzustand auf unserer Ebene verbessern wird.

10 Hierfür wird kein Wald in Anspruch genommen. „Waldhotel“ – das ist ein Marketingbegriff. Das grenzt war an einen Wald an, aber derzeit sind keine Planungen bekannt, in den Wald zu gehen. Die Planungen der Stadt beziehen sich momentan nur auf kleinere Arrondierungen der Ortslagen. Das sind hier und da ein paar Baufelder, also ein paar Häuschen; aber da ist keine große, neue Anlage geplant. Wie gesagt,
15 alles ist nur noch im Rahmen der Eigenentwicklung der Ortslagen möglich.

Der Regionalrat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

TOP 10

„Vorstellung des forstlichen Fachbeitrags Wald und Holz NRW“, Vortrag Hermann Frühlingsdorf

5 **Vorsitzender Herr Deppe:**

Herr Frühlingsdorf wird uns nun den forstlichen Fachbeitrag von Wald und Holz für unseren Regionalplan vorstellen. Wir freuen uns darauf und sind schon ganz gespannt.

Herr Frühlingsdorf:

10 Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Gelegenheit, Ihnen die forstliche Sicht auf die Region nahezubringen.

Der Dank gilt umso mehr, da die Forstbehörde den gesetzlichen Auftrag hat, die Wälder zu erhalten und insofern in vielen Fällen der natürliche Blockierer von Projekten ist. Schönen Dank also dafür, dass Sie mir zuhören.

(Eine Präsentation wird gestartet – Folie 2)

15 Wir haben den forstlichen Fachbeitrag erarbeitet. Er ist als PDF für jedermann nachzulesen. Ich werde aus dem forstlichen Fachbeitrag heraus einen kleinen Ausblick auf die Analyse vornehmen. Das ist der umfangreichere Teil, auch zur Selbstlektüre empfohlen.

Wir haben dann noch den sicherlich wichtigeren Teil, nämlich die Ziele, die wir als Forstbehörde für den Umgang mit dem Wald an die Gesellschaft haben. Hier werde ich einige Ziele
20 etwas ausführlicher vorstellen.

(Folie 3)

Welches Instrument haben wir hier? Der forstliche Fachbeitrag ist schon seit den 70er-Jahren ein gesetzliches Instrument und von der Tradition her das älteste Instrument der Fachbeiträge. Er ist darauf gerichtet, die Funktion des Waldes zu sichern; das hatte ich vor-
25 hin schon gesagt. Wir sind für den Erhalt des Waldes in seiner kompletten Funktion zuständig. Dieser forstliche Fachbeitrag ist durch die Forstbehörde zu erstellen.

(Folie 4)

Was genau ist die Forstbehörde? Früher kannte man die Unteren Forstbehörden und die Höheren Forstbehörden. Das gibt es inzwischen nicht mehr. Seit zehn Jahren gibt es nur

noch eine Forstbehörde in Nordrhein-Westfalen, nämlich den Landesbetrieb Wald und Holz. Er ist untergliedert, und im Kölner Bereich gibt es fünf Forstämter. Ich persönlich komme aus dem Forstamt Bergisches Land mit Sitz in Gummersbach, bin aber stellvertretend für alle fünf regional zuständigen Forstämter hier.

5 (Folie 5)

Wenn Sie den forstlichen Fachbeitrag sehen, müssen Sie wissen, dass er eine Doppelfunktion hat. Er hat zwei Sichtweisen: einmal die interne Sichtweise, die im Grunde nur die Forstinteressierten betrifft. Auch die Forstverwaltung lernt dazu. Auch wir haben in der Vergangenheit Fehler in der Waldbehandlung gemacht. Auch wir haben neue Erkenntnisse gewonnen, was die Waldbehandlung angeht. Dieser Teil ist eher die interne Betrachtung.

Für Sie interessanter ist die externe Betrachtung, nämlich der Abwägungsbelang, wie die Raumnutzungen in der Region zu bewerten sind.

(Folie 6)

Aus dem Analyseteil will ich Ihnen kurz einige negative Trends darstellen. Das wäre es dann auch schon aus der Analyse.

Wir verzeichnen eine schwindende Akzeptanz von Neuaufforstungen. Während es noch vor 20, 30 Jahren etwas Gutes war, neuen Wald anzulegen, sind es heute zunehmend einerseits Landwirtschaft, andererseits Naturschutz, die uns sagen: Nein, man kann nicht alles mit Wald zupflanzen; wir wollen Offenland, wir wollen landwirtschaftliche Nutzflächen. Die Akzeptanz einer Neuaufforstung schwindet also.

Wir haben eine zunehmend respektlose Freizeitnutzung. Der Wald dient als Kulisse für Trendsportarten, zum Beispiel Mountainbikes mit E-Motoren. Das kennt keine Grenzen mehr. Wir treffen auf Hundehaltung allerorten und dergleichen.

Dann verzeichnen wir verstärkt segregative Ansätze in der Waldbewirtschaftung. Man sagt uns: Dieser Wald kommt unter die Käseglocke; der wird komplett dem Naturschutz überlassen, und in den anderen Wäldern könnt ihr wirtschaften. – Das widerspricht den forstlichen Erkenntnissen, dass man auch in den Wäldern mit Naturschutzzielen sehr wohl wirtschaften kann.

Es gibt auch eine abnehmende Eigentümerbildung. Früher wusste man, wo sein Wald war. Man ging dorthin und arbeitete auch selber in seinem Wald. Allein durch Erbteilung, Wegzug usw. ist die Eigentümerbindung aufgehoben. Außerdem stellen wir zunehmend die Tendenz

fest, dass Fonds Waldeigentum kaufen, um ihr Portfolio aufzuwerten. Das bedeutet eine völlige Abkopplung von Eigentum und Eigentumsverantwortung.

Schließlich haben wir noch eine sehr schwierige Ertragslage; sie zeigt sich in diesem Jahr besonders krass.

5 (Folie 8)

Kommen wir nun zu den Zielen.

Oberstes und wichtigstes Ziel für uns: Wälder sind grundsätzlich zu erhalten. Darauf gehe ich gleich noch vertieft ein.

10 Zweites Ziel: Wenn es unvermeidbar ist, Wald in Anspruch zu nehmen, sind grundsätzlich Ersatzaufforstungen vorzunehmen. Auch dazu gleich mehr.

Drittes Ziel: die Vermehrungsmöglichkeit in den waldarmen Regionen.

Weitere zehn Ziele, die regionalplanerisch nicht so interessant sind, lasse ich heute außen vor.

(Folie 9)

15 Ich habe hier zehn Gründe aufgeführt, warum Wälder erhalten werden sollen. Diese Gründe möchte ich im Einzelnen schnell durchgehen. Sie werden sie alle schon mal gehört haben.

Erstens: Ort nachwachsender Rohstoffe

Zweitens: Raum der Erholung

Drittens: Lärm- und Schadstoffsенке

20 Viertens: Biotop für verschiedenste Lebewesen

Fünftens: CO²-Speicher

Sechstens: Teil des Landschaftsbildes. Auch wer nicht in den Wald geht, kann zum Beispiel von der Autobahn aus die Wälder im Sauerland bewundern.

25 Siebtens: Fundort der Kulturgeschichte. Nirgendwo finden Sie so viele Spuren menschlichen Wirkens, angefangen bei den Römern über das Mittelalter bis heute. Das ist alles in den Waldböden nachzulesen und zu finden.

Achtens: Trinkwasserreservoir

Neuntens: Arbeitsplatz- und Einkommensquelle

Zehntens: Verbesserung des Stadtklimas. Das ist bereits ein Übergang zu dem Vortrag, den Sie gleich noch hören werden, nämlich den zum Klima.

(Folie 10)

- 5 Hierzu sehen Sie eine Folie aus unserer Ausstellung im Steinhaus am Königsforst aus den Nuller-Jahren, und zwar ein Ergebnis vom Monat Juli. Man sieht den Hotspot Köln in Rot dargestellt und im Westen davon den Königsforst mit einem Juli-Durchschnittstemperaturwert, der 0,6°C unter dem der Stadt liegt. Wenn man die Messung in diesem Jahr durchgeführt hätte, wäre die Differenz sicher noch größer geworden.
- 10 Wald zu erhalten, hat auch etwas mit dem städtischen Umfeld und mit dem Klima zu tun. Insofern werden Sie sicherlich alle grundsätzlich zustimmen – auch wenn man über einzelne Punkte sicher diskutieren kann –, dass die Wälder zu erhalten sind.

(Folie 12)

- 15 Trotz dieses Konsens gibt es immer noch die Konflikte, wozu ich jetzt ein Beispiel nennen möchte. Hier gab es eine Landschaft mit Wald und grüner Wiese und eine Autobahn. Allein das reichte aus, um zu sagen: Wir machen den Wald zu einem attraktiven Gewerbegebiet. – Heute sieht die gleiche Fläche so aus. Das ist, wie gesagt, nur ein Beispiel.

Welche Argumente werden uns als Forstbehörde entgegengehalten?

(Folie 13)

- 20 Der Wald muss schwinden, um das Gewerbegebiet zu ermöglichen – so die Planer. Standort- und Arbeitsplatzsicherung; Sie kennen diese Begriffe. Bei einer Neuansiedlung muss allerdings immer gesagt werden: Das ist die Sicherung auf dem Stadtgebiet. Der eigentliche Standort verlagert sich sehr wohl, nämlich in dieses neue Gewerbegebiet hinein.

- 25 Raum für Ansiedlung – wobei die wenigsten Unternehmensneugründungen sich ein solches Gewerbe leisten können. Das heißt, die Ansiedlung funktioniert auf Kosten der Nachbarkommunen.

- 30 Letztlich ist die Frage: Warum geht man in den Wald? – Weil das ein geringerer Raumwiderstand ist. Außer der Forstbehörde und vielleicht ein paar Naturschützern ist da wenig Widerstand zu erwarten. Es gibt in der Nähe keine Wohnbebauung; die Flächen sind frei von Altlasten.

Den Nachfrager, den Gewerbebetrieb, interessiert es in der Regel nicht, ob da früher Wald stand oder ob das Ganze in Waldnähe ist. Für ihn ist die Lage interessant. Die Nähe zur Autobahn steht über allem. Letztlich geht es auch um den günstigen Grundstückspreis. Waldflächen sind wesentlich einfacher und billiger auf dem Markt zu bekommen als andere Flächen.

(Folie 14)

Damit komme ich zum zweiten Ziel: Waldverluste sind durch Wald zu ersetzen. Warum sage ich das? Es besteht eine große Tendenz, einen Baumartenwechsel in bestehenden Wäldern vorzunehmen und dann zu sagen: Die Funktionen sind jetzt ausgeglichen; nehmen wir doch den Fichtenforst weg und machen einen schönen Buchenwald hin, und schon ist der Ausgleich da. – Das sehen wir als Forstbehörde nicht so; denn es führt trotzdem zu einer Abnahme der Gesamtwaldfläche. Es ersetzt auch nicht alle Waldfunktionen. Auch die Fichten, die zuvor dort gestanden haben, haben Funktionen erfüllt.

Vieles findet aus waldbaulichen Gründen ohnehin statt; es wird vielleicht vorgezogen. Wenn Sie mal durch die Landschaft fahren, sehen Sie, dass sich die Fichten sozusagen von selbst verabschieden; Stichwort: Borkenkäfer, Trockenheit. Das findet waldbaulich also ohnehin statt. Es wird zudem über staatliche Förderprogramme gefördert, Wald umzubauen. Das kann man auch damit erreichen.

Letztlich entbindet eine solche Planung den Planer von einer frühzeitigen Auseinandersetzung mit der Kompensationsfrage. Wir hören immer die Ausrede: Es gibt genug Wald, und es gibt genug Fichten, und irgendwie kriegen wir das schon hin; da brauchen wir uns auf dieser Planungsstufe noch keine Gedanken zu machen.

(Folie 15)

Deshalb sagen wir: Waldverluste durch Maßnahmen im Wald sind nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn es sich um eine walddreiche Kommune handelt. Deshalb sollte man den Maßstab des LEP, nämlich über 60 % Waldanteil, ernst nehmen und nicht sagen: Wir sind schon bei 40 % walddreich. – So ist das nicht gemeint.

In Verdichtungsgebieten gibt es eine Erlasslage von 2008. Die haben dort teilweise keine Flächen mehr. Da muss man sagen: Da wird ein Fenster geöffnet.

Damit komme ich zum nächsten Ziel: In waldarmen Gebieten ist eine Vermehrung von Wald vorzusehen.

(Folie 16)

Es gibt eine Definition: Waldarm sind die Kommunen, die nur 20 % oder weniger Waldanteil haben. Hier sieht schon der LEP vor, dass bei diesen Kommunen etwas getan werden muss.

Wie sind wir in der Regionalplanung damit umgegangen? – Wir haben gesagt: Grundsätzlich ist das gesamte Gemeindegebiet der Suchraum. Wir sind nicht dazu übergegangen, Pachten darzustellen. Regionalplanerisch bedeutet eine Karte eine gewisse Flächengröße; da
5 braucht man 5 ha oder 10 ha. So etwas würde planerisch heute gar nicht mehr funktionieren. Wir gehen vom gesamten Gemeindegebiet aus. Im Anhang des forstlichen Fachbeitrags haben wir für den Einzelfall bestimmte Gemarkungen genannt. Da sollten diese Flächen entstehen.

10 (Folie 17)

Kommen wir zur Frage: Wie wollen wir es eigentlich haben? Wir haben es nicht dargestellt; wir haben nicht einzelne Bereiche namentlich benannt. Wir haben aber im textlichen Beitrag zu den Erstaufforstungen – und hier geht es um Erstaufforstungen allgemein; auch die, die als Kompensation gelten – eine Rangfolge festgelegt. Für uns am wichtigsten ist die Frage:
15 Wohin gehört der Wald? – Er gehört in die Siedlungen oder zumindest an den Siedlungsrand.

Es war früher gang und gäbe, einen Grünstreifen hineinzulegen und auch mal aufzuforsten. In der heutigen Zeit verschwinden diese wieder. Waldlücken in der Bebauung werden einfach genutzt, um die Baulücken zu schließen. Es heißt: Aus Verkehrssicherungsgründen
20 können wir keine Nachbarschaft mit Baum und Bebauung dulden. – All das bekommt man jedoch in den Griff. Man muss diese Flächen allerdings in die öffentliche Verantwortung geben.

An nächster Stelle sind Wälder entlang von Gewässern zu nennen. Das dient als Puffer für die Gewässer und hat eine Vernetzungsfunktion, weil Gewässer überall durch die Landschaft
25 fließen. Das wären unsere Bereiche, genauso wie solche entlang von Infrastrukturlinien: straßenbegleitend, schienenbegleitend, hochspannungsleitungsbegleitend. Das ist eine wunderbare Vernetzungsstruktur, ohne dass zugleich wertvolle andere Flächen aufgeforstet werden müssten.

Die Arrondierung bestehender Wälder ist auch eine Maßnahme, wenn es schon große
30 Waldgebiete gibt. Es geht darum, diese maßvoll am Rande zu arrondieren. Das gilt vor allen Dingen bei den Wasserschutzzonen. Auf keinen Fall wollen wir in die Agrarfläche hinein. Kleine Trittsteine in die größere Agrarlandschaft ja, aber keinesfalls großflächige Aufforstungen landwirtschaftlicher Vorranggebiete. Auch die Landwirtschaft hat Flächenprobleme; auch

die Landwirtschaft braucht ihre Flächen. Es bringt nichts, weitab irgendwelche Äcker aufzuforsten. Wie gesagt, in Siedlungsnähe erfüllt der Wald die beste Funktion.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Beispiele zeigen, wie man es hätte machen können. Das habe ich überschrieben mit „Verpasste Chancen“.

5 (Folie 18)

Sie sehen hier eine innerstädtische Grünanlage; in diesem Sommer war es eine Gelbanlage. Das Einzige, was noch geblieben ist, sind die Bäume; die haben es überlebt. Kein Mensch hält sich in der Sommerhitze dort auf. Warum nicht hier eine Waldinsel pflanzen? Die Erholungsfunktionen wären genauso wahrnehmbar wie bisher.

10 Ein anderes Beispiel: Eine Neubausiedlung, umgeben mit einer Kompensationsfläche, rechts im Bild. Die Menschen haben sich einen Trampelpfad entlang dieser Fläche getreten. Diese Kompensationsfläche ist eine grüne, fette Wiese, die zweimal im Jahr gemäht wird. Dieses Foto ist morgens in der Früh aufgenommen worden. Ab 8 Uhr ist die Wiese voller Hunde. Da könnte man auch Wald pflanzen. Der Landwirtschaft hat man diese Fläche entzogen. Diese
15 Fläche nutzt so eigentlich niemandem. Sie kostet die Stadt nur Geld.

Noch ein anderes Beispiel: Obstbäume sind gepflanzt worden; man sieht sie am Rande. Der Rest sollte der Sukzession überlassen werden. Was macht die Bevölkerung? – Sie sehen hier die Ablagerung von Abfall. Das Ganze macht einen unschönen Eindruck, und man fängt daher an, eigene Pflanzen auszubringen; Sie sehen dort das Bambusgras. Das ist nicht im
20 Sinne des Erfinders. Man hätte da auch Wald pflanzen können.

Ein letztes Beispiel: eine schamhafte Anpflanzung von einigen Sträuchern, zwei, drei teure Bäume mit großem Ständerwerk. Für das Geld hätte man die Fläche von der Forstverwaltung komplett aufforsten können. Die Funktionen wären sicher besser als das, was Sie dort jetzt sehen.

25 So weit meine Beispiele. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Für Ihre Fragen stehe ich natürlich zur Verfügung.

(Beifall)

Vorsitzender Herr Deppe:

Vielen Dank, Herr Frühlingsdorf. Es gibt bereits eine Nachfrage. Frau Zentis, bitte.

30 **Frau Zentis:**

Vielen Dank für Ihren Vortrag. Ich habe mehrere Fragen. Woran machen Sie die schwindende Akzeptanz von Neuaufforstungen geltend? Was kosten Neuaufforstungen? Gibt es einen Überblick, wie viele Kommunen als walddreich gelten?

Frau Hane-Knoll:

5 Vielen Dank, das war wirklich ein sehr interessanter Vortrag. So habe ich das noch gar nicht betrachtet. Ich gehe gerne wandern und ärgere mich auch über die Mountainbiker. Was haben Sie da für Vorschläge? Wie kann man das umsetzen?

Ist Ihr Vortrag als Appell für die Politik gedacht? Wem stellen Sie diesen Vortrag noch zur Verfügung? Reisen Sie durchs Land in die verschiedenen Bezirksregierungen? Wie ist es
10 seitens der Forstwirtschaft gedacht, das umzusetzen, was Sie vorschlagen?

Herr Spenrath:

Gibt es Mindestgrößen für Maßnahmen? Gibt es auch Maßnahmen, die Sie als nicht nutzbringend betrachten würden? Damit meine ich speziell den Bereich „Trittsteine in die Agrarfläche“. Ist da auch schon eine kleine Gruppe von Bäumen nutzbringend, oder muss da eine
15 Mindestgröße geschaffen werden?

Herr Frühlingsdorf:

Ich gehe bei der Beantwortung mal rückwärts vor.

Wir sprechen vom Wald dann, wenn es ein Waldinnenklima gibt; das bedeutet: Es gibt außen Bäume, aber innen muss auch noch etwas stehen. Das wird dann erreicht, wenn die
20 Fläche so groß ist wie eine Baumlänge, also in der Regel ein Durchmesser von 30 m. Das reicht aus.

Dann zur Frage nach dem Vortrag. Wir stellen diesen Vortrag wie auch den forstlichen Fachbeitrag natürlich ins Internet. Ich mache aber keine Vortragsreisen.

Sie hatten gefragt, wie man dem hohen Erholungsdruck in irgendeiner Art und Weise begegnen könne. Wir können es ordnungsrechtlich nicht packen. Wir können es allenfalls hinbekommen, indem wir eine Angebotsplanung machen. Wir unterstützen natürlich Kommunen, die beispielsweise für die Mountainbiker ein Angebot vorhalten möchten, indem wir das Ganze kanalisieren. Ordnungsrechtlich können wir dem jedoch nicht beiwohnen.
25

Von hier vorne kamen drei Fragen. Sie hatten nach den Kosten einer Erstaufforstung gefragt. Das ist round about 1 Euro pro Quadratmeter.
30

(Zuruf: Das ist ja günstig!)

– Eben!

Was hatten Sie noch gefragt? – Ach ja, die walddreichen Kommunen. Die finden Sie im Anhang. Sie sind im forstlichen Fachbeitrag enthalten. Zwei dieser Kommunen kann ich benennen: Engelskirchen und Hürth.

Schließlich war da noch die Frage nach der Erstaufforstung. Für die Erstaufforstung ist ein Verfahren notwendig. Wir müssen als Forstbehörde im Genehmigungsverfahren Stellungnahmen einholen. Das sind zunehmend negative Stellungnahmen, und zwar von der Naturschutzbehörde oder der Landwirtschaftskammer.

Allein diese Institutionen sagen schon: Wir haben da andere Nutzungsvorstellungen; lasst uns die Landschaft offen halten. Wir wollen das Grünland aus dem und dem Grund nicht; wir wollen lieber ein Beweidungsprojekt machen. Das sind die offiziellen Stellungnahmen. Es gibt aber auch Nachbarn, die sich beschweren, weil sie nicht die Beschattung haben wollen.

(Frau Zentis: Der Wald spendet Schatten!)

– Laub im Herbst, Schatten im Sommer.

Herr Müller:

Herr Frühlingsdorf, Sie haben vorhin etwas zum Waldaustausch gesagt. Nach diesem Sommer ist erkennbar: Im Oberbergischen verzeichnen wir 180.000 m³ Holzverlust durch den Borkenkäfer. Das ist mehr, als der Sturm Friederike uns vor zwei Jahren eingebracht hat.

Da wird man sich Gedanken machen müssen, wie man möglicherweise zu einer Veränderung der dort anzupflanzenden Bäume kommt. Wir haben das eher kritisch gesehen. Im Moment ist erkennbar, dass die Fichte wohl nicht der Baum ist, der die Erwärmung gut verkraftet. Haben Sie da schon Konzepte? Das ist ja im Zusammenhang mit dem Klimawandel in der Diskussion.

Mit welchem Baum sollte man denn aufforsten? Das ist auch für den Laien, der aufforsten muss, eine wichtige Frage. In den letzten Jahren ist viel eingeschlagen worden; jetzt ist Aufforstungshochzeit. Wie sehen Sie das?

Herr Frühlingsdorf:

Ich könnte Ihnen jetzt sehr viele Konzepte nennen. Ich hatte dieses Gremium aber nicht für die forstlichen Spezialfragen auserkoren.

Wir haben in der Tat Waldentwicklungskonzepte; wir haben auch auf den Klimawandel bezogen Spezialkonzepte. Sie finden auch in dem forstlichen Fachbeitrag einige Ausführungen dazu. Heutzutage ist immer der Standort das Entscheidende. Man kann nicht überall bergauf und bergab Fichten pflanzen. Wir müssen uns die Standorte genau anschauen. Es gibt einen
5 Unterschied zwischen Südhang und Nordhang, zwischen Oberhang und Unterhang. Das werden die Kollegen draußen vor Ort sagen können, welches die jeweils richtige Baumart ist. Das hier ist aber nicht das Gremium, waldbauliche Ziele zu erörtern.

Vorsitzender Herr Deppe:

Herr Frühlingsdorf, ganz herzlichen Dank an Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen. Wir ha-
10 ben eine ganze Reihe von Fachbeiträgen, die in die Regionalplanung einfließen. Am Ende ist das die Suche nach einem verträglichen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Belangen.

TOP 11

Vorstellung des Fachbeitrages Klima

LANUV, Vortrag Antje Kruse

5 **Vorsitzender Herr Deppe:**

Ich begrüße Frau Kruse vom LANUV. Frau Kruse, herzlichen Dank, dass Sie heute hierhergekommen sind, um uns den Fachbeitrag Klima vorzustellen. Auch darauf sind wir gespannt.

Frau Kruse:

10 Schönen guten Morgen auch von meiner Seite! Mein Name ist Antje Kruse. Ich komme vom Landesumweltamt und leite dort den Fachbereich Klimaschutz und Klimawandel.

Unser Fachbeitrag Klima ist seit gestern auch im Internet veröffentlicht, und zwar auf der Internetseite des LANUV. Er liegt selbstverständlich auch der Bezirksregierung Köln vor.

(Eine Präsentation wird gestartet – Folie 2)

15 Die Regionalplanung steuert von Hause aus verschiedene Interessen und Nutzungsansprüche an den Raum für einen mittel- bis langfristigen Zeithorizont. Deshalb ist der Regionalplan von zentraler Bedeutung, um Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur Anpassung zum Klimawandel zu implementieren. Das finden Sie hier aufgeschrieben.

20 Neben unserem Fachbeitrag zum Klima gibt es noch weitere Fachbeiträge mit Bezug zum Klimawandel. Es wird einen Fachbeitrag vom LANUV geben zum Thema „Klimawandel und Wasser“. Es gibt auch einen Fachbeitrag zum Thema „Naturschutz und Landschaftspflege“ sowie Beiträge zur Forstwirtschaft und zur Landwirtschaft. Überall dort gibt es Querbezüge zum Klimawandel.

(Folie 3)

25 Der Fachbeitrag Klima vom LANUV wurde 2018 erstmals für den Regionalplan Detmold erstellt. Nun folgt auch der für Köln. Der Fachbeitrag Klima war eine Maßnahme aus dem Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen. Ziel des Fachbeitrags ist es, räumlich konkrete und belastbare Datengrundlagen zur Verfügung zu stellen, um klimafachliche Bewertungen und Hinweise für den Abwägungsprozess zu geben.

Der Fachbeitrag Klima besteht aus drei zentralen Bausteinen. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit dem Klimawandel, der in der Planungsregion stattgefunden hat, und auch den Zukunftsprojektionen.

5 Ein zweiter Teil beschäftigt sich mit dem Klimaschutz und ein dritter Teil mit der Klimaanpassung.

(Folie 4)

10 Kurz zum Unterschied zwischen Wetter und Klima. Das Klima beschreibt die Zusammenfassung von Wettererscheinungen. Ein Starkregenereignis beispielsweise ist noch kein Indiz für den Klimawandel. Man betrachtet längerfristige Zeiträume in einer Mindestperiode von 30 Jahren. Einflussgrößen auf das Klima sind die geografische Breite, die Höhe, die Entfernung zum Meer, die Geländeform und die Landnutzung.

15 Darum haben wir Nordrhein-Westfalen nach den natürlichen und klimatischen Gegebenheiten in acht Großlandschaften eingeteilt. Der Regierungsbezirk Köln liegt in den Großlandschaften Niederrheinisches Tiefland, Niederrheinische Bucht, Eifel und Bergisches Land und gehört zur warmgemäßigten und feuchttemperierten Klimazone.

Innerhalb der Region gibt es regionale Unterschiede in der Topografie und somit auch beim Klima. Zum einen gibt es die eher trockene und wärmere Niederrheinische Bucht und das Niederrheinische Tiefland und zum anderen das regenreichere und kühlere Bergische Land und die noch kühlere, nicht so regenreiche Eifel.

20 (Folie 5)

Die Ergebnisse, die ich Ihnen hier vorstelle, können Sie auch in unserem Fachbericht „Klimawandel und Klimafolgen Nordrhein-Westfalen“ nachlesen. Für jede einzelne Großlandschaft gibt es eigene Fact Sheets, wo das Ganze jeweils konkret dargestellt ist.

(Folie 6)

25 Jetzt möchte ich gerne zur Temperaturentwicklung kommen. Hier ist die Jahresmitteltemperatur seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahre 1881 dargestellt. Die Durchschnittstemperatur in Nordrhein-Westfalen innerhalb der letzten Klimanormalperiode von 1981 bis 2010 lag bei 9,6°C.

30 Hier sieht man sehr schön, dass sich die durchschnittliche Jahrestemperatur in NRW seit 1881 um 1,5 K erhöht hat. Man sieht auch hier an dem Abstand der Striche, dass der Abstand in den letzten Jahrzehnten stärker geworden ist. Solch einen schnellen Temperaturan-

stieg hat es seit 800.000 Jahren nicht gegeben, und das ist ein Indiz dafür, dass dieser Temperaturanstieg von Menschen gemacht ist.

Wenn man die Zahlen im Übergang von der letzten Eiszeit zur heutigen Warmzeit vor ca. 12.000 Jahren einordnen möchte, muss man wissen, dass sich das Klima global gesehen mit durchschnittlich 0,3 K bis 0,8 K in 1.000 Jahren erwärmte. Wir haben jetzt schon das Doppelte erreicht in nur einem Zehntel der Zeit.

(Folie 7)

Wie sieht das für die Planungsregion Köln mit ihren Großlandschaften aus? Hier dargestellt ist die letzte Klimanormalperiode. Man sieht sehr schön, dass die Niederrheinische Bucht und das Niederrheinische Tiefland wärmer sind als der nordrhein-westfälische Durchschnitt, und dass die Region Eifel kälter ist als der Durchschnitt von NRW.

(Folie 8)

Hier dargestellt ist noch einmal die Temperaturveränderung innerhalb der letzten 60 Jahre. Man sieht, dass sich der Regierungsbezirk Köln mehr oder weniger gleichmäßig erwärmt hat. Es gibt natürlich auch Ecken, wo eine stärkere Erwärmung stattgefunden hat.

Die Erwärmung betrug innerhalb der letzten 60 Jahre 0,8 K. Wenn man in die Jahreszeiten schaut, sieht man sehr schön, dass sich insbesondere Frühjahr und Sommer erwärmt haben. Bei einem Rückblick auf die letzten 100 Jahre sieht man, dass sich auch der Winter besonders stark erwärmt hat.

Die Zahl der heißen Tage hat zugenommen. Das sind Tage, an denen die Temperatur auf über 30°C ansteigt. Die Zahl der Sommertage mit Temperaturen über 25°C hat ebenfalls sehr stark zugenommen. Die Zahl der Eis- und Frosttage hingegen hat abgenommen.

Hier habe ich Ihnen die Entwicklung des Niederschlags mitgebracht.

(Folie 9)

Das Niederschlagsverhalten über das Jahr gesehen ist nicht ganz einheitlich. Es variiert stark. Trotzdem hat sich der Jahresniederschlag insgesamt erhöht. Wir verzeichnen eine Zunahme von 1881 bis 2017 um 102 mm/a. Das sind ungefähr 10 %. Wenn man auf die letzten 60 Jahre zurückblickt, kann man eine Zunahme von 61 mm/a für NRW verzeichnen.

(Folie 10)

Hier sehen Sie das noch einmal für den Regierungsbezirk Köln dargestellt. Die Niederrheinische Bucht und das Niederrheinische Tiefland sind sehr trockene Ecken im Vergleich zum Bergischen Land. Das Bergische Land liegt über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt. Die erstgenannten Großlandschaften liegen unter dem Durchschnitt von NRW.

5 (Folie 11)

Hier sehen Sie die Änderungen mit Blick auf die letzten 60 Jahre. Man sieht flächendeckend über das Jahr gesehen eine Niederschlagszunahme, im Niederrheinischen Tiefland und in der Niederrheinischen Bucht weniger stark und im Bergischen Land entsprechend stärker.

10 Interessant wird es, wenn wir uns wieder die Jahreszeiten anschauen. Die Niederschlagszunahme ist nicht gleichmäßig verteilt. Sie findet insbesondere im Frühjahr, im Herbst und im Winter statt. Im Sommer hingegen verzeichnen wir eine Niederschlagsabnahme. Der Sommer ist tendenziell eher trockener geworden.

15 Wenn man sich die Starkniederschlagstage anschaut, stellt man fest, dass hier die Zahl in den letzten 60 Jahren angestiegen ist. Die Schneetage hingegen – das wird niemanden verwundern – sind weniger geworden.

(Folie 12)

20 Jetzt folgt ein Blick in die Zukunft. Ich möchte das ganz kurz machen. Wir haben verschiedene Klimaszenarien durch den DWD für NRW herunterbrechen und auswerten lassen. Das RCP8.5 ist das Business-as-Usual-Szenario. Das RCP4.5 ist ein moderates Klimaszenario. Wenn wir die Ziele von Paris einhalten würden, dann würde sich das RCP2.6 unterhalb dieses 2-Grad-Striches bewegen.

(Folie 13)

25 Wir haben eine Auswertung gemacht, wie die Zukunft aussehen wird. Wir werden mittelfristig mit einem Anstieg der Temperatur rechnen müssen, und zwar um 0,7 K bis 1,7 K und bis zum Ende dieses Jahrhunderts um bis zu 4,4 K. Wie wir schon gesehen haben, wird es eine Zunahme von Sommertagen und heißen Tagen geben, hingegen eine Abnahme von Frost- und Eistagen.

30 Beim Niederschlag sind die Modellergebnisse insgesamt weniger einheitlich. Es wird einen moderaten Anstieg über das Jahr gesehen geben. Aber auch die saisonale Verschiebung, wie wir sie schon beobachten, wird sich weiter fortsetzen, also dass es im Sommer immer trockener wird. Die Zunahme von weiteren Starkniederschlägen ist wahrscheinlich.

(Folie 14)

Damit kommen wir schon zum Kapitel 2 des Fachbeitrags Klima. Dabei geht es um den Klimaschutz in der Planungsregion. Unter Klimaschutz verstehen wir alle Maßnahmen, die geeignet sind, den Klimawandel zu verhindern oder zumindest abzuschwächen. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Verringerung der Treibhausgasemissionen, insbesondere von Kohlenstoffdioxid.

In dieser Tabelle sehen Sie die Treibhausgasemissionen hier in der Region dargestellt. Das ist Stand Ende 2016. Man sieht gut, dass etwa 80 % der Treibhausgasemissionen in der Region Köln in den Sektoren Energiewirtschaft und Industrie entstehen; das sind die 64 Millionen t. Insgesamt macht das etwa 30 % der in NRW anfallenden Emissionen in diesen Sektoren aus.

Etwa zwei Drittel davon entfällt auf die beiden Großkraftwerke Niederaußem und Weisweiler. Die Sektoren Haushalte und Kleinverbrauch sowie der Verkehrssektor machen jeweils rund 10 % aller Treibhausgasemissionen aus.

Damit ist der Regierungsbezirk Köln Spitzenreiter bei den Gesamtemissionen pro Kopf. Sie betragen 18 t CO₂ pro Kopf. Der nordrhein-westfälische Durchschnitt liegt bei 16 t CO₂ pro Kopf und der deutsche Durchschnitt liegt bei 11 t CO₂ pro Kopf.

(Folie 15)

Wir haben im Fachbeitrag auch eine Auswertung zum Stand der erneuerbaren Energien vorgenommen. Insgesamt tragen die erneuerbaren Energien zu rund 10 % zum Stromverbrauch in Köln bei. Die Windenergie ist dabei Spitzenreiter; fast zwei Drittel des erneuerbar produzierten Stroms kommt aus Windenergieanlagen, gefolgt von der Solarenergie und der Biomasse. Wenn man das nordrhein-westfälisch einordnet, sieht es so aus: In Nordrhein-Westfalen haben wir einen Anteil von 14 % erneuerbarer Energien am Stromverbrauch, in Deutschland liegt dieser Anteil bei 36 %.

(Folie 16)

Weiterhin finden Sie im Fachbeitrag die Potenziale für die erneuerbaren Energien. Hier sind noch einmal eine Auswertung des aktuellen Anlagenbestandes und die Ergebnisse dieser Potenzialstudien zu den erneuerbaren Energien aufgeführt. Ich muss dazu sagen, dass derzeit die Potenzialstudien für Solar und Wind überarbeitet werden. Für den Fachbeitrag sind noch einmal die alten Zahlen verwendet worden.

Der Fokus im Fachbeitrag liegt nur auf dem Strombereich, da für den Wärmesektor bislang noch keine vergleichbaren Datengrundlagen vorliegen. Eine Ausnahme ist die Potenzialstudie zur Geothermie. Allerdings ist sie regionalplanerisch nicht relevant, weil nur die oberflächennahe Geothermie betrachtet wird. Derzeit werden vom LANUV weitere Studien im Wärmebereich durchgeführt, zum Beispiel zur industriellen Abwärme.

(Folie 17)

Hier sehen Sie die Auswertung dieses Potenzials. Dargestellt werden die Gesamtpotenziale unter Berücksichtigung des Bestandes. Bei vollständiger Ausnutzung der vorhandenen Potenziale könnte der derzeitige Stromverbrauch im Regierungsbezirk bilanziell zumindest gedeckt werden. Die Potenziale kommen vor allem aus den Bereichen Wind und Solar.

(Folie 18)

Eine kurze Zusammenfassung zu den erneuerbaren Energien: Die größten Potenziale haben die Wind- und die Solarenergie. Die Potenziale der Wasserkraftnutzung sind schon weitgehend ausgenutzt. Bei der räumlichen Verteilung der Potenziale ist es so, dass die meisten Potenziale für die Windenergie im ländlichen Raum vorhanden sind und die für die Solarenergie naturgemäß vor allem in den Städten.

Des Weiteren gibt es Erwähnungen zu den Bereichen Wärmeversorgung, Mobilität, Energiespeicher und Kohlenstoffsinken.

Damit möchte ich zum dritten Teil des Fachbeitrags kommen.

(Folie 19)

Dabei geht es um die Klimaanpassung in der Planungsregion. Bei der Klimaanpassung geht es um Maßnahmen, um auf bereits eingetretene bzw. nicht mehr zu verhindernde Klimaveränderungen zu reagieren und die damit verbundenen Auswirkungen abzumildern, aber auch gegebenenfalls neu entstehende Chancen zu nutzen.

Da viele Aspekte der Klimaanpassung in anderen Fachbeiträgen behandelt werden – unter anderem Klima und Wasser, Wald- und Forstwirtschaft –, liegt der Schwerpunkt im Fachbeitrag Klima in diesem Bereich auf der thermischen Belastung der Bevölkerung. Dazu haben wir eine eigene Studie durchgeführt: die Klimaanalyse.

Durch den vom Menschen verursachten Klimawandel werden die Hitzewellen im Sommer länger und stärker, zugleich häufiger. Vor allem in dicht bebauten innerstädtischen Siedlungsräumen können sich bei den sommerlichen Hochdruckwetterlagen sogenannte Wär-

meinseln bilden. Das kommt durch den verringerten Luftaustausch in den Städten, durch die Wärmespeicherung von Gebäuden und Straßen sowie durch die Freisetzung von Wärme durch Industrie und Verkehr. Mit diesen städtischen Hitzeinseln verzeichnen wir Temperunterschiede vor allem in der Nacht im Vergleich zum Umland um bis zu 10 K.

5 (Folie 20)

Ich habe Ihnen verschiedene Karten als Ergebnis der Klimaaanalyse mitgebracht. Diese Karten können Sie auch im Internet einsehen. Unter dem Fachinformationssystem Klimaaanpassung finden Sie sie auch auf den LANUV-Seiten.

10 Hier sehen Sie den Teilausschnitt von Köln dargestellt, und zwar die Nachtsituation um 4 Uhr nachts. Unter den Klimatologen ist das der Zeitpunkt der stärksten Abkühlung. Je intensiver rot die Bereiche sind, desto geringer ist die Abkühlung in der Nacht. Bei den dunkelroten Bereichen bildet sich eine ungünstige Situation aus. Dort kühlt es sich in der Nacht nicht unter 20°C ab, und das stellt eine hohe Belastung der Menschen dar, die dort wohnen und nicht ausweichen können.

15 In Blau dargestellt sehen Sie die Kaltluftabflüsse. Hier sieht man eine blaue Schraffur. Das sind die sogenannten Kaltlufteinwirkungsbereiche, wo also die Kaltluft einwirken und kühlen kann.

20 Die rotschraffierten Bereiche sind die sogenannten Klimawandelvorsorgebereiche. Das beschreibt die Situation im Jahr 2050, wenn der Klimawandel weiter vorangeschritten ist. Auch diese Bereiche werden dann nachts stärker erwärmt sein.

(Folie 21)

25 Hier sehen Sie die Tagessituation dargestellt, und zwar die Zeit um 15 Uhr. Hier haben wir den Freiraum und den Siedlungsraum anhand der thermischen Belastung mit dem PET-Wert bewertet. Das ist das Maß für das Temperaturempfinden. Das berücksichtigt neben der Temperatur auch die Luftfeuchtigkeit oder die Verschattung. Man sieht auch hier sehr schön: Im Siedlungsraum gibt es weite Bereiche mit einer starken Belastung von 35°C bis 41°C gefühlter Temperatur.

(Folie 22)

30 Hier sehen Sie die Tag- und Nachtsituation in einer Gesamtbetrachtung zusammengeführt und den Freiraum anhand seiner Ausgleichsfunktion gewichtet. Je dunkler das Grün ist, desto höher ist die Ausgleichsfunktion.

(Folie 23)

Lassen Sie uns einen Blick in die Klimawandel-Vorsorgebereiche werfen. Links dargestellt sehen Sie die heutige Situation, und rechts dargestellt sehen Sie die Situation zur Mitte dieses Jahrhunderts. Die Annahme ist ein Temperaturanstieg um 1 K. In den roten Bereichen leben heute in Köln 1,3 Millionen Menschen, also in ungünstigen und sehr ungünstigen thermischen Situationen. 2050 wird sich diese Zahl auf 2,15 Millionen Menschen erhöhen. Insbesondere der Einstieg bei der sehr ungünstigen thermischen Situation ist hier zu beachten.

(Folie 24)

10 Die Ergebnisse der Klimaanalyse sind hier in einer sogenannten Planungsempfehlungskarte zusammengefasst. Da sieht man sehr schön auch, dass die Umsetzung dieses Themas bei der Regionalplanung ganz gut angesiedelt ist. Man sieht Bereiche, die über die kommunalen Grenzen hinausgehen. Wir haben den Ansatz gewählt: Wo gibt es die stärkste Belastung? Wo sind gute Ausgleichsräume? Wir haben auch die Frage betrachtet: Wie hoch ist die Anzahl der Betroffenen?

15 Die überörtlich bedeutsame Belastung ist mit den roten Kreisen und den roten Vierecken dargestellt. Insbesondere Köln, Bonn und Leverkusen weisen nachts und tagsüber eine sehr starke thermische Belastung auf. Die Bereiche um Bergisch-Gladbach, Düren und Aachen haben tagsüber eine starke thermische Belastung.

20 Weiter dargestellt sind die Kaltluftleitbahnen; das sind die blauen Linien, mitsamt den Einzugsgebieten von überörtlicher Bedeutung. Zum Beispiel findet sich nordöstlich der Stadt Köln eine Kaltluftleitbahn von überörtlicher Bedeutung. Man kann sagen: Je dunkler das Blau, desto höher die Priorität der Kaltluftleitbahn.

25 Diese Bereiche sind nach Auffassung des LANUV durch die Regionalplanung zu schützen. Dazu schlagen wir im Fachbeitrag verschiedene Möglichkeiten vor. Diese verschiedenen Möglichkeiten werden planungsrechtlich diskutiert. Ein besonders gut erprobtes Instrument sind die regionalen Grünzüge.

30 Weitere Handlungsfelder zur Klimaanpassung werden im Fachbeitrag knapp thematisiert. Es gibt dazu aber keine weitere Erhebung von Grundlagendaten. Wir haben uns auf die Hitzebelastung der Menschen beschränkt.

Damit bin ich schon am Ende. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Herr Deppe:

Vielen Dank für diesen Vortrag. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist er jetzt auch abrufbar?

Frau Kruse:

5 Der Fachbeitrag ist abrufbar, und den Vortrag haben Sie ja.

Vorsitzender Rainer Deppe:

Jetzt liegen einige Fragen vor. Zunächst Herr Frenzel, bitte.

Herr Frenzel:

10 Vielen Dank für die Darstellung, Frau Kruse. Den Fachbeitrag findet man tatsächlich schon online. Da kann man gut reinkommen.

Wir werden uns das sicherlich noch einmal genau im Hinblick darauf anschauen, was die weitere Planung zu den Agglomerationskonzepten betrifft. Das sollte mitberücksichtigt werden.

15 Ich habe eine Frage. Sie sprachen von dem Potenzial der erneuerbaren Energien. Da führten Sie aus, dass die Potenziale der Wasserkraft in unserer Region eher gering sind bzw. Sie sprachen von „ausgeschöpft“. Das hat mich in meiner laienhaften Sicht etwas verwundert. Beispielsweise war doch gerade im Bergischen Land die Wasserkraft ein Motor der Industrialisierung, und dort gab es viele Wassermühlen.

20 Warum lässt sich dieses Potenzial nicht auch für die Stromerzeugung nutzen? Und wenn es sich doch nutzen ließe, wo würden Sie dann mögliche Potenziale sehen?

Herr Waddey:

Eine ganz kurze Frage. Ich habe den Vortrag noch nicht im Netz gefunden. Können Sie bitte noch einmal den Link schicken?

Frau Zentis:

25 Ich rege an, dass wir diese Vorträge demnächst vorab bekommen. Ich habe gestern noch einmal in die Sitzungsunterlagen geschaut. Da hat sich zwar ein Tagesordnungspunkt um mehr als 40 Seiten erweitert, aber dieser Vortrag und auch der davor waren noch nicht zu finden.

Wenn wir das hier so präsentiert bekommen, dann wäre es auch dem Vortragenden gegenüber eine Frage des Respekts, wenn wir uns schon vorher damit befassen könnten. So aber erhalten wir einen Frontalvortrag und sollen ad hoc reagieren. Manches habe ich jetzt nicht so gut erkennen können, wie ich es gerne erkennen würde.

- 5 Nur eine allgemeine Frage: Ich komme aus dem Kreis Düren. Dort wird immer der Verkehr als die große Belastung hervorgehoben. Jetzt hatten Sie Zahlen zusammengestellt, dass die Belastung des Klimas durch die Kraftwerke einen wesentlichen Anteil haben. Wenn wir in Zukunft irgendwann mal aus der Verstromung der Braunkohle aussteigen würden – gibt es da Ihrerseits Berechnungen, um wie viel sich die Zunahme, die Sie in der Spitze mit 4,4 K
10 bezeichnet haben, verringern würde?

Frau Kruse:

Gut, ich versuche, die Fragen alle abzuarbeiten.

- Zunächst zur Frage von Herrn Frenzel. Wir haben eine Potenzialstudie zur Wasserkraft gemacht. Insgesamt sind die Potenziale der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen vergleichsweise gering; nichtsdestotrotz sind sie vorhanden, im Gegensatz zum Beispiel zu den Windpotenzialen oder den Solarpotenzialen. Man muss sich das im Einzelfall anschauen. Manche
15 Kreise haben größere Potenziale, andere haben gar keine mehr.

- Im Bergischen Land sind allein durch das Relief und durch die Wasserreichhaltigkeit dieses Gebiets Potenziale vorhanden. Dazu möchte ich Ihnen empfehlen, einen Blick in den Energieatlas oder in die Potenzialstudie zur Wasserkraft zu werfen.
20

- Zur Frage von Frau Zentis: Die Klimaprojektionen, die ich dargestellt habe, gehen von verschiedenen Treibhausgasemissionen weltweit aus. Je nachdem, wie schnell wir es schaffen, die Treibhausgasemissionen zurückzufahren, desto geringer wird die Erwärmung ausfallen. Die Landesregierung hat sich auf die Pariser Ziele geeinigt. Da würde das RCP von 2,6 zum
25 Tragen kommen. Das geht davon aus, dass wir 2020 die maximale Emission erreicht haben und dann die Emissionen weltweit zurückfahren.

Vorsitzender Herr Deppe:

Frau Kruse, vielen Dank! Ich sehe keine weiteren Fragen.

- Noch einmal zum Verfahren. Das betrifft nicht nur Sie und Ihren Vortrag, sondern auch alle
30 anderen. Wir haben es uns hier zur Übung gemacht, dass die Fachbeiträge hier vorgestellt werden; das ist sozusagen deren erste Vorstellung. Die Vorträge stehen dann aber zur Verfügung; sie sind uns heute schon weitergeleitet worden; wir müssen noch nicht einmal auf

das Protokoll warten. Die Unterlagen finden sich ohnehin bei der Regionalplanung und sind für jeden abrufbar.

Insofern nochmals herzlichen Dank für Ihren ersten Aufschlag. Alles Weitere wird in den kommenden Beratungen berücksichtigt und abgewogen werden.

- 5 Wir hatten unter diesem Tagesordnungspunkt noch die Anfrage der CDU-Fraktion zu Frischluftschneisen im Regionalplan. Dazu kann uns Herr Schlaeger noch etwas sagen.

Herr Schlaeger:

10 Die Frage hatte zwei Teile, zum einen, ob es eine flächendeckende Grundlage gibt über die Entstehungsgebiete der Frischluftschneisen. Diese Frage wurde beantwortet. Die Klimaanalyse NRW stellt das alles flächendeckend bereit. Jeder kann sich das im Internet in den Kartendiensten für seinen Bereich anschauen.

Wir werden die Fachbeiträge sukzessive auch auf unsere Internetseite stellen. In Bezug auf die Zeitschiene ist es so, dass Ganze vor wenigen Tagen von den zuständigen Ministerien freigeschaltet worden ist. Es war nicht möglich, das vorher zur Verfügung zu stellen.

15 Eine weitere Frage ging dahin, wie wir das Ganze im Regionalplan umsetzen und sichern können. Hierfür gibt es mehrere Stufen. Die erste Stufe besteht darin, dass wir bereits jetzt mit den Daten der Klimaanalyse NRW arbeiten, also mit den Empfehlungen aus dem Fachbeitrag. Wenn wir jetzt über die Fragestellungen und Konzeptionen der Siedlungsbereiche nachdenken, berücksichtigen wir dies sowie andere Belange schon sehr frühzeitig in unserem Prozess und orientieren uns im Hinblick auf die Strategische Umweltprüfung an den
20 Maßstäben.

Wir berücksichtigen das alles also schon sehr frühzeitig. Wir werden im November in der AG Freiraum, die wir angesetzt haben, darstellen, wie wir das genau machen wollen. Das ist sozusagen die erste Stufe.

25 Die zweite Stufe – das hat Frau Kruse bereits angesprochen – ist darin zu sehen, dass wir dafür planerische Instrumente haben. Wir haben die regionalen Grünzüge. Wir haben zwar kein Planzeichen explizit für die Kaltluftbereiche, aber das Vorranggebiet der regionalen Grünzüge ist ebenso dafür angelegt, um damit Bereiche von Bebauung gezielt freihalten zu können. Da ist die Klimafunktion explizit integriert. Wir möchten das Konzept der Grünzüge –
30 auch das werden wir Ihnen in der November-AG vorstellen – so aufbauen, dass wir sie mehr schärfen und dass man besser erkennen kann, welche Funktion sie in den jeweiligen Teil-

räumen haben. Das ist im Konzept schon mitbedacht. Wir haben die belasteten Gebiete, die wir jetzt gerade gesehen haben, in der Grünzüge-Konzeption mit eingebunden.

Dritter Baustein ist das Kapitel „Klima“ im neuen Regionalplan. Da haben wir noch weitergehende Möglichkeiten, um weitere Grundsätze zu formulieren: über den Inhalt der Siedlungsbereiche, für die weitere Bauleitplanung. Das kann auch in Verbindung mit Erläuterungskarten geschehen. Wir sind aber noch nicht so weit, dass wir genau sagen könnten, wie wir das im Einzelnen machen. Wir werden es aber tun, und das ist auch in vergleichbaren neueren Regionalplänen, die noch im Verfahren oder bereits abgeschlossen sind, so umgesetzt worden.

10 Abschließend noch ein Hinweis; das wird Sie in Kürze auch über ein „Save-the-Date“ erreichen: Am 22.11.2018 werden wir mit der Energieagentur ein Regionalforum in Düren für die Region Aachen durchführen. Dabei werden wir uns mit dem Thema „Klimaanpassung“ für die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg und den Bereich Aachen auseinandersetzen. Das kann man sich schon mal im Kalender eintragen.

15 **Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. – Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Nochmals ein Dankeschön an alle Beteiligten.

TOP 12

Mitteilung zum 2. Monitoringbericht

Teilplan „hochreiner weißer Quarzkies

Drucksache Nr.: RR 65/2018

5

Vorsitzender Herr Deppe:

Der Bericht ist sehr umfassend. Er liegt Ihnen vor. Herr Krause steht für Fragen oder Erläuterungen zur Verfügung. Ich denke jedoch, dass jeder den Bericht gelesen haben wird.

Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand.

10 Dann ist das einstimmig so beschlossen. Herr Krause, herzlichen Dank für die gute Vorarbeit.

TOP 13

Regionalplanüberarbeitung, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe

Drucksache Nr.: RR 73/2018

5 Vorsitzender Herr Deppe:

Auch hier liegt ein Beschlussvorschlag vor. Wir beschließen jetzt darüber, dass die frühzeitige Unterrichtung unter Einhaltung der Zeiträume stattfindet. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist auch dies einstimmig beschlossen.

TOP 14

Gesamtübersicht Regionalplan Köln

**Sachstand Kommunalgespräche und Reserveflächenermittlung (Stadt Aachen, Städte-
region Aachen, Kreis Heinsberg)**

- 5 Drucksache Nr.: RR 66/2018

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 15

Freistellung von Bahnbetriebszwecken

**a) Freistellung von Bahnbetriebszwecken betreffend Flurstücke in Köln-Deutz
hier: Bestätigung des Dringlichkeitsbeschlusses**

5 Drucksache Nr.: RR 70/2018

Beschluss:

- einstimmig -

10 **b) Freistellung von Bahnbetriebszwecken betreffend Flurstücke in Gummersbach**

Drucksache Nr.: RR 71/2018

Beschluss:

- einstimmig -

15

Herr Waddey:

Könnten wir, wenn eine Entscheidung seitens des Eisenbahnbundesamtes gefallen ist, darüber informiert werden? Sonst erfahren wir ja gar nicht, was daraus geworden ist.

Vorsitzender Herr Deppe:

20 Das können wir in die künftige Tagesordnung mit aufnehmen.

TOP 16

Anträge

- 5 a) **Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP
„Resolution des Regionalrates Köln zum Strukturwandel im Rheinischen
Revier“**

Drucksache Nr.: RR 77/2018

Herr Götz:

10 Ich will mich kurz fassen. Derzeit tagt in Berlin die Kohlekommission, die darüber diskutiert, wann der Ausstieg aus der Kohle erfolgen kann und erfolgen soll. Dabei geht es um die Fragen, wie das Rheinische Revier diesen Strukturwandel bewältigen kann. Dazu bedarf es gewisser Überlegungen.

15 Was wir dazu beitragen können, haben wir in diesen Antrag gefasst. Das Ganze geschieht in enger Abstimmung mit der ZRR. Wir bitten, damit wir einen möglichst breiten Konsens erzielen, um Ihre Zustimmung. Wir werden keine einzelnen Formulierungen mehr verändern wollen. Die Abstimmungen im Vorfeld dergestalt, dass wir uns zum Ziel gesetzt haben, hier mit einer Stimme zu sprechen. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag.

Herr Neitzke:

20 Ich kann mich dem voll anschließen, was Herr Götz gerade gesagt hat. Es ist sehr wichtig, dass wir bei den anstehenden Problemen als Region mit einer Stimme sprechen. Die anderen Regionen sind aufgestellt. Wir hinken noch etwas hinterher. Es ist jetzt kurz vor zwölf. Wir müssen mit einer Stimme sprechen. Die Region muss wissen, dass sie sich neu aufstellen muss, gerade im Hinblick darauf, dass wir erneuerbare Energien brauchen, dass wir be-
25 zahlbare Energien brauchen, dass wir auch Energien brauchen, die für unsere Wirtschaft ständig in dem Maße zur Verfügung stehen, wie es notwendig und erforderlich ist, und dass wir neue Arbeitsplätze schaffen, um die wegfallenden Arbeitsplätze zu kompensieren.

Dazu müssen wir gegenüber den anderen und auch gegenüber Berlin klar sagen, was wir wollen. Das müssen wir klar herausstellen. Berlin ist weit von unserer Region entfernt. Des-
30 halb ist es sehr wichtig, dass wir alles das, was wir wollen, an Berlin herantragen, damit man uns diese Mittel zur Verfügung stellt.

Wir haben noch ein zweites Problem, und auch das müssen wir beachten. In Nordrhein-Westfalen haben wir leider damit zu tun, dass es auch noch das Ruhrgebiet gibt. Wir müssen aufpassen, dass von den Fördermitteln, die für die Kohle und für die Strukturkrise zur Verfügung gestellt werden, nicht durch Entscheidungen der Landesregierung letztlich mehr ins
5 Ruhrgebiet fließen als ins Rheinische Revier.

Wir sind das Rheinische Revier, und wir sollten uns so aufstellen, wie wir uns aufstellen können. Wir sind eine starke Region und sollten diese Stärke auch nach außen hin demonstrieren.

Herr Beu:

10 Manche Sätze finde ich sehr interessant, auch der Satz, der gerade zum Ruhrgebiet gesagt wurde.

Um aber auf das Thema zurückzukommen: Wenn wir in der Mitte der Woche den Entwurf eines Resolutionstextes zugeschickt bekommen mit dem Hinweis, der sei im Entwurf unveränderbar, dann kann man noch sagen: Okay, das ist relativ kurzfristig, aber der Dringlichkeit
15 und der Bedeutung der Sache ist es geschuldet, innerhalb von zwei, drei Tagen zu einer Entscheidung zu kommen, wie die Resolution aussehen kann.

Wir hatten als Fraktion nur einen einzigen Änderungswunsch artikuliert, abgesehen davon, dass das Eckpunktepapier, das in dem Resolutionstext erwähnt ist, eigentlich nur der Zwischenstand eines Eckpunktepapiers ist. Nach meinem Kenntnisstand können durchaus
20 selbst heute noch Änderungen an dem Papier vorgeschlagen und vorgenommen werden. Uns ging es darum, lediglich einen Satz zumindest in der Ziffer 1 – das ist ja nicht unter „ferner liefern“ ganz hinten – einzufügen, der lautete: Zur Erreichung der Klimaschutzziele ist ein Ausstieg aus der Braunkohleverstromung notwendig.

Dieser Satz wäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit gewesen. Dies erschien aber zumindest mit den beiden großen antragstellenden Fraktionen nicht vereinbar zu sein, weil es letztlich ein Nein von Ihnen gab. Wenn jetzt aber die beiden Vertreter von CDU und SPD so tun,
25 als wollten sie eine einstimmige, einvernehmliche Resolution, sich aber als derart kompromissunfähig herausstellen, dann können Sie nicht davon ausgehen, dass wir die Resolution mittragen werden.

30 Diese Resolution kann kein Diktat sein, vielmehr sollte sie das Ergebnis eines Prozesses darstellen. Wenn der Prozess aber nur drei Tage währt und eine Fraktion nur einen einzigen Satz als Änderungswunsch vorträgt, dann sollte man doch davon ausgehen, dass dieser

Änderungswunsch akzeptiert wird. Ansonsten werden wir diesem Text grundsätzlich nicht zustimmen können.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Müller:

5 Herr Beu, wenn Sie da nicht zustimmen wollen, wenn das für Sie ein solches K.O.-Kriterium ist, dann muss es eben ohne Sie gehen. Es gab ja noch ein Kompromissangebot, das Herr Knauf versendet hat. Das war für Sie aber wohl kein Kompromiss.

Für uns ist wichtig, wo die Region steht. Wir stehen im Wettbewerb. Herr Neitzke hat sehr deutlich gemacht, dass auch das Ruhrgebiet für uns ein Konkurrent ist. Das ist sicherlich so
10 in der Form richtig. Wir müssen uns positionieren. Berlin hat die mitteldeutsche Region mit einer ähnlichen Problematik, aber sicherlich nicht in der großemäßigen Ausrichtung, stärker vor Augen als das Rheinland, das von dort weiter weg ist.

Wir müssen uns also Gehör verschaffen. Wir müssen eine Zukunft bieten und den Menschen sagen, wie es weitergehen soll, wenn die Braukohle-Ära zu Ende geht, und wie ihre Arbeitsplätze sichergestellt werden. Darauf haben die Menschen einen Anspruch. Deshalb müssen
15 wir uns als Region rechtzeitig positionieren. Das haben wir heute mit dieser Resolution getan. Ich kann nur jedem empfehlen, ihr zuzustimmen.

Herr Singer:

Ich kann mir den Ausführungen des Kollegen Beu anschließen, dass das alles ein bisschen
20 merkwürdig abgelaufen ist. Ich habe auch noch zwei andere Anmerkungen.

Wenn ich recht informiert bin, besteht die Bundesregierung aus CDU und SPD. Wenn jetzt von den beiden großen Fraktionen im Hause Appelle an Ihre eigene Regierung gemacht werden – da kann sich jeder denken, was er will.

Wir haben außerdem den bemerkenswerten Satz vernommen, dass das alles eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Was mich immer stört bei solchen Dingen ist die Tatsache,
25 dass immer nur darauf abgestellt wird, dass man als Region besonders gut aufgestellt sein muss, dass man als Rheinisches Revier dies und das machen muss und besser aufgestellt sein soll als die anderen. Und jetzt muss man sich sogar noch gegen das Ruhrgebiet positionieren.

30 Ich stelle mir eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ein bisschen anders vor. Da wäre unsere Bundesregierung gefordert, mal klarzustellen, dass es keine Konkurrenz zwischen Lausitz

und Rheinland, zwischen Ruhrgebiet und Rheinland oder was auch immer geben sollte, sondern dass wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen und gemeinsam den Kohleausstieg schaffen.

Frau Hane-Knoll:

- 5 Ich möchte darauf hinweisen, dass wir das vor einigen Monaten schon mal hatten. Mit einheitlicher Stimme zu sprechen, bedeutet für mich, dass man im Vorfeld alle Fraktionen, auch die kleineren, mit einbindet und die Beteiligten nicht mit einem solch kurzen Vorlauf vor vollendete Tatsachen stellt, die man nicht mehr ergänzen kann, auf die man nicht mehr einwirken kann. Dann würde ich der Resolution nicht zustimmen wollen.
- 10 Der Naturschutz ist in keiner Weise berücksichtigt. Es war auch mit keinem Wort die Rede von den Beschäftigten oder von den Arbeitsplätzen. Hier fehlt einfach eine ganze Menge dazu. Für mich ist nicht ersichtlich, wie das alles gemacht werden soll. Es gibt viele Worthülsen in diesem Papier, die ich nicht so ganz nachvollziehen kann. Da hätte man Zeit gebraucht, um das genauer zu bedenken und Vorschläge zu machen, wie man es hätte deutlicher formulieren können.
- 15

Wie Sie vielleicht wissen – danke, dass Sie mir zuhören; es gibt immer irgendwelche Leute, die murmeln, wenn andere sprechen –, sind in den letzten Wochen und Monaten viele Tausende immer wieder zum Hambacher Forst gekommen. Auf diese Belange müsste ebenfalls eingegangen werden, aber auch das ist nicht geschehen. – Danke schön.

20 **Vorsitzender Herr Deppe:**

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt dem Beschlussvorschlag zu? – Das sind die Vertreter von CDU, SPD, FDP, FREIE WÄHLER und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Vertreter der GRÜNEN, der LINKEN und die Vertreterin der PIRATEN.

- Wir schicken die Resolution jetzt weiter. Wenn demnächst die Kohlekommission hierher ins Rheinische Revier kommt, können wir zumindest sagen, dass unser Gremium die durchaus lesenswerten Vorschläge unterstützt, die die Zukunftsagentur erarbeitet hat.
- 25

TOP 17

Anfragen

- a) **Anfrage der CDU-Fraktion**
„Anträge auf Regionalplanungsänderungen“

5 Drucksache Nr.: RR 74/2018

Vorsitzender Herr Deppe:

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort vor. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank für die Beantwortung, Herr Schilling.

10

- b) **Anfrage der FDP-Fraktion**
„Überprüfung der Wehranlagen der Aggerkraftwerke“

Drucksache Nr.: RR 76/2018

Vorsitzender Herr Deppe:

15 Auch hierzu liegt eine schriftliche Antwort vor. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Herr Müller, bitte.

Herr Müller:

20 Grundsätzlich möchten wir uns bedanken für die umfangreiche Beantwortung der Frage. Der Runde Tisch hat nicht im Frühjahr stattgefunden, sondern am 24.10.2016. Daraus können Sie entnehmen, was es da alles an Vorgaben gegeben hat. Die sind aber so nicht eingehalten worden, wie Sie zum Teil schon richtig dargestellt haben. Die Frage, die sich mir stellt, lautet: Wie wollen Sie denn rechtlich mit dieser Problematik umgehen? Das muss ja irgendwelche Konsequenzen nach sich ziehen.

Herr Borsch:

25 In Wiehlmünden hat sich die Aggerkette GmbH und Co. KG im rechtlichen Rahmen bewegt, sodass wir in rechtlicher Hinsicht keine Handhabe haben. Bei den anderen Anlagen, die noch für die vertiefte Überprüfung des Stahlwasserbaus anstehen, haben wir eine rechtliche

Handhabe. Da sind auch die Absenkgeschwindigkeiten vorgeschrieben. In Wiehlmünden hat sich der Anlagenbetreiber jedoch im rechtlichen Rahmen bewegt.

Herr Müller:

5 Herr Borsch, darf ich dem entnehmen, dass Sie die Vorgaben, die für die anderen Staustufen, die zum Teil schon in Bearbeitung sind, andere waren als die für Wiehlmünde, und dass man dort diese Regelungen nicht so dezidiert aufgenommen hat?

Herr Borsch:

10 Genauso ist es. Der Mindeststauspiegel in Wiehlmünden und der maximale Stauspiegel in Wiehlmünden liegen laut Wasserrecht 1,50 m auseinander. Aus diesem Grunde hatten wir keine Handhabe, eine Absenkgeschwindigkeit vorzuschreiben.

Herr Waddey:

15 Ich habe eine praktische Frage. Wenn ein Gewässer trockengelegt werden muss, aus welchen Gründen auch immer, dann kenne ich das so, dass es vorher abgefischt wird. Die Fische werden möglicherweise noch betäubt, dann herausgeholt und in ein anderes Gewässer umgesetzt. Warum ist man hier nicht auch so vorgegangen?

Frau Dr. Hermann:

20 In dem Fall hier wurde präferiert, die Fische drinnen zu belassen, weil das Gewässer nicht komplett abgelassen wird. Sie haben vollkommen recht: Wenn die Staustufe komplett geleert hätte werden müssen, hätte man die Fische entnehmen müssen. In diesem Fall ist aber noch genug Wasser vorhanden, um die Fische drinnen belassen zu können. Dann hat man, wenn alles gut läuft, einen geringeren Schaden bzw. ein geringeres Risiko für die Fische, wenn man nicht alle Fische abfischen, in die Hand nehmen und woandershin verbringen muss.

25 Zusätzlich hätte sich hier das Problem gestellt, wohin man mit den ganzen Fischen will. Wenn man sie einfach in die nächste Staustufe setzt, die eigentlich schon besetzt ist, schafft man damit neue Probleme. Deswegen war es hier die beste Lösung, die Fische dort zu belassen, da noch genügend Wasser vorhanden war.

TOP 18

Mitteilungen

a) der Bezirksregierung

5 Herr Kotzea:

Ich habe zwei Mitteilungen zu machen.

Erstens. Das weiß wahrscheinlich schon jeder, aber ich wollte es hier im Regionalrat auch noch offiziell bekannt geben: Frau Müller ist seit dieser Woche neue Hauptdezernentin des Dezernats 32 und damit offiziell im Amt. Ich kann nur sagen: Auf gute Zusammenarbeit!

10 (Beifall)

Zweitens. Das betrifft eine Ankündigung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes im nächsten Entfesselungspaket der Landesregierung. Hier werden schwerpunktmäßig vor allem Verfahrensvorschriften in den Blick genommen. Auch das Landesplanungsgesetz ist durchsucht worden. Man hat an zwei, drei Stellen Dinge gefunden, bei denen man innerhalb
15 des Verfahrens Änderungen vornehmen möchte.

Zum Beispiel können Erörterungen jetzt im Ermessen der Behörde selbst durchgeführt werden und müssen nicht verpflichtend mit allen Trägern geführt werden. Das kann zu einem Effizienzgewinn führen. Es gibt zudem Änderungen bei der Bekanntmachung: Die örtliche Bekanntmachung wird nicht mehr zwingend vorgeschrieben.

20 Ich will gar nicht im Detail auf alles eingehen. Wir haben jetzt die Chance, bis zum 12. November 2018 dazu Stellung zu nehmen. Darum sind wir vom Wirtschaftsministerium und von der Landesplanungsbehörde gebeten worden. Unser Vorschlag: Die KRS berät am 09.11.2018 mit, und wir würden vonseiten der Behörde dazu einen Vorschlag für eine Stellungnahme erarbeiten. Dann geben wir die in die Fraktionen, und dann können wir in der
25 KRS eine Beschlussfassung vorbereiten. Das wäre das Nächstliegende.

Vorsitzender Herr Deppe:

Das halte ich für einen guten Vorschlag. – Ich sehe allgemeines Nicken. Dann werden wir unsere Möglichkeiten wahrnehmen, das Ganze in der KRS-Sitzung abschließend zu beraten. Auf diese Weise müssen wir nicht warten, bis wir im Dezember wieder zusammentreten.

30 Herr Beu:

Das ist schon notwendig, allein um die Frist einzuhalten. Es wäre trotzdem schön, ein paar Tage vorher Ihren Entwurf oder die Gründe mitgeteilt zu bekommen, damit man in den Fraktionen noch darüber beraten kann.

Vorsitzender Herr Deppe:

- 5 Das wurde ja so angekündigt. Das Thema ist schon längst bekannt. Wichtig ist letztlich, dass wir für die Region eine Stellungnahme abgeben. Das ist heute gelungen, auch wenn ich mir eine breitere Mehrheit gewünscht hätte.

Ich darf Ihnen für Ihre Geduld danken. Die Sitzung ging heute etwas länger als üblich. Danke für die konstruktiven Beratungen.

- 10 Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 12:45 Uhr



Forstlicher Fachbeitrag Für den Regierungsbezirk Köln



www.wald-und-holz.nrw.de



**Forstlicher Fachbeitrag für die Fortschreibung
des Regionalplanes der Bezirksregierung Köln**
Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Bearbeitung:
Hermann Frühlingsdorf, Tobias Kreckel (Regionalforstamt Bergisches Land)
Thomas Deckert (Regionalforstamt Rhein-Sieg-Erft)
30. April 2018



Analyse der Waldsituation

Ziele zum Umgang mit Wald

Als Instrument der Planung:



- **seit 1975 gesetzlich verankert**
- **darauf gerichtet, die Funktionen des Waldes zu sichern**
- **durch die Forstbehörde erstellt**



Kölner Forstämter

Doppelfunktion als forstlicher Rahmenplan:

Interne

Richtlinie der
Waldbehandlung

Abwägungsbelang
der
Raumnutzungen

Externe



Die Trends:

Folgende *negative* Entwicklungen im Planungsraum werden beobachtet:

- eine schwindende Akzeptanz für Neuaufforstungen
- zunehmend respektlose Freizeitnutzung im Wald
- verstärkt segregative Ansätze in der Waldbewirtschaftung
- eine abnehmende Eigentümerbindung im Privatwald
- eine schwierige Ertragslage für Forstbetriebe



Die Trends:

Folgende *positive* Ansätze bestehen im gesellschaftlichen Umfeld:

- die zunehmende Beachtung von Grundsätzen einer klimastabilen Waldbewirtschaftung
- Ein gewachsenes Verantwortungsbewusstsein für schutzwürdige Waldflächen
- die freiwillige Zertifizierung vieler Forstbetriebe
- eine gewachsene Wertschätzung von Holz als Rohstoff
- eine gesteigerte Professionalisierung der im Forst tätigen Unternehmen.

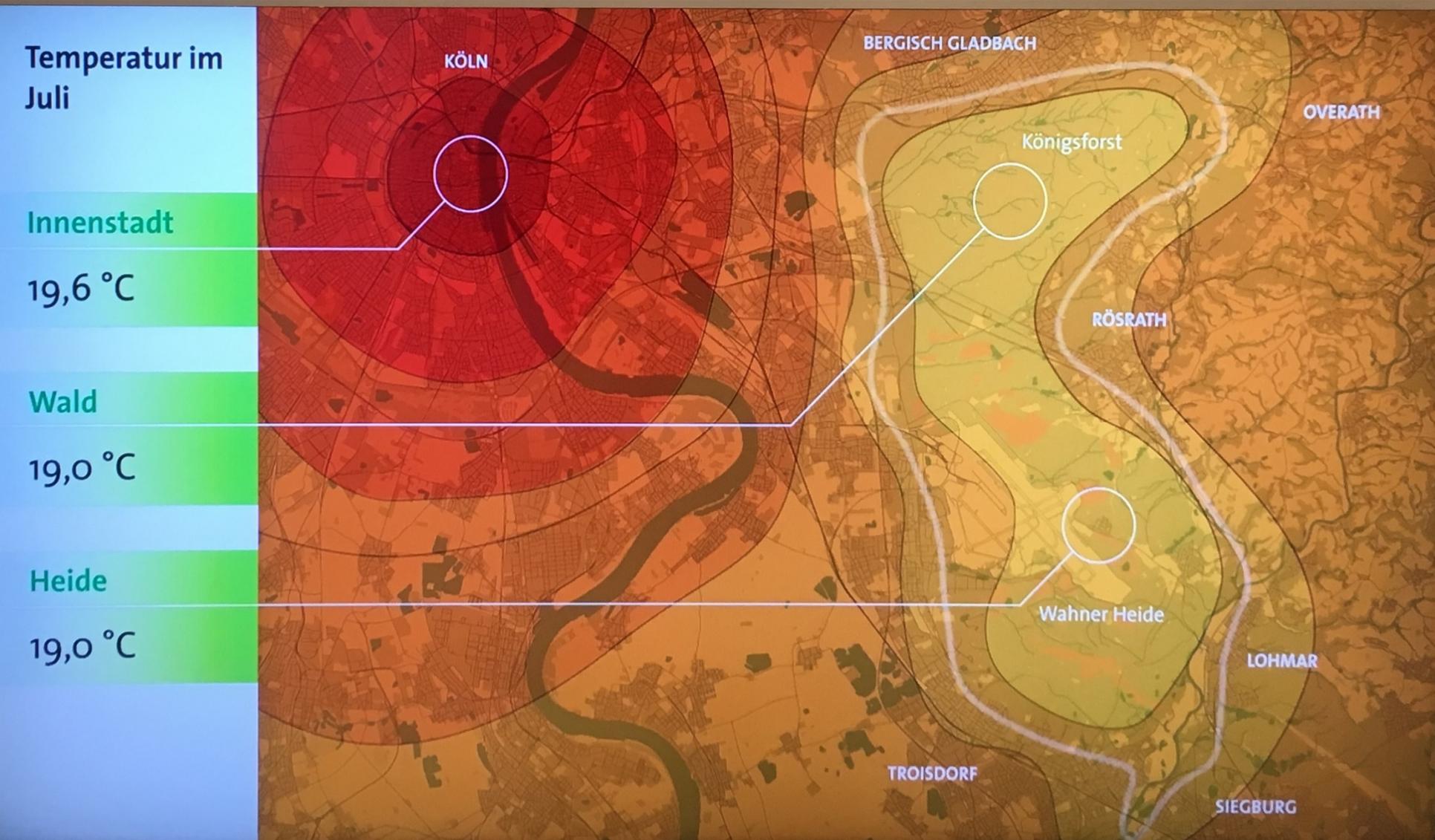
UNSERE ZIELE ZUM UMGANG MIT DEM WALD:

- 1. Wald ist grundsätzlich zu erhalten.**
- 2. Unvermeidbare Inanspruchnahmen von Wald sind grundsätzlich durch Ersatzaufforstungen auszugleichen.**
- 3. In waldarmen Gebieten ist eine Vermehrung von Wald vorzusehen.**
- 4. Zehn weitere, regionalplanerisch eher weniger relevante Ziele**

10 GRÜNDE WALD ZU ERHALTEN:

- 1. Ort nachwachsende Rohstoffe**
- 2. Raum der Erholung**
- 3. Lärm- und Schadstoffsenke**
- 4. Biotop für verschiedenste Lebewesen**
- 5. CO²-Speicher**
- 6. Teil des Landschaftsbildes**
- 7. Fundort der Kulturgeschichte**
- 8. Trinkwasserreservoir**
- 9. Arbeitsplatz und Einkommensquelle**
- 10. Verbesserung des Stadtklimas**

LOKALE KLIMAWIRKUNG DES WALDES:



CO₂
Bindung

Wald
erhalt

Klima
schutz

Waldbau

Flächen
zunahme



Bisherige Planungspraxis.



Argumente gegen den Wald:

Planer:

Nachfrager:

Standort- und Arbeitsplatzsicherung

Raum für die Ansiedlung

Geringer Raumwiderstand

Keine Wohnbebauung in der Nähe

Frei von Altlasten

Lage; Autobahnnähe

Günstiger Grundstückspreis

Waldverluste sind durch Wald zu ersetzen

denn, der Baumartenwechsel in bestehenden Wäldern:

- **Führt zur Abnahme der Gesamtwaldfläche**
- **Ersetzt nicht alle Waldfunktionen**
- **Findet aus waldbaulichen Gründen vielfach ohnehin statt**
- **Wird auch über staatliche Förderprogramme erreicht**
- **Entbindet die Planung von der frühzeitigen Auseinandersetzung mit der Kompensationsfrage**

Waldverluste sind durch Wald zu ersetzen.

Als Mittel des Ausgleichs nur ausnahmsweise zulässig:

- ***In walddreichen Kommunen (LEP: >60%)***
- ***In Verdichtungsgebieten (Erlass 2008)***

In waldarmen Gebieten ist eine Vermehrung von Wald vorzusehen.

Def.: Waldarm sind Kommunen unter 20% Waldanteil

- ***Grundsätzlich ist das gesamte Gemeindegebiet der Suchraum zur Waldanlage. Im Einzelfall bestimmte Gemarkungen. Auf eine kartenmäßige Fixierung wird verzichtet.***

Rangfolge für geeignete Erstaufforstungsflächen

- 1. In die Siedlungen oder an den Siedlungsrand***
- 2. Entlang von Gewässern***
- 3. Entlang von Infrastrukturlinien***
- 4. Arrondierung bestehender Wälder***
- 5. In Wasserschutzzonen***
- 6. Als kleinere Trittsteine in die Agrarlandschaft,***
- 7. Keinesfalls großflächige Aufforstungen in landwirtschaftliche Vorrangräume***



Das wars:





Fachbeitrag Klima für die Planungsregion Köln

18. Sitzung des Regionalrates Köln am 28.09.2018

Antje Kruse, LANUV NRW, Leiterin Fachbereich 37: Klimaschutz, Klimawandel Koordinierungsstelle



Hintergrund

- Anthropogener Klimawandel betrifft Interessen und Kompetenzen vieler verschiedener Akteure und Fachplanungen
 - Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Natur- und Artenschutz, Stadtentwicklung, Energieversorgung, Verkehr,...
 - Interdisziplinärer Ansatz erforderlich
 - räumliche Auswirkungen und Erfordernisse
- Regionalplanung als geeignetes Instrument
 - Interdisziplinär
 - mittel- bis langfristiger Zeithorizont
- Weitere Fachbeiträge mit Bezug Klimawandel:
 - Wasser und Klimawandel (LANUV)
 - Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV)
 - Forstwirtschaft
 - Landwirtschaft



Aufbau und Ziele des Fachbeitrags Klima

- Fachbeitrag Klima vom LANUV 2018 erstmals für den Regionalplan Detmold erstellt, nun folgt Köln
- Maßnahme des Klimaschutzplans NRW
- Ziel des Fachbeitrags: Bereitstellung von räumlich konkreten und belastbaren Datengrundlagen, klimafachlichen Bewertungen und Hinweisen für den planerischen Abwägungsprozess
- Aufbau: 3 zentrale Bausteine
 - Klimawandel (Monitoring, Zukunftsprojektionen)
 - Klimaschutz
 - Klimaanpassung



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



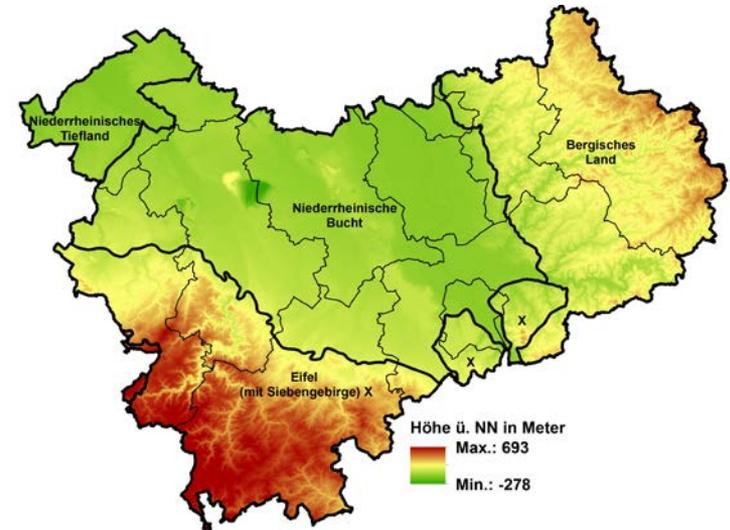
Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen
Klimaschutz und Klimafolgenanpassung



@KlimaschutzNRW
www.klimaschutz.nrw.de
www.climact.nrw.de

1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

- Klima - Unterschiede zum „Wetter“:
 - Zusammenfassung von Wettererscheinungen
 - Betrachtung meteorologischer Größen in einer Mindestperiode von 30 Jahren
 - Einflussgrößen sind u.a. geografische Breite, Höhe, Entfernung zum Meer, Geländeform, Landnutzung



→ Einteilung NRW's in acht Großlandschaften nach natürlichen + klimatischen Gegebenheiten

- Regierungsbezirk Köln liegt in den Großlandschaften Niederrheinisches Tiefland, Niederrheinische Bucht, Eifel und Bergisches Land
- Gehört zur warmgemäßigten und feuchttemperierten Klimazone
- Innerhalb der Region: regionale Unterschiede in der Topografie und somit auch beim Klima
- Zum einen die eher trockene und wärmere Niederrheinische Bucht und das Tiefland, zum anderen das regenreichere und kühlere Bergische Land und die noch kühlere, nicht so regenreiche Eifel

1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

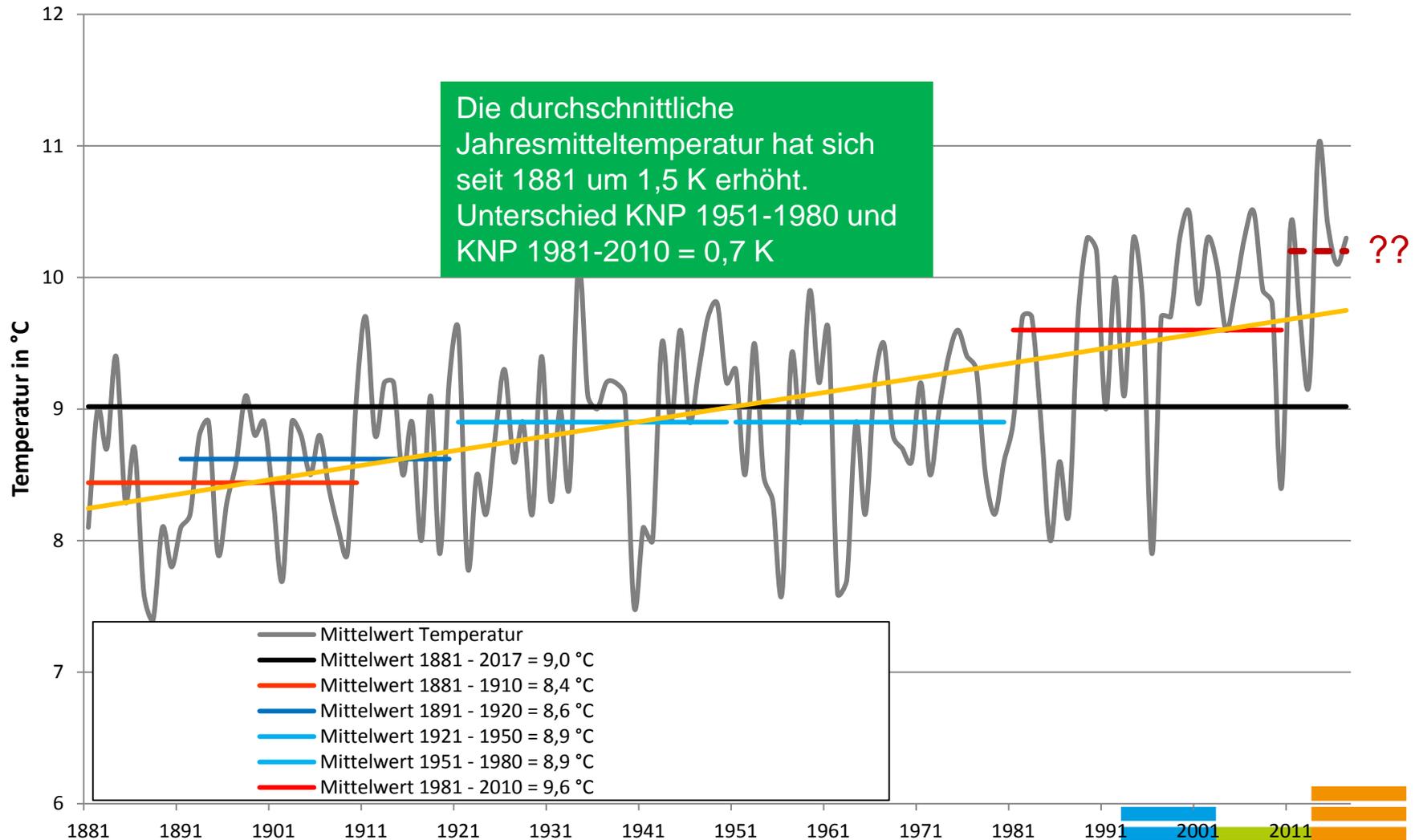
Bisherige Entwicklung des Klimas in NRW



<https://www.lanuv.nrw.de/klima/service/veroeffentlichungen/>

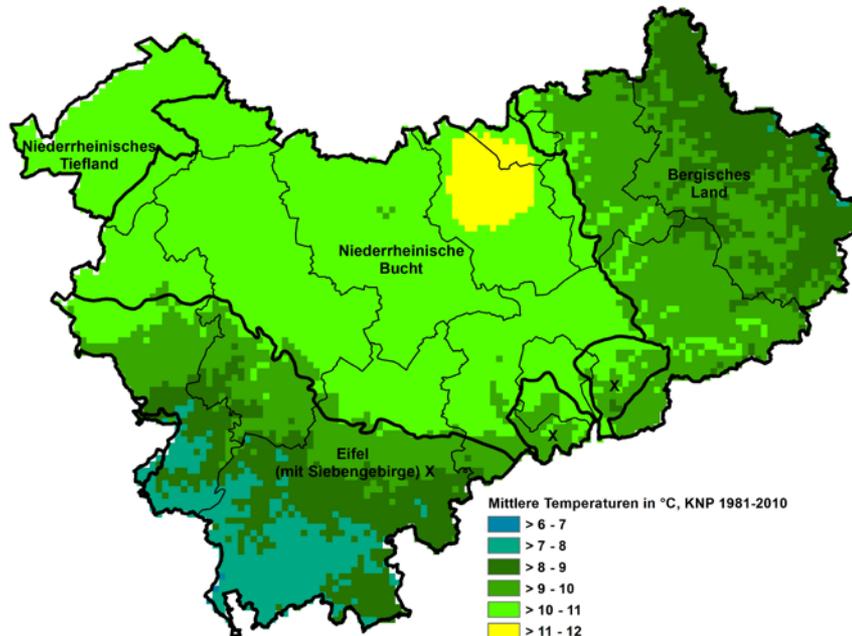
1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

Entwicklung des Klimas in NRW – Temperatur (Mittel₈₁₋₁₀: 9,6°C)



1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

Entwicklung des Klimas in der Region - Temperatur



Durchschnitt Temp:

NRW: 9,6 °C

BZRGK: 9,7 °C

NRT: 10,6 °C

NRB: 10,6 °C

EI: 8,9 °C

BL: 9,5 °C

Differenz Temp:

NRW: 0,7 K

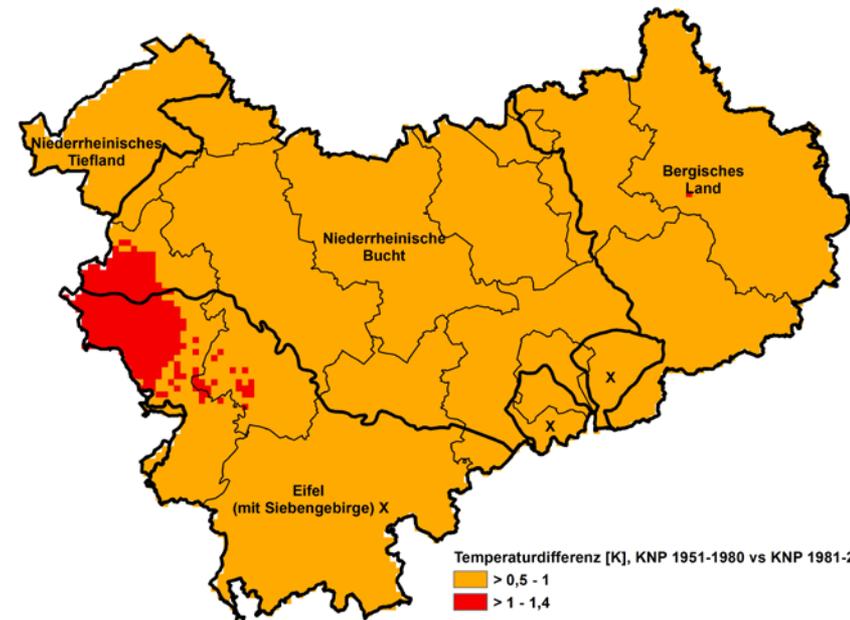
BZRGK: 0,8 K

NRT: 0,7 K

NRB: 0,8 K

EI: 0,9 K

BL: 0,7 K



Temperaturdifferenz [K], KNP 1951-1980 vs KNP 1981-2010

> 0,5 - 1

> 1 - 1,4

1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

Entwicklung des Klimas in der Region - Temperatur

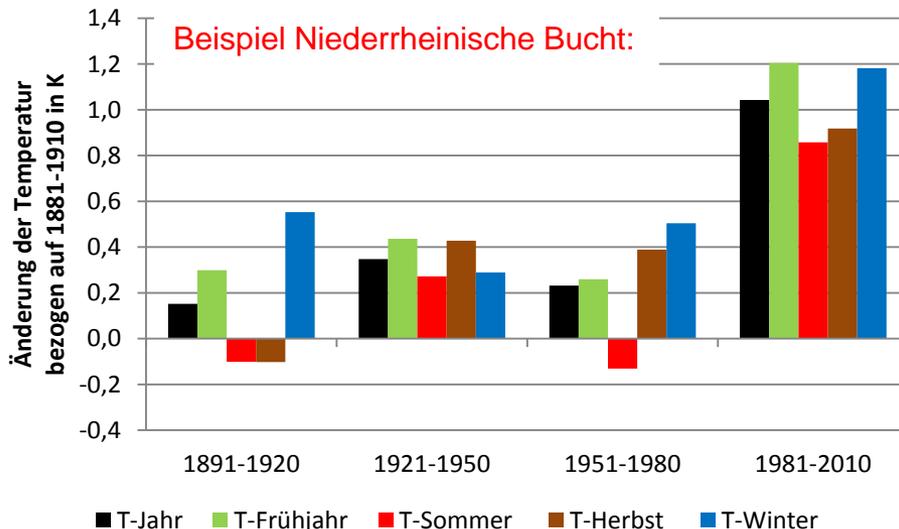
Veränderungen der mittleren Temperaturen sowie jahreszeitliche Temperaturänderungen in der Planungsregion Köln:

Änderung saisonale und jährliche Durchschnittstemperaturen:

	KNP 1951 - 1980	KNP 1981 - 2010	Differenz
Frühjahr	8,2 °C	9,3 °C	1,1 K
Sommer	16,2 °C	17,2 °C	1,0 K
Herbst	9,5 °C	10,0 °C	0,5 K
Winter	1,7 °C	2,4 °C	0,7 K
Jahr	8,9 °C	9,7 °C	0,8 K

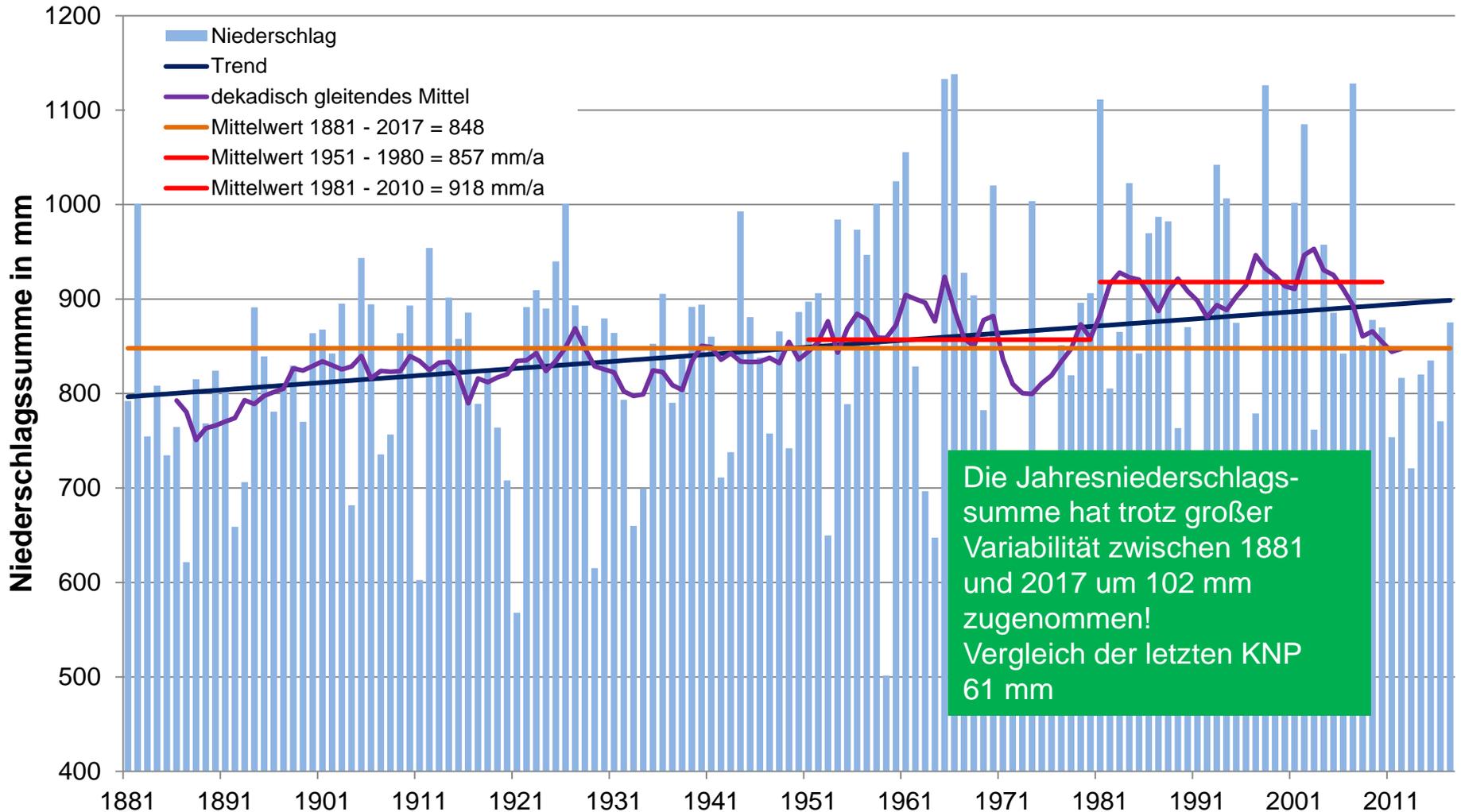
Änderung Kenntage pro Jahr Temperatur:

	KNP 1951 - 1980	KNP 1981 - 2010	Differenz
Heiße Tage	3	6	3
Sommertage	24	34	10
Eistage	15	13	-2
Frosttage	71	63	-8



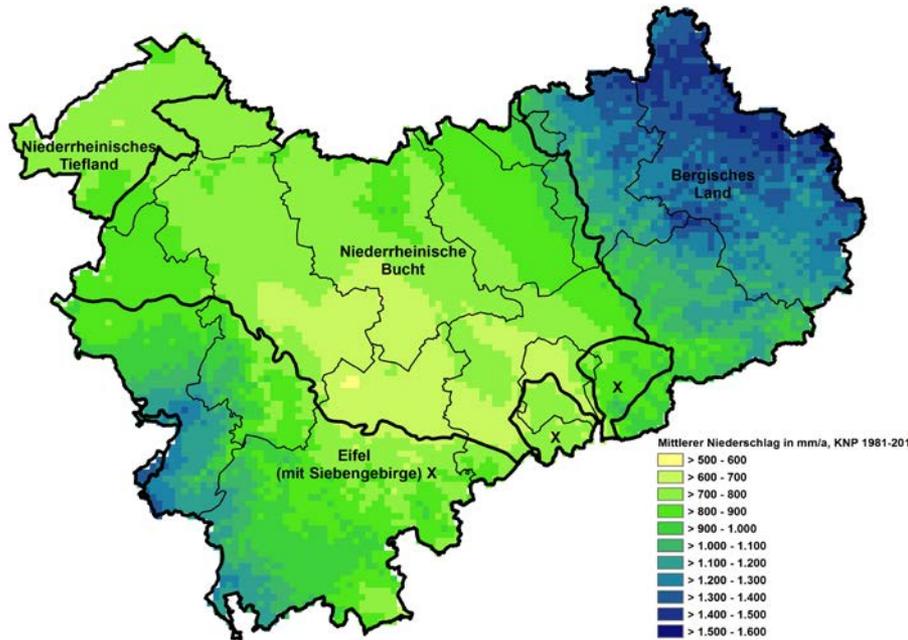
1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

Entwicklung des Klimas in NRW – Niederschlag (Mittel₈₁₋₁₀: 918mm)



1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

Entwicklung des Klimas in der Region - Niederschlag



Durchschnitt NS:

NRW: 918 mm/a

BZRGK: 917 mm/a

NRT: 791 mm/a

NRB: 757 mm/a

EI: 828 mm/a

BL: 1163 mm/a

Differenz NS:

NRW: 61 mm/a

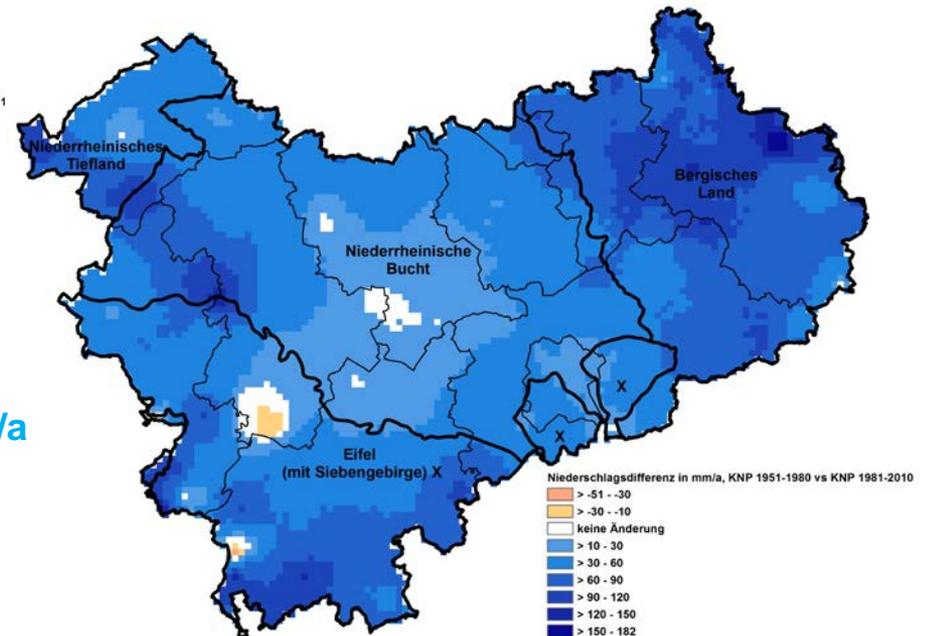
BZRGK: 55 mm/a

NRT: 40 mm/a

NRB: 25 mm/a

EI: 47 mm/a

BL: 71 mm/a



1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

Entwicklung des Klimas in der Region - Niederschlag

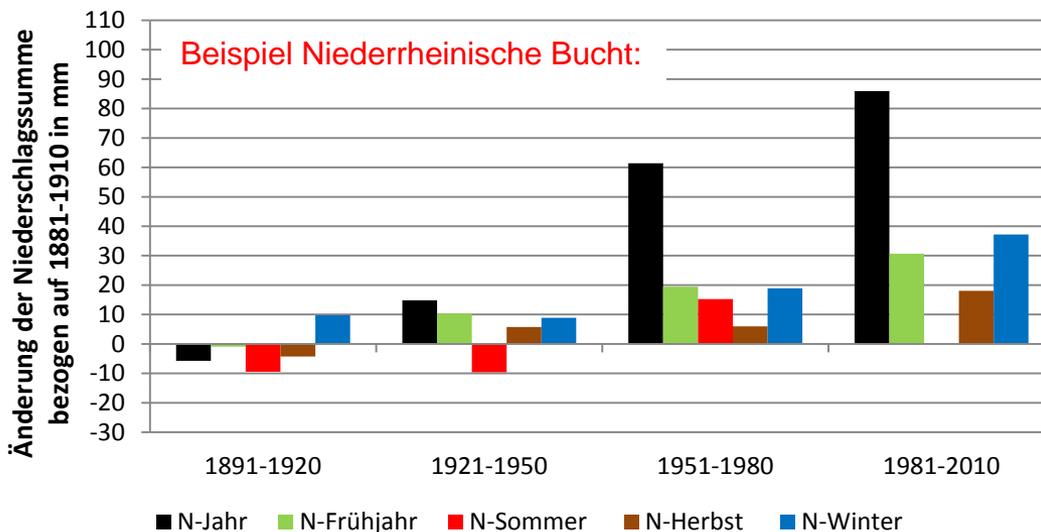
Veränderungen der mittleren Niederschläge sowie jahreszeitliche Niederschlagsänderungen in der Planungsregion Köln:

Änderung saisonaler und jährlicher Niederschlag

	KNP 1951 - 1980	KNP 1981 - 2010	Differenz
Frühjahr	188 mm	209 mm	+21 mm
Sommer	259 mm	239 mm	-20 mm
Herbst	203 mm	230 mm	+27 mm
Winter	210 mm	239 mm	+29 mm
Jahr	862 mm	917 mm	+55 mm

Änderung Starkniederschlagstage
(Gerundet auf ganze Tage):

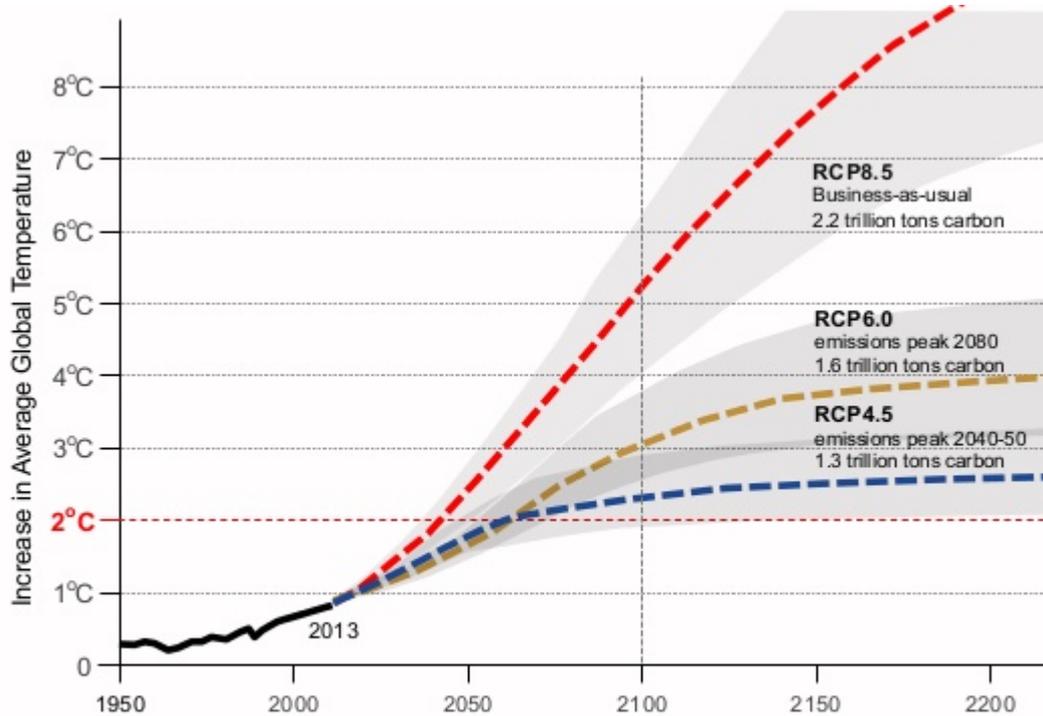
KNP	> 10 mm/Tag	> 20 mm/Tag	> 30 mm/Tag
1981 - 2010	26	6	1
1951 - 1980	23	5	1
Differenz	2	1	0



Änderung Schneetage
(Gerundet auf ganze Tage):

KNP	Schneetage
1981 - 2010	24
1951 - 1980	29
Differenz	-5

1 Klimawandel in der Planungsregion Köln



Global Temperature Projections for various RCP Scenarios

Source: IPCC Fifth Assessment Report, 2013, Representative Concentration Pathways (RCP)

- Modellensemble aus 13 Modellen
- Szenarien RCP4.5 und RCP8.5
- Auswertung regionalisierter Klimaprojektionen des DWD
- Nahe Zukunft (2021 -2050) und ferne Zukunft (2071 -2100)
- Referenzperiode: 1971 - 2000
- Auswertung des 15., 50. und 85. Perzentils



1 Klimawandel in der Planungsregion Köln

Fazit

- Anstieg der Temperatur
 - +0,7 bis +1,7 K bis zur Mitte des Jahrhunderts
 - +1,5 bis +4,4 K bis zum Ende des Jahrhunderts
- Zunahme von Sommertagen und Heißen Tagen
- Abnahme von Frosttagen und Eistagen
- Niederschlag
 - Modellergebnisse insgesamt weniger einheitlich
 - Leichter Anstieg des jährlichen Niederschlag
 - Saisonale Verschiebungen: Abnahme im Sommer
- Zunahme von Starkniederschlägen wahrscheinlich



2 Klimaschutz in der Planungsregion Köln

Treibhausgasemissionen 2016

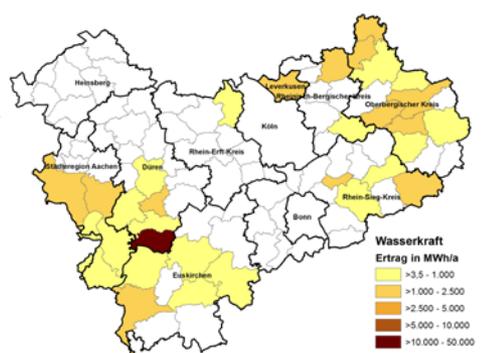
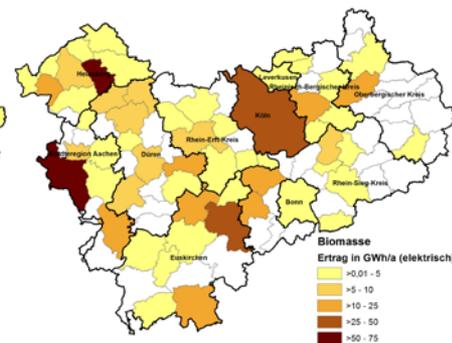
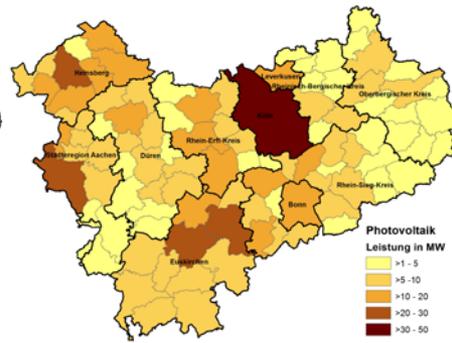
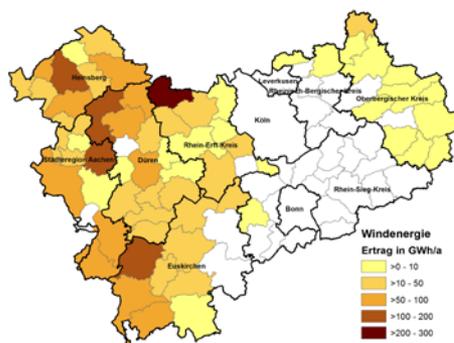
	Köln CO _{2eq} (in 1.000 t)	Köln CO _{2eq} / Kopf (in t)	NRW CO _{2eq} (in 1.000 t)	NRW CO _{2eq} / Kopf (in t)	Deutschland CO _{2eq} (in 1.000 t)	Deutschland CO _{2eq} / Kopf (in t)
Bevölkerung (Quelle: IT.NRW)	4.439.416		17.890.100		82.521.700	
Energiewirtschaft/Industrie	64.212	14,5	204.818	11,4	516.067	6,3
Verkehr	8.704	2,0	34.632	1,9	166.815	2,0
Haushalte, Kleinverbrauch	7.431	1,7	30.268	1,7	136.565	1,7
Landwirtschaft	1.026	0,2	7.567	0,4	65.228	0,8
Summe	81.373	18,3	277.285	15,5	884.675	10,7
Gesamtemissionen (inkl. Flüchtige Emissionen aus Brennstoffen, Produktanwendung/Sonstige, Abfall)	k.A.	k.A.	285.593	16,0	909.405	11,0

2 Klimaschutz in der Planungsregion Köln

Erneuerbare Energien: Ausbaustand (31.12.2017)

	Anzahl Anlagen	installierte Leistung in MW	Stromerzeugung in GWh/a	Anteil am Stromverbrauch
Windenergie	628	1.150	2.340	6,2 %
Photovoltaik	50.945	760	680	1,8 %
davon Freiflächen-PV	37	50	40	0,1 %
Biomasse	147	70	430	1,1 %
Wasserkraft	61	50	90	0,2 %
Gesamt	51.781	2.030	3.540	9,4 %

NRW: 14 % EE am Stromverbrauch
D: 36 % am Stromverbrauch



2 Klimaschutz in der Planungsregion Köln

Bestand und Potenziale Erneuerbarer Energien

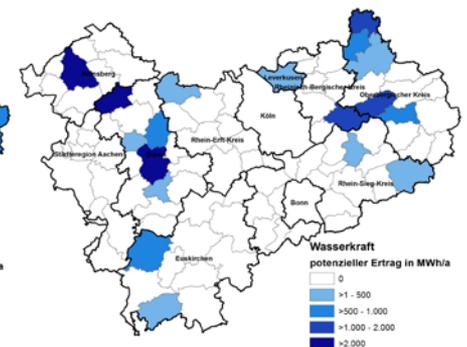
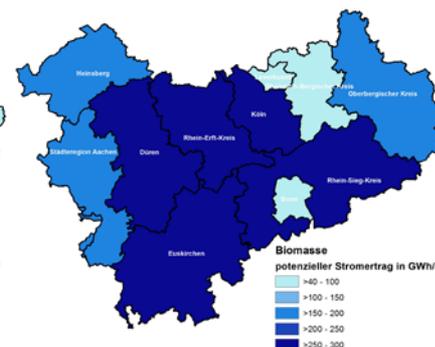
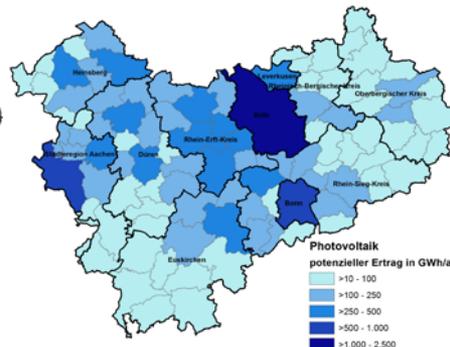
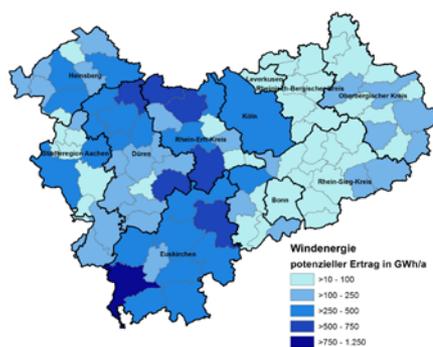
 <p>Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen</p>	 <p>Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen</p>	 <p>Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen</p>	 <p>Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen</p>
<p>Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie LANUV-Fachbericht 40</p> <p>www.lanuv.nrw.de</p>	<p>Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 2 - Solarenergie LANUV-Fachbericht 40</p> <p>www.lanuv.nrw.de</p>	<p>Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 3 - Biomasse-Energie LANUV-Fachbericht 40</p> <p>www.lanuv.nrw.de</p>	<p>Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 5 - Wasserkraft LANUV-Fachbericht 40</p> <p>www.lanuv.nrw.de</p>

2 Klimaschutz in der Planungsregion Köln

Erneuerbare Energien: Potenziale

	potenziell installierbare Leistung in MW	potenzieller Ertrag in GWh/a
Windenergie	7.600	19.100
Photovoltaik gesamt	19.000	16.500
Davon Freiflächen-Photovoltaik	8.700	7.800
Wasserkraft	60	110
Biomasse	k.A.	Strom: 2.100 Wärme: 4.450

Stromverbrauch pro Kopf Planungsregion Köln: 38TWh



2 Klimaschutz in der Planungsregion Köln

Erneuerbare Energien: Fazit

- Größte Potenziale: Wind- und Solarenergie
- Potenziale von Wasserkraftnutzung schon weitestgehend ausgenutzt
- Räumliche Verteilung der Potenziale:
 - Windenergie: eher im ländlichen Raum
 - Solarenergie: vor allem in Städten

Weitere Handlungsfelder Klimaschutz

- Wärmeversorgung
- Mobilität
- Energiespeicher
- Kohlenstoffsenken
- ...





3 Klimaanpassung in der Planungsregion

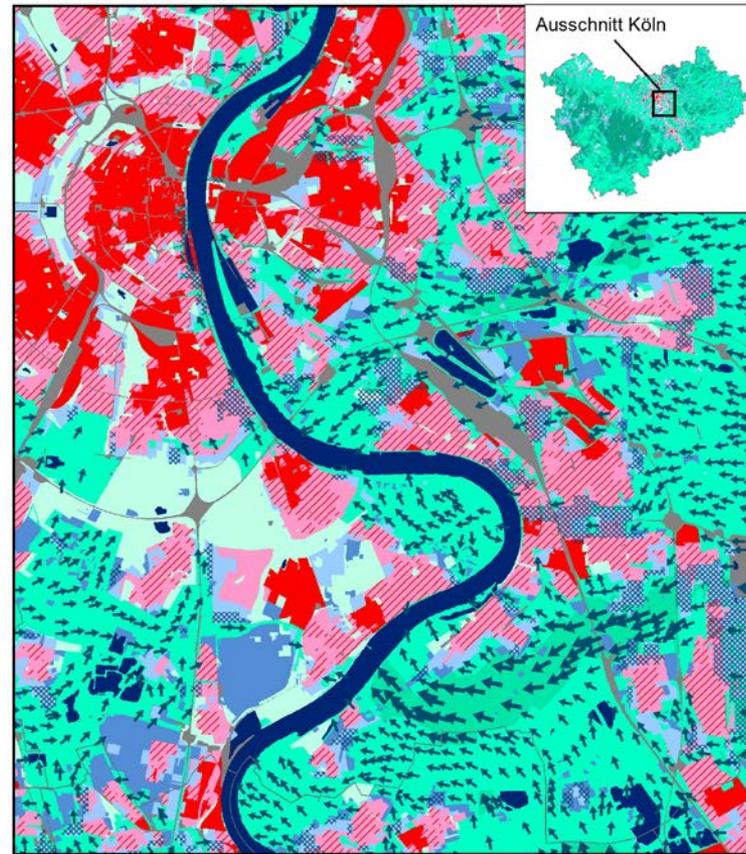
Fokus: Hitzebelastung

- Ausbildung von Wärmeinseln:
Temperaturunterschied Innenstadt – Umland: bis zu 10 K
- Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität insbesondere sensibler Bevölkerungsgruppen
- Klimawandel verstärkt die Belastung
- Datengrundlage für Fachbeitrag: Klimaanalyse NRW (LANUV 2018)
 - Modellierung verschiedener meteorologischer Parameter
 - Identifikation und Bewertung von Belastungsräumen und Ausgleichsräumen (Kaltluftentstehung, Kaltluftleitbahnen, bioklimatische Ausgleichsräume)
 - Ableitung von Bereichen mit überörtlicher Bedeutung
 - Berücksichtigung des Klimawandels



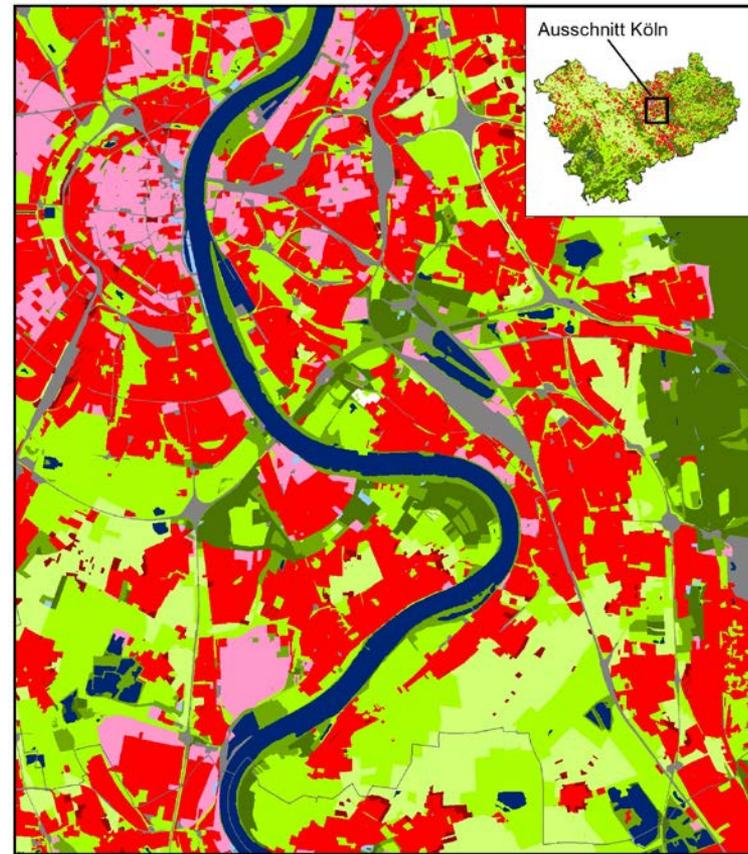
3 Klimaanpassung in der Planungsregion

Klimaanalyse Nachtsituation



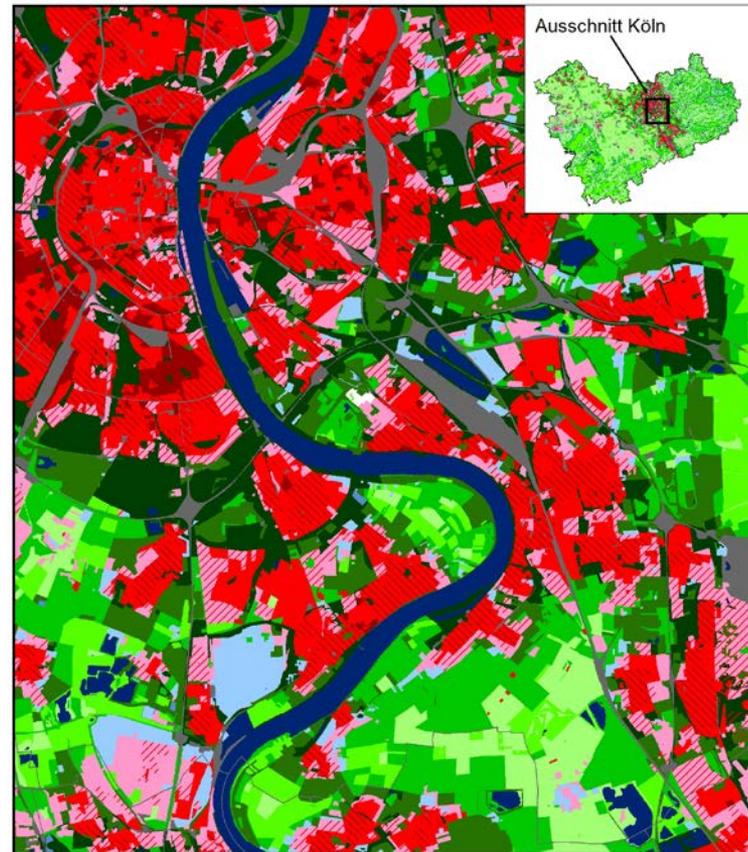
3 Klimaanpassung in der Planungsregion

Klimaanalyse Tagsituation



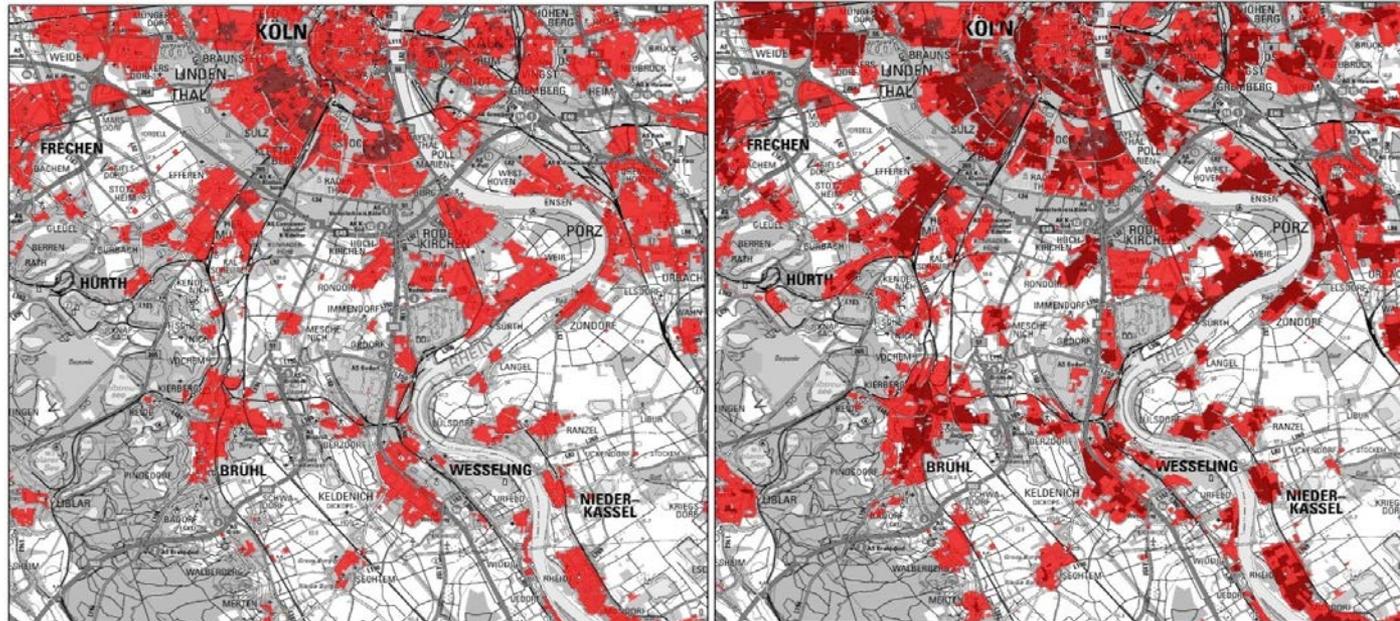
3 Klimaanpassung in der Planungsregion

Klimaanalyse Gesamtbewertung



3 Klimaanpassung in der Planungsregion

Klimaanalyse Gesamtbewertung: Klimawandel-Vorsorgebereiche



Gesamtbetrachtung: Aktuelle Situation

- Siedlungsbereiche mit ungünstiger thermischer Situation
- Siedlungsbereiche mit sehr ungünstiger thermischer Situation

Gesamtbetrachtung: Zukünftige Situation*

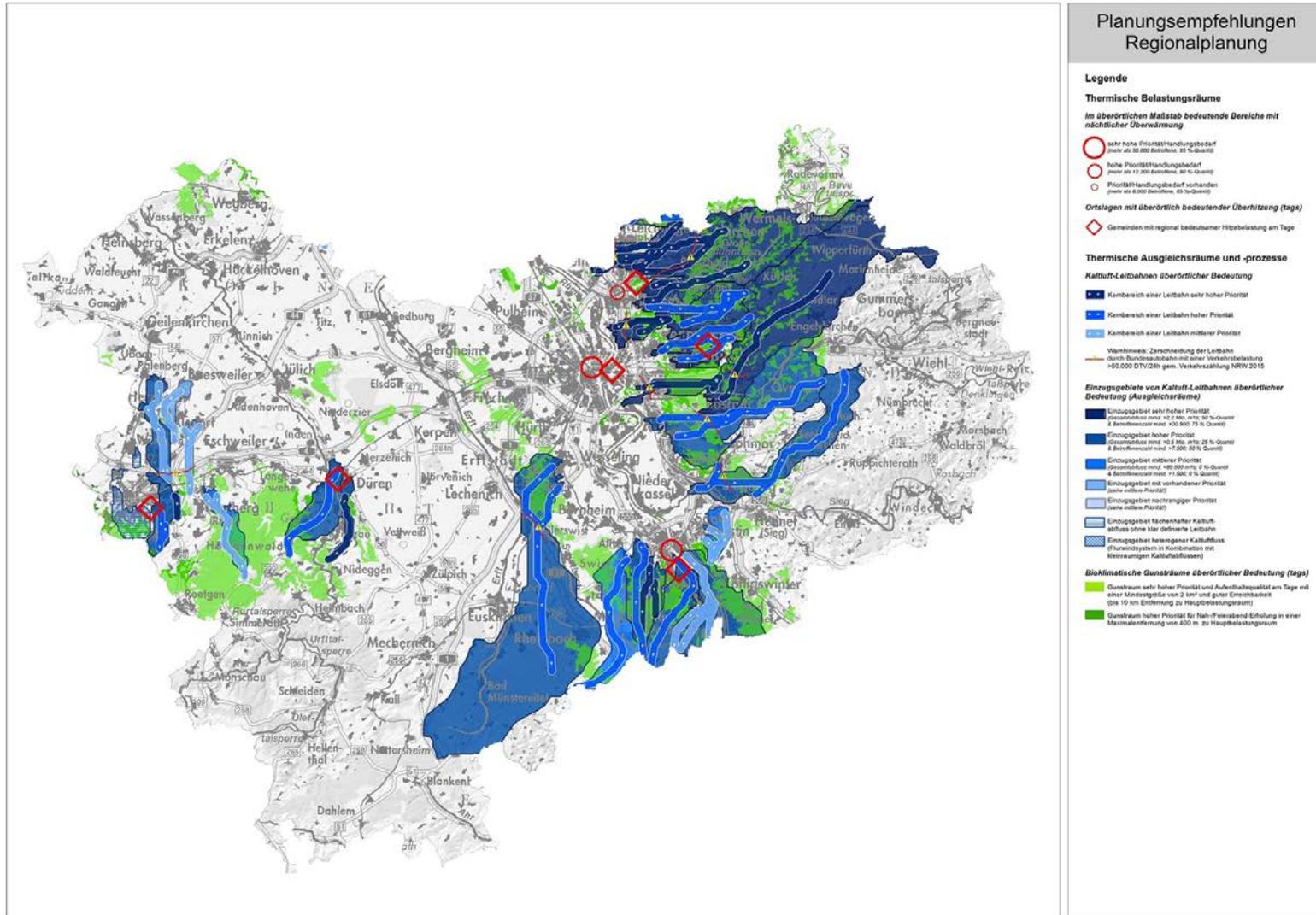
- Siedlungsbereiche mit ungünstiger thermischer Situation
- Siedlungsbereiche mit sehr ungünstiger thermischer Situation

* bis etwa 2050, bei der Annahme eines Temperaturanstieges von +1 K

Thermische Situation	Aktuelle Situation Anzahl betroffene Bevölkerung (Anteil Gesamtbevölkerung)	Zukünftige Situation Anzahl betroffene Bevölkerung (Anteil Gesamtbevölkerung)
ungünstig	1.276.200 (28,9 %)	1.494.700 (34,0 %)
sehr ungünstig	54.100 (1,2 %)	645.600 (14,8 %)
Summe	1.330.300 (30,1 %)	2.140.300 (48,8 %)

3 Klimaanpassung in der Planungsregion

Planungsempfehlungen Regionalplanung





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Antje Kruse
Fachbereichsleiterin
Fachbereich 37: Koordinierungsstelle Klimaschutz, Klimawandel

Landesamt für Natur Umwelt und Verbraucherschutz NRW
Dienstort: Wallneyerstr. 6, 45133 Essen
Postanschrift: Postfach 101052, 45610 Recklinghausen

Telefon: +049 (0) 2361 305-1120
Fax: +049 (0) 2361 305-1911
Email: Antje.Kruse@lanuv.nrw.de

www.lanuv.nrw.de



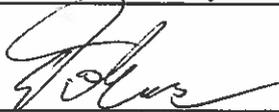
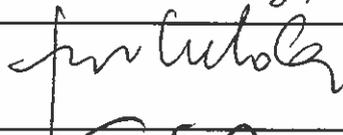
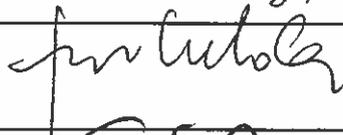
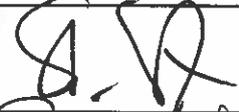
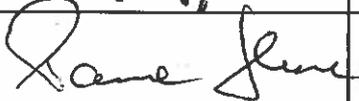
Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

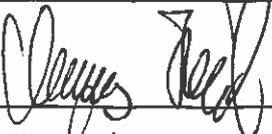
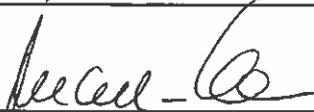
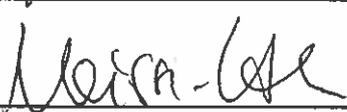
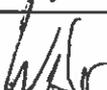
- Anwesenheitsliste -

CDU-Fraktion18. Sitzung des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 28. September 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr		
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Bellis-Olinger, Teresa Elisa De	Stadt Köln		X		
Borning, Ronald	Städteregion Aachen		X		
Deppe, Rainer (MdL)	Rhein.-Berg.-Kreis		X		
Dohmen, Hans-Willi	Kreis Düren		X		
Donie, Brigitte	Rhein-Sieg-Kreis		X		
Fabian, Gerd	Rhein-Erft-Kreis	entschiedigt 			
Finkeldei, Norbert	Stadt Aachen		X		
Götz, Stefan	Stadt Köln		X		
Hebbel, Paul	Stadt Leverkusen		X	O. F.	
Jansen, Franz-Michael	Kreis Heinsberg				

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Kehren, Hanno Dr.	Kreis Heinsberg		X	
Kitz, Marcus	Rhein-Sieg-Kreis		X	
Moll, Bert	Stadt Bonn		X	
Nessler-Komp, Birgitta	Stadt Köln		X	
Neisse-Hommelsheim, Carla	Rhein-Erft-Kreis		X	
Stefer, Michael	Oberbergischer Kreis		X	
Weber, Günter	Kreis Euskirchen		X	

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

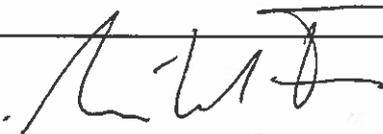
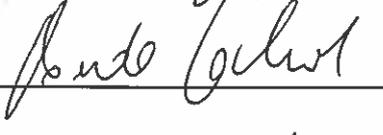
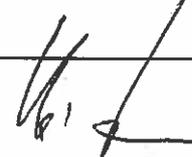
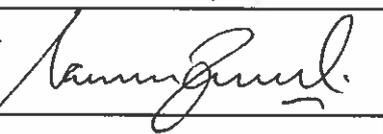
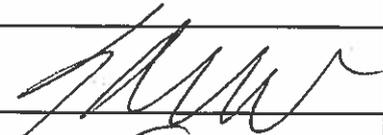
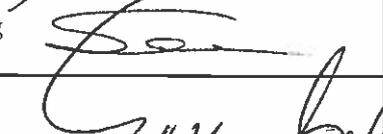
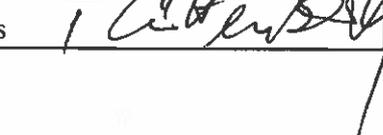
- Anwesenheitsliste -

SPD-Fraktion

18. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 28. September 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Frenzel, Michael	Stadt Köln		X		
Geffen, Jörg van	Stadt Köln		X		
Jakob, Bodo	Rhein.-Berg.-Kreis		X		
Hengst, Milanie	Stadt Leverkusen				
Höfken, Heiner	Stadt Aachen		X		
Konzelmann, Thorsten	Oberbergischer Kreis		X		
Krings, Hans	Rhein-Erft-Kreis		X		
Neitzke, Gerhard	Städteregion Aachen		X		
Noack, Horst	Stadt Köln				
Oetjen, Hans-Friedrich	Kreis Düren				
Schaper, Dieter	Stadt Bonn		X		
Schlüter, Volker	Kreis Heinsberg		X		
Tüttenberg, Achim	Rhein Sieg Kreis		X		

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

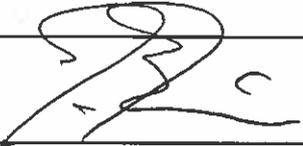
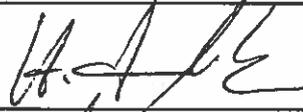
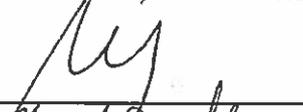
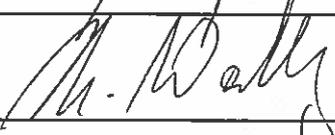
- Anwesenheitsliste -

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

18. Sitzung des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 28. September 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

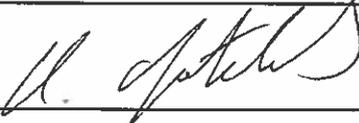
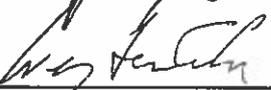
Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Standard	gem. Formular	
Beu, Rolf	Stadt Bonn		X		
Herlitzius, Bettina	Städteregion Aachen				
Lambertz, Horst	Rhein-Erft-Kreis		X		
Windhuis, Wilhelm	Rhein-Sieg-Kreis		X		
Waddey, Manfred	Stadt Köln		X		
Zentis, Gudrun	Kreis Düren		X		

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste - FDP-Fraktion

18. Sitzung des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln
am Freitag, den 28. September 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	gem.		
			Standard	Formular	
Göbbels, Ulrich	Städteregion Aachen		X		
Müller, Reinhold	Oberbergischer Kreis		X		
Westerschulze, Stefan	Rhein-Erft-Kreis		X		

D. Droppa → 
H.-J. Pagels 

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

18. Sitzung des Regionalrates

des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 28. September 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

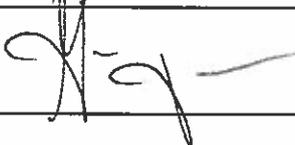
Beginn: 10:00

Uhr

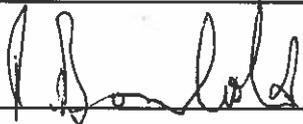
Ende:

Uhr

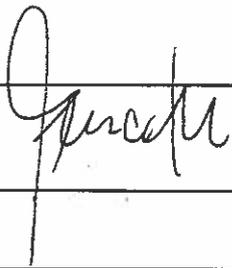
Die Linke

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Hane-Knoll, Beate	Stadt Köln		X	
Singer, Peter	Rhein-Erft-Kreis		X	

Freie Wähler

Bornhold, Rüdiger	Rheinisch-Bergischer Kreis		X	
-------------------	----------------------------	--	---	--

AfD

Spenrath, Jürgen	Kreis Heinsberg			
------------------	-----------------	--	--	--

Piraten

Plum, Yvonne	Stadt Köln		X	
--------------	------------	---	---	--

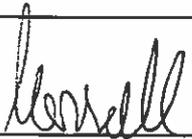
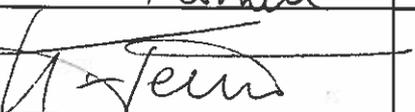
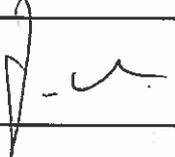
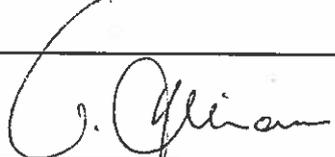
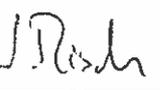
Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

18. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 28. September 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:		Uhr
beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 1 LPIG	Vertreter der/des	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Kornell, Günter	Arbeitgeber		X		
<i>Hesser, Ulrich</i> Dr. Weltrich, Ortwin	Arbeitgeber				
Rötting, Fritz	Arbeitgeber				
Woelk, Ralf	Arbeitnehmer				
Mährle, Jörg	Arbeitnehmer				
Behlau, Stefan	Arbeitnehmer				
Heimann, Ulrich	Sportverbände		X		
Risch, Jacob	Naturschutz- verbände		X		
Fink, Brunhilde	kommunale Gleichstellungs- stellen				

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

18. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 28. September 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:		Uhr
beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 3 LPIG	Name	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Landschaftsverband Rheinland	Böll, Thomas				
Stadt Aachen					
Stadt Bonn		<i>J. Wagner</i>			
Stadt Leverkusen					
Stadt Köln					
Städteregion Aachen					
Kreis Düren					
Rhein-Erft-Kreis					
Kreis Euskirchen		<i>[Handwritten Signature]</i>			
Kreis Heinsberg					
Oberbergischer Kreis		<i>[Handwritten Signature]</i>			
Rheinisch-Bergischer-Kreis		<i>[Handwritten Signature]</i>			
Rhein-Sieg-Kreis		<i>[Handwritten Signature]</i>			

- Bezirksregierung Köln -

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Dezernat	Unterschrift
Herr Kotzea	AL 3	
Frau Köhle	AL 2	
Frau Müller	32	
Herr Schilling	32	
Herr Schlaeger	32	
Herr Plaszczyk	32	
Herr Krause	32	
Frau Pelster	32	
Herr Borsch	54	
Frau Heermann, Dr.	51	
Frau Örs	32	
Frau Weidmann	32	

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Vertreter/in der/des (Bitte in Großbuchstaben)	Unterschrift
Hendrik Wüst	Minister für Verkehr des Landes NRW	
Antje Kruse	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	<i>A. Kruse</i>
Hermann Frühlingsdorf	Landesbetrieb Wald und Holz NRW	
Dr. INGO WOLFF	LANUV NRW	<i>I. Wolff</i>

Christian Mach'n	Grüne	C. Mal
------------------	-------	--------

Thilo Bone	Stadt Wien	Bone
------------	------------	------

Noibert Reinkober	NVR/VRS	N. Reinkober
-------------------	---------	--------------